H. E. E.
120 k

K. E. E. 120 k

Stegemann

Deutschlands

Koloniale Politik.

Von

R. Stegemann.

Mit einem Vorwort:

„Deutsche Politik der nächsten Jahre“.

Berlin 1884.

Puttkammer & Mühlbrecht

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Vorrede.

Als sich im Verlaufe meiner Arbeit die Nothwendigkeit eines näheren Eingehens auf unsere Stellung in der großen Politik ergab, wandte ich mich an einen Freund, der diesen Fragen seit längerer Zeit näher steht. Das Ergebniß unseres Briefwechsels ist die vorstehende politische Abhandlung, die ich für das beste hielt, meiner kolonialpolitischen Besprechung unverändert vorauszuschicken.

Deutsche Politik der nächsten Jahre.

Wie wer in die Sonne geblickt hat, lange Zeit gebraucht, eh' er andre Gegenstände wieder erkennt, so pflegen große Ereignisse die Menge in einer auffallenden Unfähigkeit zu hinterlassen, in dem, was um sie vorgeht, etwas andres zu sehn als die Nachwirkung derselben. Wie das Auftauchen völlig neuer politischer Ziele eben aus dem Schooße vorhergegangener Erfolge, pflegt den Völkern die geniale Frische einer Staatskunst unverständlich zu bleiben, die gleichsam bei offner Bühne ein neues Drama beginnt; für welche die ersehnten und umstrittenen Errungenschaften langer Jahrzehnte nur noch als Hemmniß oder als Fußpunkt, um ihre Kräfte zum neuen Sprunge zu sammeln, in Betracht kommen.

Um so erklärlicher mußte gegenüber den aufgeregten Leidenschaften die mannigfache Art von Mißdeutung erscheinen, der die deutsche Politik seit dem Ausgang des französischen Krieges und der Aufrichtung des Reiches unterlag; wenn das Ausland durchaus nur Symptome für weitere maßlose Eroberungspläne darin erkennen wollte, so beschränkte sich dagegen die öffentliche Meinung unsres eigenen Landes darauf ihren Bestrebungen zum Schutz des gewonnenen, zur Abwehr unmittelbar drohender Gefahren mit ihrer Unterstützung zu folgen; die andre, die positive Seite ihres janusartigen Wesens blieb ihr von Anfang an verschlossen. Erst mit der Krise der orientalischen Frage vollzog sich in der

Meinung des Auslandes eine Wendung zu unsern Gunsten; gegenüber der drohenden östlichen Gefahr hatte man die europäische Berechtigung einer starken deutschen Nationalität einsehen gelernt, die bisher im Grunde nur als die kühne Erfindung eines genialen Kopfes gegolten hatte. Ja in seiner älteren Gewöhnung, die Dinge im großen zu sehn, brachte das Ausland bald den Forderungen unsrer Zukunft ein größeres Verständniß entgegen als die deutsche zum Theil noch in der Ruheseligkeit und Schlaffheit der alten Kleinstaaterei befangne Presse.

Langsam erst begannen auch wir zu verstehn, daß es für einen wirklichen Staat kein andres bindendes Gesetz geben könne als das der Selbsterhaltung, und nachdem wir es gelernt, dauerte es noch lange, bis wir uns diese Erkenntniß einzugestehn und offen damit hervorzutreten wagten. Gewiß ist dies Schweigen für unsre auswärtige Politik manchmal nützlich gewesen, aber doch wohl weniger oft als man glaubt, das Ausland macht nun einmal keinen Unterschied zwischen der Bismarck'schen Staatskunst und dem Denken und Wollen der Nation; und so wenig unser großer Realpolitiker jemals die Realität der Idee hat verstehen wollen, am Ende bleibt es doch auch für ihn wahr, daß ohne Glauben und Ueberzeugung der Mithandelnden keine große Aktion zu Ende zu führen ist.

In dem Siegesjubel der ersten Friedenstage mochte es verzeihlich scheinen, wenn die Mitkämpfer ehrlich nun auch alles auf einmal errungen zu haben glaubten; der kühlen Ueberlegung mußte von Anfang an klar sein, daß die Versäumnisse von Jahrhunderten nicht mit einem Schlage nachzuholen sind, so wenig wie ihr die Unnatur eines Zustandes verborgen bleiben konnte, der nach einem solchen Siege unsre Kräfte durch Jahre mehr paralysirte als die des Gegners, der uns zuerst ein enges Bündniß mit einer im Grunde feindlichen Macht aufzwang, und nachdem dessen Lösung nur in einer gefährlichen Krisis möglich gewesen war, zwar die

militairische Unmöglichkeit unsrer Grenzen durch das natürliche Verhältniß zu Oesterreich einigermaßen ausglich, zugleich aber, allen hergebrachten Rücksichten der Politik entgegen, uns nöthigte dies Bündniß zu einer dauernden Institution unsres Staates zu erheben.

Den springenden Punkt in unsrer äußeren Lage bildet seit 1878 und noch auf lange Jahre hinaus unser Verhältniß zu Rußland.

Rußland. Durch die Theilungen Polens und mehr noch durch Benutzung der außerordentlichen Umstände der napoleonischen Zeit ist dieser Staat Europa gegenüber in eine Stellung vorgedrungen, die diesem gefährlich ist, und in der er selbst nicht auf die Dauer verharren kann. Warschau ist nur als Angriffsposition sei es nach Zermalmung sei es unter Verbündung mit dem Polentum zu behaupten; Rußland steht dort gleichsam mit vorgebeugtem Kniee, es muß vorwärts springen oder fallen. Seit das russische Volk mit der Erhebung Deutschlands und der fortschreitenden inneren Zersetzung das Vertrauen in die brutale Eroberungskraft seiner Massen, den Glauben an die Zukunft des „jugendlichen" Slaventums zu verlieren begonnen, ist daher sein polnischer Besitz nur noch ein verlorener Posten; nur die staatliche Ehre hält es in diesem Gebiet fest und treibt es in innerer Konsequenz zum Kriege gegen Deutschland, zur Welteroberung wider Willen.

So kalt uns bei dem Mißverhältniß der Mittel derartige Pläne lassen können, so ist doch weder die Möglichkeit völlig außer Acht zu lassen, daß es einmal einer gewaltigen Persönlichkeit gelinge die schlafenden Kräfte Rußlands zum energischen Stoß zusammenzufassen, und in solcher Hand all' die jetzt ruhenden Vorzüge seiner Lage Leben und Bedeutung gewinnen, noch zu übersehen, welche Handhaben sich ihm schon jetzt im ganzen Osten zu einer fortwährenden Beunruhigung unsrer Stellung darbieten. Als letztes Ziel einer ausgreifenden russischen Politik muß die Begründung

einer Reihe in sich schwacher Vasallenstaaten aus den zu selbstständiger Existenz unfähigen Völkerschaften längs seiner Westgrenze von der Ostsee bis zum Bosporus erscheinen (Bulgarien, Serbien, Albanien, Griechenland, Rumänien, Böhmen, unter Umständen Polen und Ungarn), die dann mit überwältigender Wucht auf die rings umfaßten Nachbarländer drücken müßten. Gegen die Keime solcher Entwicklungen richtet sich die positive östliche Politik Deutschlands, indem sie an den am meisten gefährdeten Punkten wirklich lebensfähige Staatswesen aufzurichten bestrebt ist.

Polen. Die Polen und ein großer Theil des deutschen Publikums sehen in dem zu erwartenden russisch-deutschen Krieg einen mit Aufbietung der letzten Kraft von beiden Seiten geführten Entscheidungskampf der Racen um die Zukunft des gesammten Europa. Nach unsrer Meinung in vollständiger Verkennung der Ziele unsrer Staatskunst. Das große Polen, dessen Aufrichtung das Resultat eines solchen Kampfes sein müßte, ist historisch schon seit der Besetzung seiner Küstenländer durch die Deutschen und dem Sieg des Katholicismus, der uns von dieser Seite mit einer wiederholten politisch-religiösen Reaktion bedroht, unmöglich geworden; es würde dem Staat, der es mit solchen Opfern geschaffen, der gefährlichste Gegner, grade stark genug fördernde deutsche Kultureinflüsse von sich abzuwehren, und damit der unvermeidlichen wirthschaftlichen Zerrüttung preisgegeben, nicht aber die weiten Gebiete fremder Nationalität im Osten gegen Rußland zu behaupten fähig sein. Von nicht minder nachtheiligen Folgen wäre die, von andrer Seite als unsre letzte Absicht bezeichnete Annexion des Weichsellandes. Deutschland würde sich einer Thorheit schuldig, machen wollte es ohne Noth die Zahl seiner unzufriedenen Untherthanen um Millionen vermehren; eine solche Besitzergreifung würde die Polen mit Gewalt dem Panslavismus in die Arme treiben — indeß Rußland unbehindert durch die geringe Zahl seiner übrigen polnischen Untherthanen als „Befreier“ auftreten

könnte —, in unser Verhältniß zu Oesterreich aber durch die nothwendigen Gegensätze in der Verwaltung ausgedehnter polnischer Gebiete den Keim der Entzweiung legen.

So bliebe als letzte Möglichkeit die Bildung eines polnischen Königreichs in beschränkten Grenzen, deutscher Einwirkung vielleicht offner (wofür die fortschreitende Germanisirung der jetzigen Weichselprovinzen spricht) als eine annektirte Provinz, mit dem Ausblick auf die allmähliche Bildung einer polnisch-deutschen Nationalität, deren erhöhte Ausdehnungsfähigkeit einst in den altpolnisch-litthauischen Provinzen ihre natürliche Aufgabe finden und mindestens erneutem Drängen der russischen Macht nach Westen einen unüberwindlichen Damm entgegensetzen könnte. Dazu wäre allerdings die Vorbedingung daß die Polen sich mit dem Erreichbaren zu bescheiden lernten, und der nüchterne Beobachter wird kaum geneigt sein, ihren dahingehenden Versicherungen übermäßigen Glauben beizumessen. Aber wenn jemals, wäre dann, unter dem Damoklesschwerte einer neuen und letzten Theilung, die Möglichkeit zur Einkehr politischer Besonnenheit gegeben; und nicht zu übersehen bleibt die Bedeutung, die grade die Furcht vor solchen, gleichmäßig gegen alle betheiligten Staaten gerichteten Gelüsten für das künftige Verhältniß der drei Ostmächte gewinnen müßte. Die gemeinsame Aufgabe der Ueberwachung Polens würde der Kitt zu einem festeren Dreikaiserbündniß mit dem auf dem nationalen Boden neuerstarkenden Rußland werden: für uns immer eine der wünschenswerthesten politischen Kombinationen, da seine unter allen Umständen gesicherte Ueberlegenheit jeden entgegengesetzten Bündnißversuch im voraus vereiteln muß.

Erst in zweiter Linie und — trotz Galizien — nur als angrenzende Macht erscheint Oesterreich bei der polnischen Frage interessirt. War es vielleicht der schwerste Fehler seiner neueren Politik, daß es die Zerstückelung des ihm gleichartigen natürlichen Verbündeten zuließ, brachte der Besitz Galiziens, das mehr als je dem Staate nur äußerlich angegliedert er-

scheint, ihm kaum einen andern Machtzuwachs als der in seiner Bedeutung als Kern einer neuen Erhebung Polens liegt; so würde es mit dem Verzicht auf denselben, der Folge ja der unerläßlichen Vorbedingung zu einer solchen, nicht nur in einer sicheren Bundesgenossenschaft jenseit seiner Grenzen den materiellen Verlust gedoppelt zurückempfangen, indem es für seine orientalische Politik eine feste Rückendeckung gewänne, sondern auch den Alp loswerden, der seit lange hemmend auf seine ganze innere Entwicklung drückt. Erst mit der Ablösung Galiziens und dem damit dauernd fest=gestellten Uebergewicht des Deutschthums in Cisleithanien würde das langerstrebte Ziel der Auflösung der nationalen Parteien (auch der deutschen selber) und ihre Umwandlung in politische wirklich erreichbar, und damit die Vorbedingung für ein gesundes Staatsleben geschaffen. Historisch würde ein solcher positiver Verzicht (ähnlich dem Aufgeben der elsässischen und vorderösterreichischen Lande) den nicht mehr zu umgehenden Markstein in der weltgeschichtlichen Wendung der habsburgischen Macht „von der Weichsel zum ägäischen Meer" darstellen.

Dagegen würden nach Rußland wir am meisten auch in unsern inneren Verhältnissen von einer Herstellung Polens berührt, und das macht erklärlich, wie jede Andeutung einer solchen Lösung den heftigsten Widerspruch unsrer öffentlichen Meinung hervorzurufen pflegt; billigen läßt es sich doch nicht, daß unsre Presse sich in dieser wichtigen Frage unsrer Ge=sammtpolitik so ausschließlich, wie sie es thut, von den An=schauungen des allerdings zunächstbetheiligten posenschen und westpreußschen Deutschthums beherrschen läßt. Gewiß wird kein Staatsmann leichten Herzens an ein Experiment heran=treten, dessen Mißlingen die bisherigen nationalen Errungen=schaften im Osten gefährden könnte, und das auf jeden Fall den Termin der endlichen Germanisirung Posens weiter nach rückwärts zu verlegen scheint, aber er wird es thun selbst den berechtigten aber nur lokalen Interessen zum Trotz, wenn

dasselbe die einzige Möglichkeit dauerhafter Lösung einer gefährlichen und verwickelten Frage in sich enthält.

Beruht die Unmöglichkeit einer durchschlagenden und völlig glatten Lösung der polnischen Frage im letzten Grunde auf der natürlichen Konfiguration jener Gebiete (des Weichsellandes), die weder durch Umfang noch Küstenentwicklung zu einer großmächtlichen Stellung befähigt, doch zuviel Elemente der Selbstständigkeit in sich trugen, um von einem der angrenzenden national-geographischen Gebiete jemals ganz assimilirt zu werden (eine ähnliche Stellung nimmt, gleichsam in dem leeren Raum zwischen Deutschland, Rußland und der Balkanhalbinsel Ungarn ein, dessen endliche Eroberung durch das Reich vielmehr zu einer neuen eigenthümlichen Zwischengestaltung in Oesterreich führte); so ist dagegen die andre Frage, die in engster Verschlingung mit ihr die gesammten Verhältnisse des östlichen Europa in der Schwebe hält, und dadurch zum bestimmenden Faktor für die ganze moderne Politik geworden ist, die orientalische, historischen Ursprungs und hervorgegangen aus dem Zusammenbruch der eigentümlichen Staatsform des Orients, des byzantinischen, und dessen Erben, des osmanischen Reiches.

Oesterreich. Während sie uns nur mittelbar, wegen des gewaltigen Rückschlags einer hier erfolgten Lösung auf alle europäischen Verhältnisse, interessirt, ist sie in erster Linie eine Frage zwischen Oesterreich und Rußland, von welchen Staaten sie aber den ersteren viel tiefer, im eigentlichen Kern seines Lebes berührt.

Oesterreich, so wie es heute daliegt, ist eine rein zufällige Gestaltung, historisch und geographisch nur erklärbar aus der Zähigkeit, mit der sich das Slaventhum in Böhmen behauptete und jener oben berührten internationalen Konfiguration seiner übrigen Gebiete. Konnte man einst meinen, es würde von dieser Analogie ausgehend die gesammte Entwicklung Europas in die gleichen Bahnen hinüberlenken, schien durch Jahrhunderte eine Theilung des Erdtheils zwischen der Ober-

herrschaft des Italien und Deutschland überschattenden Östreiches und dem bis zum Rhein vorgeschobenen bourbonischen Königthum möglich (daneben Ansätze zu einer dritten, diese Konstellation abschließenden norddeutsch-baltisch-polnischen Gestaltung), zwischen denen die nationalen Bildungen, Deutschthum, Italiener- und selbst Franzosenthum sich zu bloßen Kulturelementen verflüchtigt hätten; so ward die endgültige Ausgestaltung dieser Richtung verhindert durch den Kampf zwischen den beiden Nebenbuhlern und den deutschen Protestantismus, und setzte auf diese Elemente gestützt, die Erhebung Preußens an ihre Stelle das System des nationalen Gleichgewichts. Seitdem ist das alte Oesterreich gleichsam ein Körper ohne Seele geworden, der rettungslos in Staub zerfallen muß, wenn er nicht diese, d. h. eine Richtung seiner Politik, in der all' seine jetzt todten und zufälligen Kräfte neues Leben gewinnen können, wiederfindet; was aber bei den allgemeinen Verhältnissen nach der Seite jener alten Idee national-gleichgültiger, religiös-einheitlicher Weltherrschaft nicht geschehen kann. Seine neue Aufgabe kann vielmehr nur in der Umgestaltung des Orients liegen, in dessen zerfließenden Stoff wir seine kompakten Massen sich einsenken sehen.

Von einem der bittersten Feinde Oesterreichs stammt das Wort, daß Oesterreich „n'est pas un état, c'est un gouvernement." Er glaubte damit den Nachtheil, in dem Oesterreich heute den nationalen Staatsbildungen gegenübersteht, zu kennzeichnen; aber eben diese Schwäche kann, zum Mittelpunkt seiner Politik erhoben, zu einem eigenthümlichen Vortheil derselben jenen gegenüber werden. „Oesterreich bedeutet einen Zustand, nicht einen Bestand" (status,) es ist weder an einen bestimmten Boden noch eine bestimmte Nationalität gleich den andern Staaten mit seiner Existenz geknüpft, unwandelbar in ihm ist nur die Dynastie, das Heer (in deinem Lager ist Oesterreich) und der Charakter nationaler Toleranz, der sogar verschiedene Racen innerhalb seiner Grenzen zu

einer einheitlichen, veredelnden Kultur emporhebt. Diese nationale Toleranz macht aus Oesterreich die prädestinirte Staatsform des Orients, da nur in ihm dessen verfeindete und schwache Nationalitäten zugleich ihre Selbstständigkeit retten und zur Theilnahme an einer großartigen politischen und Kulturarbeit durchdringen können, während die russische Herrschaft für sie den nationalen Untergang, der Versuch eines selbstständigen Bundes Ohnmacht und Anarchie und endlich ebenfalls die erstere bedeutet. Für Oesterreich wiederum ist diese Wendung von entscheidender Bedeutung, insofern die schroffere Scheidung zwischen seinen zum hellen Licht der Geschichte durchgedrungenen Nationalitäten jenen Gedanken der Parität mit jedem Tag chimärischer zu machen, und ihm nur noch in der halbwachen Nationalität der neuen und wirr durcheinander geworfenen Balkanvölker einen Boden zu neuer, segensreicher Entfaltung zu lassen scheint.

Zugleich muß mit jedem Schritt nach jener Seite Oesterreich mehr von seinem ausschließlichen katholischen Charakter verlieren und sich zuletzt um der eigenen Erhaltung willen zu einer Politik religiöser Duldung (der natürlichen Ergänzung seiner paritätischen Politik) hingedrängt sehen: ein historischer Vorgang von der größten Wichtigkeit für die europäische Kulturgeschichte; für uns wie für Oesterreich selbst ein fester Riegel gegen die Rückkehr der verderblichen Tendenzen seiner katholischen Politik.

Daß nicht willkürliche Eroberungslust, das plus ultra der Habsburger, Oesterreich auf diesen Weg treibt, das beweist die Leichtigkeit, mit der die ersten Schritte auf demselben gelangen und die Früchte langjähriger russischer Kämpfe im Orient fast ohne Anstrengung ihm in den Schooß gefallen sind; Rußland sieht sich heute in einer Lage, in der es nur nach völliger Niederwerfung des oder der Gegner die Position wiedergewinnen könnte, die es in den südslavischen Ländern zu vertheidigen behauptet. Der einfache physische horror vacui, die Unmöglichkeit eines leeren Raumes in der

Politik treibt Oesterreich vorwärts; zwischen ihm und dem Orient giebt es keine Grenze und im andern Fall wäre die Rückströmung von dort her ohne Widerstand bis in sein eigenes Centrum vorgedrungen. Ebensowenig aber kann es auf diesem Wege stehen bleiben, da es selbst schon mit der Besetzung Bosniens in einen Kreis von starker koncentrischer Bewegung eingetreten ist. Konstantinopel ist eine jener seltenen Positionen, deren natürlicher Einfluß sich stärker erweist als jedes menschliche Wollen; Kleinasien und die Balkanhalbinsel können nur von dort, der Balkan selbst nicht ohne dieselbe beherrscht werden. Konstantinopel ist die natürliche Hauptstadt von Oesterreich.

Die Sicherung derartiger Errungenschaften könnte nur das Werk anhaltender, ruhiger Friedensarbeit sein, in der eben die Ueberlegenheit des germanischen Staates über Rußland auf das deutlichste hervortreten müßte. Darin liegt die erhöhte Wichtigkeit begründet, die Oesterreichs deutscher Besitz — entgegen der gewöhnlichen Anschauung — mit jedem weiteren Schritt nach Osten für dasselbe gewinnen muß (wodurch allein schon jede auf dessen Gewinnung gerichtete Absicht von unserer Seite ausgeschlossen erscheint); wir müßten uns mit den kulturellen Vortheilen begnügen, die aus einer germanisatorischen Thätigkeit im Orient, später in Kleinasien, der ganzen Nation erwachsen würden; Oesterreich wäre gleichsam der Wandelthurm, der deutsche Macht und Nationalität in Gebiete führt, die ihr unmittelbar nicht erreichbar sind. Für unsere Auswanderung bieten Bulgarien, Serbien, Macedonien, Rumelien, in zweiter Linie Bosnien und Albanien ein Gebiet, wie es günstiger nicht gedacht werden kann; zugleich wird dort das östliche Deutschthum die Möglichkeit zu einer Verdopplung an Kraft und Zahl finden, die es gegen die drohende Ueberlegenheit der umgebenden Völkerschaften erst von neuem widerstandsfähig macht; während diese gegenüber einer solchen, die unerschöpflich sich aus sich selber neuerzeugenden Kräfte einer großen Kulturnation in

Anspruch nehmenden Aufgabe schnell in ihre natürliche Nichtigkeit zurücksinken müßten. Die Abneigung der deutschen Partei gegen die Okkupationspolitik, die die Ursache ihres Sturzes wurde, erscheint daher höchstens aus dem Gefühl innerlicher Schwäche in der heute herrschenden Generation heraus erklärlich, auf die Dauer dagegen unnatürlich und unhaltbar. Vielleicht wird sie einmal gerade von diesem Punkt aus ihre Herrschaft über Oesterreich wiedergewinnen; der österreichischen Regierung aber fällt die keineswegs in ihren Schwierigkeiten zu unterschätzende Aufgabe zu, das in der deutschen Jugend mächtig emporwachsende Nationalgefühl auf diese Aufgabe abzulenken, bevor es sich gegen den eignen Staat wendet.

Die Vorbedingung zu all' diesen Entwicklungen bildet unser und des verbündeten Oesterreich Sieg in einem Kriege mit Rußland; vermieden und durch eine beschränkte Aktion in Polen (Sequestration zur Verhütung eines allgemeinen polnischen Aufstandes) ersetzt könnte derselbe höchstens noch im Fall eines verfrühten revolutionairen Ausbruchs in Rußland werden. Wenn er wahrscheinlich auch weit minder furchtbar und blutig sein würde, als man nach historischen Analogien anzunehmen geneigt ist, indem bei einer ernsten Probe die Unnatur der Bande, welche die Gegenstände eines solchen Kampfes — die Balkanhalbinsel und Polen — noch an Rußland knüpfen, bald und grell zu Tage treten müßte; so bleibt doch seine Erweiterung zu einem allgemeinen europäischen Brande, der uns noch einmal auch thatsächlich um alles bisher errungene zu kämpfen zwänge, selbst durch die geschickteste Politik nicht gänzlich auszuschließen. Ein von Anfang an vereinigter Angriff Rußlands und Frankreichs — für den Augenblick übrigens eine völlig außer Frage stehende Eventualität — würde die ganze Last des Kampfes auf uns allein fallen lassen, und wenn auch der endliche Sieg wahrscheinlich auf unserer Seite sein würde, so wäre es am Ende wieder nur England, das aus der Erschöpfung seiner

wirthschaftlichen Rivalen den Vortheil zöge. Wahrscheinlicher bleibt unter allen Umständen — wenn man das Gewicht in Betracht zieht, das gerade in der orientalischen Frage der europäische Standpunkt zuletzt immer für Frankreich behauptet hat, — eine Aktion Deutschlands und Oesterreichs gleichsam als Mandatare der civilisirten Welt gegen das erdrückende Uebergewicht halbkultivirter Massen, also in der denkbar günstigsten Situation.

In zweiter Linie wird die Stellungnahme der Polen für den Verlauf des Krieges von Bedeutung werden; man unterschätzt bei uns noch die ganze blutige Wildheit des Hasses, der in dem sarmatischen Adel gegen die russischen Unterdrücker brennt, und den Oesterreich bei Beginn des Krieges ohne Gefahr in das Feld rufen könnte, entscheiden wird am Ende, daß die Polen für keine der drei Mächte sich aufzuopfern die Neigung haben können, und sich daher demjenigen Theil anschließen werden, dessen Ueberlegenheit in dem ersten, auf polnischen Boden sich abspielenden Stadium des Kampfes unzweifelhaft erscheint.

Allerdings bliebe auch ein Fall eines so lokalisirten Krieges das Feld für englische Uebergriffe für seine Dauer offen, aber die Furcht vor solchen an der verwundbarsten Stelle Rußlands, wo überdies seine Interessen als defensive mit unsern zusammenfallen, könnte gerade für dieses zur Ursache eines schnellen Friedens und des Anschlusses an seine bisherigen Gegner werden; woraus denn — wie oben angedeutet — mit der Zeit ein neues Dreikaiserbündniß, mit der Hauptaufgabe der Konservirung der noch nicht reifen asiatischen Türkei, hervorgehen könnte. Zu einer Aenderung dieses Verhältnisses, an dem Rußland schon um seiner weiteren Antheilnahme an der europäischen Politik willen festhalten müßte, könnte uns frühstens erst ein Praktischwerden der Bosporusfrage nöthigen.

Das Ergebniß des Krieges läge für uns vor allem darin, daß er den Abschluß jener Periode von Bewegung

und Unruhe bilden würde, deren Nachtheile wir in unserer central — vertieften, die Strömungen von Ost und West gleichmäßig anziehenden Lage am schärfsten empfanden; mit unserm Aufsteigen würden im selben Verhältniß alle Vorzüge jener prinzipiell mit Unrecht geschmähten Stellung hervortreten, die uns gestattet zugleich an dem Kulturleben des Westens und der einträglicheren schöpferischen Arbeit an dem unfertigen Osten unser Theil zu nehmen, und die mit der Zeit, der wachsenden Gravitation der angrenzenden kleineren Staaten nach uns hin, sich nur noch vermehren, vielleicht in einem dem mit Oesterreich parallelen Verhältniß zu Holland, unterstützt durch ein künftiges Erwachen ganz-deutscher Gesinnungen in diesem Staat, uns den offenen Zutritt zum Meer und einen Antheil an der überseeischen Entwicklung wieder geben könnte. Jener Krieg würde im Rückblick gleichsam den letzten, an sich unbedeutenden Stoß darstellen, der das mit dem Jahr 66 in seinem Laufe aufgehaltene Rad der europäischen Geschichte nunmehr nach der andern Seite herunterrollen ließe.

England. In ganz anderer Weise durchgreifend und sicher würde sich diese zukünftige Abrechnung gestalten können, wenn das durch die „frohe Botschaft" verkündete Verhältniß der deutschen Mächte zu Großbritannien Dauer gewonnen hätte. Eines ähnlichen Zustandes von Vertrauen und Sicherheit wie in jener Zeit unmittelbar nach dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses haben wir uns aus unserer kurzen Geschichte nicht zu erinnern; aber es scheint als ob die europäische Politik eine so der inneren Wahrheit der Dinge entsprechende Konstellation noch nicht auf die Länge zu ertragen vermöchte, und der plötzliche Sturz Disraeli's offenbarte einen Grad von Unzuverlässigkeit und Unberechenbarkeit in der Politik Englands, daß es ganz abgesehen von der besondern Stellung seines Nachfolgers für die Berechnungen unserer Zukunft bedeutend an Gewicht verlieren zu müssen schien, ein Eindruck, den die weiteren Ereignisse der Gladstone'schen Aera nur zu verstärken geeignet waren.

Englands Politik ist in erster Linie nothwendig Kolonialpolitik. Auf dem Besitz seiner Kolonien ruht (bei den schweren Versäumnissen in Irland und den inneren socialen Mißbildungen) nicht nur seine Stellung als europäische Großmacht, sondern auch seine freie Verfassung und seine wirthschaftliche Existenz. Das giebt seiner ganzen Machtstellung etwas künstliches, ängstlich überspanntes, jene von jeher der Politik der Handelsstaaten eigenthümliche Mischung von Feigheit gegenüber augenblicklichen Verwicklungen und maßlosem Vertrauen auf seine Machtmittel und seine Sicherheit für die Zukunft; auch der Umstand, daß für die Ausbeutung durch seinen Handel und seine Industrie die dauernde Behauptung eines Besitzes garnicht von dem entscheidenden Werth ist wie für die Kulturarbeit und das Prestige des nationalen Staates, befördert die ruhelose Sucht nach weiterer wirthschaftlicher und politischer Ausdehnung. Nicht selten wird dann gerade die verspätete Einsicht in die Unhaltbarkeit eines solchen Besitzes der Anstoß für den Zusammensturz des ganzen Gebäudes. England scheint im Begriff, dieses System der kolonialen Wirthschaft mit all seinen glänzenden und Schattenseiten auf die Spitze zu treiben, und nur der nicht mehr gut zu machende Mißgriff, dessen Folgen wir in der heutigen Stellung der Vereinigten Staaten vor uns sehen, scheint für jetzt dieser Entwicklung eine Grenze zu bezeichnen. Von den nationalen Märkten verdrängt sucht England, um nicht endlich den Ausfall an nothwendigen Lebensmitteln baar bezahlen zu müssen, eine vollständige Bilanz ausschließlich zwischen sich und seinen (Ackerbau-) Kolonieen herzustellen, wodurch es zugleich, nachdem die Beschränktheit seiner Kolonialpolitik die rechtzeitige Schaffung moralischer Bande zwischen ihnen und dem Mutterland (durch eine organisirte Armenauswanderung, besonders aus Irland) versäumt hat, dieselben mit ihren materiellen Interessen dauernd an sich zu knüpfen hofft. Dazu kommt eine noch nicht genug beachtete Bewegung in seiner Industrie, die

parallel zu der so folgenreichen Auswanderung seines Ackerbaus zu einer Uebersiedlung derselben in die tropischen Produktionsländer mit billiger Arbeitskraft hinzuführen scheint, womit sie allerdings vor allen Konkurrenten einen schwer auszugleichenden Vortheil gewinnen, aber in letzter Linie und wenn nicht eine große sociale Politik hindernd eingreift, eine entsetzliche Katastrophe über die englischen Arbeitermassen heraufführen müßte.

Während der Fortgang dieser Entwicklungen England zur möglichsten Zurückhaltung allen kontinentalen Fragen gegenüber treiben muß und ihm nur die Rolle übrig zu lassen scheint, dem Aufstreben jeder zukunftsreichen Kraft mit ohnmächtigem Groll zu folgen, wird es durch den Besitz Indiens wieder auf das engste mit denselben verflochten. Diese englische Herrschaft über Indien mag als ein Beispiel dienen, was bewußter menschlicher Wille den widerstrebendsten natürlichen Verhältnissen gegenüber eine Zeitlang durchzusetzen vermag; was wäre wohl unwahrscheinlicher, wenn es nicht wirklich wäre, als diese Herrschaft einer Seemacht über ein Land, das durch drei überaus enge und eine breitere aber nicht am wenigstens gefährliche Meerenge (bei Malta), — die doch für eine solche dieselbe Bedeutung haben wie ein tiefeindringender Meerbusen für eine Landmacht (man denke sich eine Herrschaft Rußlands über Schweden via Tornea) — von derselben getrennt ist.

Eigentlich zu solcher Höhe ist diese Gefährdung aber erst seit der Eröffnung des Suezkanal gestiegen, dessen letzte Folge unzweifelhaft der Verlust Indiens für England bilden muß; in Folge der neuen Gewichte, die zugleich in Folge der kontinentalen Entwicklungen auf die schwächsten Stellen des an und für sich zu langen und verschiedenfach festgeklemmten Fadens der englisch-indischen Verbindungen zu drücken begannen, mußte sich bald dies alte System der dünnen Leitung mit befestigten Punkten als überlebt erweisen; die wohl schon von Disraeli geplante von Gladstone über Er-

warten glücklich zu Ende geführte Besetzung Egyptens suchte an ihre Stelle das neue der energischen Festsetzung an einem mittleren Punkt zu setzen, der als selbstständige Basis für aktive Vertheidigung und wenn einmal jenes stets im Auge behaltene Ereigniß der Losreißung Indiens eintrat, als Ausgangspunkt eines neuen, „indischen Reiches" dienen konnte. Das leichte Gelingen in Egypten ist zum Theil wohl der Scheu vor dem britischen Löwen, den sich keiner gerade an seiner verwundbarsten ‚Stelle zu reizen getraute, in weit höherem Grade jedoch der Schwäche und den Fehlern der gegnerischen türkischen und französischen Politik zuzuschreiben, welche diesmal selbst die Voraussicht der deutschen Politik, die hier wie gegenüber S. Stefano den Weg verfolgte, die zunächst interessirten Mächte in erster Linie für sich eintreten zu lassen, getäuscht zu haben scheint; sonst wäre wohl der England so unbehagliche Vorschlag einer neutralen Aufsicht über den Suezkanal von anderer Seite — und mit anderem Erfolg auf einem abschließenden Kongreß hervorgetreten. Indeß erweist sich der ganze Erfolg der englischen Politik bei näherer Betrachtung als weit mehr glänzend als bedeutend; nicht nur daß es bei der militärisch passiven Lage Egyptens zweifelhaft erscheint, ob sein Besitz allein den gesuchten Vortheil zu gewähren vermag, hat die englische Regierung noch immer nicht gewagt, ihn zu einem endgültigen zu machen und mit den Erklärungen über die Dauer der Okkupation auf die der Kompensationen in der Schwebe gelassen. Ein ziemlich öffentliches Anerbieten einer solchen in Armenien (anders läßt sich das damalige Auftreten Dufferins in Konstantinopel nicht erklären), später vielleicht auf Bulgarien ausgedehnt, scheint, ganz abgesehen von den künftigen Gefahren, mit denen es England bedroht, von Rußland nicht angenommen zu sein. Je lauter inzwischen das Gladstone'sche Ministerium das Ende der Okkupation ankündigt, um so sicherer wird es an dem Tage der Rücknahme dieses Versprechens dafür Zahlung zu leisten haben, und die Unbehag-

lichkeit dieser Situation läßt bei dem persönlichen Charakter Gladstone's selbst dessen wirkliche Ausführung als nicht ganz unmöglich erscheinen; eine andere praktische Folge als den Sturz des liberalen Ministeriums würde dieselbe kaum nach sich ziehen.

Zeigt sich in diesen Unannehmlichkeiten die erste Folge davon, daß Gladstone, indeß er die eine Seite der Disraeli'schen Politik fortführte, die natürliche Ergänzung derselben, das Bündniß mit Deutschland, wodurch sie erst zu einer wahrhaft staatsmännischen wurde, außer Acht setzen zu dürfen glaubte; so drohen in Zukunft aus diesen Keimen für England die schwersten Gefahren zu erwachsen. Sobald der Besitz von Konstantinopel in Frage kommt, muß die ganze Nutzlosigkeit der Eroberung Egyptens ebenso wie die Gewagtheit des Planes, die Russen bis an die Grenzen des eigentlichen Mittelmeergebiets vordringen zu lassen, um ihnen dann gleichsam durch einen Faden von diesem getrennt Halt zu gebieten, sofort hervortreten. Vielleicht spielten auch wirklich Gladstone's persönliche Antipathien und jene Art von Don Quixoterie, die so seltsam unvermittelt in dem englischen Charakter liegt und den unterscheidenden Zug des modernen englischen Radikalismus bildet, eine größere Rolle bei ihm als politische Ueberlegung, deren Ziel sich etwa in einem Balkanbund unter englischem Schutz und Einfluß vorstellen ließe (wie es denn überhaupt charakteristisch ist, daß man bei keinem Volke so stark mit dem persönlichen Charakter der leitenden Staatsmänner zu rechnen hat als bei dem „parlamentarisch regierten" England).

Die Bedeutung und Gefahr der Position von Konstantinopel für England beruht auf ihrer völlig gesicherten Lage in unmittelbarer Nähe des indischen Seeweges, während die Zahl der dort sich kreuzenden maritimen und Landinteressen eine Besetzung derselben durch England vollkommen ausschließt. Sein natürliches Bestreben ging daher zu allen Zeiten darauf, sie keiner der dahinterliegenden Mächte

zufallen zu lassen (Palmerstone's Wort von der europäischen Nothwendigkeit der Türkei); seitdem der Untergang der Türkei entschieden ist, mußte sie dort die Aufrichtung einer befreundeten starken aber selbstständigen Macht zu befördern suchen, deren Kern aber nur in Oesterreich, niemals in einem phantastischen, die russische Herrschaft nur äußerlich verhüllenden Balkanbund liegen kann. Seitdem die deutsche Politik das englische Bündniß endgültig aufgegeben hat (auch ein konservatives Ministerium würde daran nichts mehr ändern), sieht sich England mit dem Ausbruch der großen europäischen Krise vor die Wahl gestellt, entweder doch den Versuch zu wagen, mit kühnem Vorgehen gegen die Dardanellen seine Schutzherrschaft über den Rest der Türkei aufzurichten, und dabei auf einen Widerstand zu treffen, dessen Rückschlag für seine ganze Weltstellung verderblich werden könnte, oder passiv abzuwarten, bis die ohne seine Mitwirkung geschaffenen Thatsachen dieselbe Wirkung hervorbringen. Allerdings muß man bei allen Zukunftsrechnungen, die England betreffen, einen Punkt nicht außer Acht lassen, wie es auch bei dem landläufigen Vergleich mit der Hansa oder Holland geschieht, daß nämlich England bei alledem eine Nation ist, mit der charakteristischen Fähigkeit des uneigennützigen Zusammenschlusses der einzelnen Interessen zum gemeinsamen Handeln, vor allem so lange es in seinem Großgrundbesitz einen durch und durch gesunden von Handel unabhängigen Stand besitzt, der seine traditionelle politische Begabung noch einmal an der Aufgabe erweisen mag, die parlamentarische Verfassung wirksam und lebensfähig zu erhalten, wenn sie mit dem Tode ihres letzten bedeutenden Staatsmannes das, was bisher ihren eigentlichen Kern ausmachte, verloren haben wird.

Als einem Erbtheil der englischen Kolonialpolitik haben wir mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu rechnen. Wirthschaftlich bedroht uns ihre Ueberlegenheit in der Ackerbau-Produktion schon in absehbarer Zeit mit einer

Gefahr, die wir vielleicht durch ein engeres Gegenseitigkeitsverhältniß mit den noch unmittelbarer bedrohten Produktionsländern des europäischen Ostens auszugleichen gezwungen wären, seine Industrie würde ebenso wie die englische mit der Zeit in einem kontinentalen Zollbunde, der schon mit der Lösung der jetzigen Krise in den Bereich der Möglichkeit tritt, ihre Schranke finden. Von einer politischen Gefahr zu reden erscheint heute noch einfach lächerlich, tritt dieselbe einmal näher an uns heran, so würde es gut sein, wenn die Zukunft Europa unter einer Art Doppelhegemonie der dauernd verbundenen Centralmächte geeinigt findet; sonst könnte das als im stillen gepflegtes Ideal schon heute existirende Bündniß zwischen Rußland und Amerika noch einmal zu der größten Gefahr für die Freiheit der Welt werden. Ueberhaupt wird auf das künftige Verhältniß zu Amerika die Hineinziehung des Orients in den europäischen Kulturkreis von entscheidendem Einfluß werden; indem Europa sich damit gleichsam den Flügel an die andre Schulter heftet, stellt es das verlorne Gleichgewicht seiner Stellung wieder her. Verhindern müßte die europäische Politik auf jeden Fall ein Hinübergreifen Nordamerikas auf den materiell erstarkten Südkontinent, da dies eine Vereinigung von Kräften bedeuten würde, der auf der Welt keine andre gewachsen wäre (bis jetzt fehlen dort noch zum Angriff wie zur Abwehr die Mittel). Im übrigen ist es wahrscheinlich, daß schon in dem kommenden Jahrzehnt die Entwicklung Amerikas unter dem Einfluß socialer Erschütterungen, der wachsenden Einwirkung deutscher Ideen und der Abwendung von dem demokratischen Ideal, sowie dem Schwächerwerden der Einwanderung in ein langsameres Tempo treten wird. Bis auf ein oder den andern Phantasten wird darüber jeder im klaren sein, daß wenn es eine wirkliche Gefahr für die moderne Kultur giebt ähnlich der, welcher die antike innerlich zum Opfer fiel, lange eh' sie vor dem Ansturm der Barbaren zusammenbrach, sie nur aus einer Weltherrschaft des Yankee-

thums emporsteigen könnte, die an Brutalität und Scheußlichkeit das widrigste Gebilde der Weltgeschichte, das Weltreich der römischen Republik, sicher noch übertreffen würde.

Frankreich. Frankreich wird an die östliche Politik nur noch durch den künstlich erwärmten Revanchegedanken gebunden, seine thatsächlichen politischen Interessen liegen nach einer andern Richtung. Ueberhaupt hängt aber seine künftige Stellung zu uns wie alles auf seine Zukunft bezügliche ab von dem Ergebniß der großen Umwandlung, die sich auf's neue in seinem Innern vorbereitet, und im glücklichen Fall in einer moralischen Wiedergeburt der Nation und der endgültigen Verwindung der Folgen seiner großen Revolution enden kann. Ob dies der Fall sein wird, hängt vor allem davon ab, ob erst eine neue Niederlage, eine elfte Revolution die weitesten Kreise der Nation von der Nothwendigkeit einer Umkehr überzeugen müßten, zu der sie ihr zugleich die letzte moralische Kraft rauben würden. Die letzten Jahrzehnte ihrer Geschichte mit ihrem raschen Wechsel von Despotie zu Zuchtlosigkeit läßt sie allerdings nur zu sehr einem Gießbach gleichen, der seine mächtigen Brücken zertrümmert und sich nun unter ein Brett bückt — bis zum nächsten Hochwasser; und die Systemsucht unsrer Gelehrten hat nicht verfehlt diese unseligen Nachwehen seiner revolutionären Geschichte für einen dauernden Charakterzug des Volkes zu erklären, das das großartige Gebilde der ersten modernen Monarchie geschaffen hat. Immerhin darf man nicht übersehen, wie ganz anders die Verhältnisse heute liegen als vor jeder früheren Umwälzung.

Konnte ein aufmerksamer Beobachter schon 1870 die ersten Anzeichen einer inneren Abschwächung jener französischen Ideen, die ein Jahrhundert hindurch die Welt beherrscht hatten, erblicken, so hat seitdem ein scheinbar gnädiges Geschick der Republik die Frist zu einer vollständigen inneren und äußeren Abwirthschaftung gewährt; fällt sie, so wird diesmal kein Vertheidiger die Schuld auf die militairische

oder politische Ueberlegenheit eines Napoleon zu schieben vermögen, sie ist an sich selbst zu Grunde gegangen. Damit entfällt für jede künftige Regierung die gefährliche Gegnerschaft eines idealistischen Republikanerthums (man kann beobachten, daß der heutige französische Esprit antirepublikanisch, selbst ultramontan ist); während zu gleicher Zeit die letzten Wirkungen jenes beispiellosen Genies, das in einem verhängnißvollen Augenblick die Geschicke des modernen Frankreich meteorartig kreuzte, sich zu verlieren scheinen. Seit dem Tode des vierten Napoleon ist der Bonapartismus wirklich nur noch eine historische Erinnerung und auf jeden Fall vermag sich jede Regierungsform eines einzelnen Gegners leicht zu erwehren. Nur die maßlose Verblendung des schon dem Untergang Verfallenen erklärt endlich den vielleicht nur angenommenen Glauben der Republikaner an eine fernere Spaltung zwischen Orleanismus und Legitimismus. Eine Partei des Princips kann nie auf die Länge gegen dasselbe stehn, wenn auch in einzelnen die Erinnerung persönlicher Feindschaft dasselbe zeitweise überwiegt. Ueberhaupt mag man an der französischen Presse bewundern, wie schnell seit dem Tode Chambords einerseits das republikanische Princip sich abstumpft, anderseits der Berufung auf das brutale Recht des Besitzes, — für eine Regierungsform, deren Vorzüge nur auf sittlichem Gebiet liegen könnten, ein schlechter Schutz — Platz macht. Der Menschenkenner darf vielleicht schon im stillen mit sich erörtern, ob ein Ministerium Say oder — Thibaudin den würdigen Todtengräber einer solchen Republik darzustellen bestimmt ist und sich — für das letztere entscheiden. Was andererseits die Gefahr eines europäischen Krieges in der kurzen Frist, die der Republik noch gegönnt erscheint, anbetrifft, so muß man nicht vergessen, daß eine sinkende Regierung keine andren Kräfte nach außen zu wenden hat, als die sie nicht mehr in ihrem lockerer werdenden Gefüge festzuhalten vermag, und daß jeder Schritt zu weiterer Desorganisirung das zu einem Erfolg unentbehrliche Bündniß mit Rußland unmöglicher machen muß.

Wenn so alles für die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Rückkehr der Orleans in nicht zu ferner Zeit zu sprechen scheint, so hängt dagegen, ob dieselbe eine andre Bedeutung haben soll als die eines gelungenen Putsches, in letzter Linie ab von der Persönlichkeit des Prätendenten und der äußeren Politik, die derselbe einzuschlagen gedenkt.

Das Unbehagen mit dem unsere öffentliche Meinung — trotz erklärlicher Sympathieen für die monarchische Staatsform — dieser Eventualität entgegensieht, wird hauptsächlich bedingt durch die bisherige Haltung unsrer officiösen Presse, die in den letzten Jahren nicht leicht eine Gelegenheit vorüber gehen ließ, ohne die Gefahren einer Restauration für unsre europäische Stellung hervorzuheben; doch erklärt sich dieses Vorgehn auf die einfachste Weise aus der Absicht, jedem Schein einer gewollten Einmischung in die innern Verhältnisse Frankreichs vorzubeugen. Es ist beachtenswerth, daß seit der unvorhergesehenen Beschleunigung der Ereignisse durch jene plötzlichen Todesfälle die Nordd. Allg. sich in ein beharrliches Schweigen hüllt, das sie wahrscheinlich nicht in demselben Ton wieder brechen wird. Ist einmal die Rückkehr der Orleans unvermeidlich, so wird unsre Regierung die letzte sein, gegen eine Thatsache zu remonstriren, an der sie doch nichts zu ändern vermöchte, selbst wenn in deren Charakter mehr Grund dafür läge. Der Scharfblick des eigenen Interesses muß den Orleans zeigen, daß sie in einem Revanchekrieg nur alles zu verlieren hätten, während sie desselben weniger als eine andre Partei bedürfen und sie daher vorziehn lassen ihn durch eine in ihrem Erfolg gesicherte wenn auch minder glänzende Aktion zu ersetzen. Nicht daß wir leichtsinnig auf eine völlige Verleugnung ihrer bisher recht offen verkündeten Grundsätze zählen dürften, es liegt hier vielmehr eine Hauptaufgabe unsrer Politik für die nächste Zeit, zu deren erfolgreicher Lösung sie sich wahrscheinlich derselben Verbindungen mit Oesterreich bedienen wird, die einer Gegnerschaft des französischen Königthums für uns ihr Bedenkliches geben.

Von entscheidendem Einfluß auf die Parteistellung des künftigen Frankreich müßte es werden, wenn ein Anschwellen der social-revolutionairen Bewegung den Anstoß zu der Verfassungsänderung gäbe (man braucht sich nur der Wirkung zu erinnern, welche die republikanische Agitation in Italien und Spanien zu unsern Gunsten hervorgebracht hat); wird die eingeleitete sociale Reform in Deutschland von einem wirklichen Erfolg gekrönt, so könnte gegenüber einem inneren Zusammenbruch im Osten und Westen unser Staat zu dem Wall werden, an den sich alle erhaltenden Kräfte um ihrer eigenen Rettung willen anzulehnen gezwungen wären.

Die Stellungnahme Frankreichs wird bestimmend auf die Gestaltung des europäischen Westens in der herannahenden Weltperiode wirken. Man könnte diese im Gegensatz zu den oben berührten, europäischen Uebergewichts und nationalen Gleichgewichts, als die der kaiserlichen (imperial powers) Politik bezeichnen. Sie hat ihren Ursprung darin, — wenn nicht überhaupt mit der Schwäche des Centrums die Vorbedingung zu jeder gleichgewichtigen Gestaltung geschwunden war, — daß Deutschland bei seinem Aufsteigen neben dem auf das Niveau einer nationalen Großmacht zurückgedrängten Frankreich, dem dasselbe erst anstrebenden Italien und dem zwischen Auf- und Niederdruck in demselben stehen gebliebenen Oesterreich noch zwei Mächte vorfand (England und Rußland, zu denen mit der Zeit als dritte Amerika gekommen wäre), die über dasselbe in die Sphäre einer nach Weltherrschaft im alten Sinn strebenden Macht hinüberragten, indem unsre Erhebung aber solchen Aspirationen ein für alle Mal einen Riegel vorschob, sich in eine Art Mittelstellung versetzt fanden, die ich eben als imperiale bezeichnen möchte, und damit den andern Staaten nur die Wahl ließen, sich auch zu derselben zu erheben oder unterzugehn, im besten Fall sich mit einer durch nationale Verschiedenheit geschützten lokalen Selbstständigkeit zu begnügen. Entscheidend für ihr Machtverhältniß auf lange Zeit ist es daher, welche Nationen in diese Periode

der Umwandlung, (von der das Wort gelten mag, daß in bewegten Zeiten wie alle Reiche so auch das der Möglichkeit seine Grenzen zu erweitern strebt) mit frischer Schnellkraft eintreten. Das Wesen jener Stellung (deren äußeres Zeichen immer mehr der Kaisertitel zu werden beginnt), beruht in der Beherrschung einer Zone von selbstständiger welthistorischer Bedeutung neben dem nationalen Gebiet auf welchem die Nation den (moralischen) Raum zur Verdoppelung ihrer Kraft und Bedeutung findet. Diesen Raum bieten in den übergroßen Gebilden Nordamerikas und Rußlands die unkultivirten Flächen ihres Innern, für England die Seeherrschaft und Indien, für Oesterreich der Orient, für uns Polen, Skandinavien, in Zukunft etwa Holland, und der Bund mit dem neuen Oesterreich. Unter den romanischen Völkern wird sicher Spanien an der neuen Entwicklung keinen Theil nehmen können, zwischen Italien und Frankreich werden die Nationen selbst zu entscheiden haben; wir haben keine Politik theoretischer Gerechtigkeit zu treiben und werden mit dem Ergebniß des Widerstreites rechnen. Für jetzt befähigt jedenfalls Frankreich seine Geschichte, wie seine materielle und Kulturbedeutung dazu in höherem Grade, sobald es aufhört seine besten Kräfte in dem „avitischen" Gegensatz zu Deutschland zu verzehren. Der natürliche Gegenstand einer solchen Entwicklung läge in Nordafrika, das sich von jedem andern Kolonialbesitz durch seine Nähe und die Rückwirkung auf die europäischen Verhältnisse unterscheidet. Der Gefahr gegenüber, daß Frankreich durch den Besitz von Tunis und den künftigen Marokkos sein dauerndes Uebergewicht über die romanischen Nationen begründe, böten der gesteigerte Haß und die Furcht vor Frankreich Handhaben genug, um mindestens ihre territoriale Unabhängigkeit auf unsern und Englands Rückhalt zu stützen; ein andres in Betracht kommendes Moment wäre das wahrscheinliche Uebergewicht der Spanier und Italiener in der Bevölkerung einer solchen Kolonie. Eine spätere mächtige Entfaltung der verjüngten Kräfte Italiens könnte unsre

Stellung zu dieser Frage ändern, wenn sie sich nicht vielmehr das östliche Mittelmeer zu ihrem Felde ersehen; ein kleiner Vorschmack kolonialer Macht wird Italien wohl auf jeden Fall in dem wenig bedeutenden Tripolis zu Theil werden.

Der Ausgleich dieser bedeutenden Vortheile für Frankreich läge auf unsrer Seite, neben einer sekundären überseeischen Stellung gegenüber England, in der endlichen Beilegung eines Kampfes, der seit tausend Jahren schon so oft die Kräfte beider Nationen von verheißenderen Bestrebungen abgerufen hat; unser Volk würde diesen Frieden kaum minder jubelnd begrüßen als den zukunftsreicheren Bund mit Oesterreich. Die deutsche Staatskunst erreichte damit das letzte Ziel, das sie in der europäischen Politik anzustreben hat, die freie Wahl zwischen dem Bündniß mit Rußland und mit Frankreich.

Italien. Ein charakteristisches Zeichen unsrer Tagesmeinung ist ihre Ueberschätzung Italiens und des Werthes, den ein Bund mit diesem Staat für uns besitzt. Die italienische Tripelallianz ist offenbar nur ein Nothbehelf, kann aber allerdings Italien den Rückhalt bieten, die großen Versäumnisse in der Entfaltung seiner äußeren und inneren Kraft wieder gut zu machen sowie es andrerseits an den Gegensatz gegen Frankreich und den Verzicht auf irredentistische Gelüste gewöhnen. Die eigentliche Bedeutung dieses Bundes liegt an einer andern Stelle: während Europa bisher nur unversöhnbare Gegensätze auf der einen, dauernde Interessengemeinschaft auf der andren Seite aufwies (kein Staatsmann konnte im Ernst daran denken, Frankreich mit Deutschland, Rußland mit Oesterreich zu verbünden, Deutschland von Oesterreich zu trennen), und alle Kombinationen der großen Politik hieraus eine furchtbare Einfachheit und Wahrhaftigkeit schöpften, die mehr dem Kriege wie dem Frieden gehörte, und in der wirklich der kleinste Anstoß die Gefahr eines allgemeinen Brandes heraufrief; ist mit dem bisher isolirten

Italien eine minder gebundene, in ihren Beziehungen mehr elastische Macht in diese eingetreten, die gleichsam als Luftkissen zwischen den harten Massen wirkt. Die alte Diplomatie des herüber und hinüber findet wieder einen Spielraum, in dem ein Theil der Interessen und Leidenschaften unschädlich verpuffen kann; es ist bezeichnend, daß der Gedanke einer Annäherung Frankreichs an Deutschland sofort aus der Tripelallianz emporsprang, und ein kühner Prophet mag in der Ferne schon einen Wettlauf Frankreichs und Italiens um die Gunst Deutschlands in der Mittelmeerfrage voraussehen: die elektrische Spannung der Athmosphäre ist mit der Tripelallianz und dem Tode Gambetta's im Westen Europas gewichen.

Aber über das eine darf uns kein glücklicher Zufall, kein neuer friedlicher Sieg unsrer Politik verblenden, daß noch rings in der Welt eine Masse von Haß und Groll gegen uns angesammelt liegt, die nur des Anstoßes harrt, um in eines zusammenzuschießen. Kein Patriot wird so leicht das peinlich drückende Gefühl vergessen, das ihn noch jüngst bei der Nachricht von Gladstone's Reise überschlich. Wir können noch nicht wie glücklichere Nationen uns in Ruhe des Errungenen freuen, jeden Augenblick haben wir mit den Waffen und den Gedanken zu wachen, daß nicht, indeß wir fortzubauen suchen auf der Grundlage, die schon mit dem Blute von Tausenden fest genug gekittet erscheint, die heranbrausende Hochfluth noch einmal uns und alles in die Tiefe zurückschlinge. Während die Alten mit beharrlicher Kraft an dem Werke schaffen, das Erbe ihrer Kämpfe ungeschmälert und voll einer fernen Zukunft zu überliefern, während ein junges Geschlecht voll stolzen Selbstvertrauens und schrankenloser Entwürfe sich im Stillen bereitet, sein Vaterland mit allen Kränzen der Kunst und des friedlichen Ruhmes vor den Völkern der Erde zu schmücken, müssen sie stets gerüstet sein, an dem Tage, wo wie einmal schon in unsrer Geschichte keine Voraussicht der Staatskunst, kein planen und sinnen und rechnen

mehr jene Gefahr zu bannen vermöchte, wieder auf ein Feld hinauszutreten, wo das Blut des besten unter ihnen nicht mehr werth sein wird, als daß des letzten Knechtes, der es in stumpfer Betäubung für eine unverstandene Sache vergißt. Dann heißt es zu sorgen, daß das Wort, das dieser Jugend alles ist, Vaterland, nicht zum leeren Schall auf ihren Lippen geworden sei: vielleicht ist es ein gnädiges Geschick, das es so bestimmt. Bereit sein ist alles.

Deutsche Kolonialpolitik.

Es giebt für ein lebenskräftiges Volk nur einen Trieb, der alle andern beherrscht, den Selbsterhaltungstrieb unter den andern Völkern, der sich im Kriege durch rücksichtslose Vernichtung alles dessen, was ihn hemmt, im Frieden durch unbegrenzte Entwicklung aller seiner materiellen, geistigen und politischen Kräfte offenbart. Der Rechtsgrund bei den Annektionen von 1866 war (nach Bismarcks Aeußerung im preußischen Abgeordnetenhause) das Recht Preußens zu athmen und zu leben und den nothwendigen Raum dazu zu gewinnen.

Da jeder Staat in das Unendliche strebt, beschränken sie sich alle gegenseitig und zwar so, daß nur diejenigen staatlichen Institutionen den Weltinteressenkampf überdauern, welche die innere Berechtigung dazu in sich tragen. Der Begriff der Kultur ist es, der darüber entscheidet, ob ein Staat gut oder schlecht handelt, wenn nämlich das gut heißt, was dauernd und zweckmäßig, schlecht aber das, was nur vorübergehend und zwecklos ist. Jeder Schein verflüchtet und am Ende bleibt nur die Wahrheit. In der großen Politik giebt es keine ethischen Grundsätze und keine juristischen Lehrsätze. Deutschland hat nur dort ein Recht, wo es auch die Macht hat, sein Recht durchzusetzen und dauernd zu vertheidigen, andrerseits liegt es in dem Begriffe der Weltordnung, daß Deutschland dort, wo es die Macht hat, auch sein Recht ausüben muß.

Diese organische Weltordnung der Staaten ist es, die man vernünftigerweise unter dem Gleichgewichte der Staaten

versteht. Es ist die große Bewegung in der politischen Weltgeschichte nichts anderes, als dieses Suchen nach dem Gleichgewichte, d. h. nach dem richtigen Verhältnisse der subjektiven Staatsmacht zu den Machtobjekten, so, daß kein Staat über die ihm nach seinem innern Bau und Leben zugemessene Machtsphäre hinausgreife. Da ein Verstoß gegen diesen Fundamentalsatz einen Angriff auf die gesammte Weltordnung, also auf jeden scheinbar unbetheiligten Staat bedeutet, folglich unsittlich ist, so erfolgt eine gewaltige, von der Sittlichkeit getragene Reaktion gegen den verbrecherischen Staat und die Furcht vor dieser Reaktion beschränkt einen jeden derselben auf sein thatsächliches Machtgebiet.

Wäre es denkbar, daß die Staaten je zu einer festen Gestalt gelangen und dann im Gleichgewichte ruhen könnten, so wäre das erreicht, was den Friedensligisten vorschwebt. Da Staaten aber organisches Leben besitzen, täglich wachsen und ihre Bestandtheile verändern, d. h. ihr Machtverhältniß verschieben, so geht dieser großartige Zug durch das Völkerleben, der im kaufmännischen Verkehr Konkurrenz bedeutet. Wer nicht mitschreitet, bleibt zurück. Zu dieser Bewegung ist nicht nöthig, daß gleichsam Hände und Füße arbeiten, das Prestige, die Bewegung in der Ruhe, das Wachsen an politischem Gewicht allein schon durch die Thatsache zunehmender innerer Kräftigung, macht, daß man einen Staat fürchtet, nicht weil er furchtbar ist, sondern weil er es schnell werden kann. Unter diesem kräftigen Nimbus vollzieht der Staat die kühnsten Eroberungen, vermag er in fremden Welttheilen festen Fuß zu fassen, ohne auch nur einen Bürger zu opfern.

So ersetzt im Völkerleben der Umfang des Prestige die äußeren Rechtsnormen und moralischen Skrupel, gleichsam als die ratio juris gentium und als das politische Gewissen. Dieser Umfang des Prestige ist aber nicht wissenschaftlich zu ermitteln, sondern wird durch die Thatsachen erprobt, wenn auch eine feine Diplomatie schon durch Andeutung der That

die endgültige Konstellation nach derselben und damit das Risiko vorweg zu nehmen vermag.

In jedem Staate gab es von jeher eine alte und eine junge Generation. In Wirklichkeit regiert immer die alte, die Menschen zwischen 50 und 60 Jahren, die Welt. Die junge radikale tritt mit dem theoretischen Uebergewicht und den neuen Ideen jeder kommenden Generation gegen den politischen Einfluß und die fachmännische Erfahrung der gesättigten und daher konservativen Alterspartei pietätlos auf. Die glücklichste Lösung ist es, wenn die Widerstandskraft der Alterspartei so lange vorhält, bis sie dem zum Liberalismus geläuterten Radikalismus der Jugend ohne innere Bedenken weichen kann. Dann erfüllt die junge Generation ihre Mission, bis auch sie altert und neuen Ideen das Feld läßt. Das ist der kräftige Athem des gesunden Staatslebens!

Wir haben in Deutschland zur Zeit eine sehr starke Alterspartei, der man kurz das ehemalige Deutschthum als Charakteristikum geben kann, weil sie sich in das Preußenthum nicht hineindenken will. Natürlich giebt es in der alten Generation nicht nur alte Männer, es zählen zu ihr ebensogut jugendliche, vorzeitige Greise, wie es in der jungen Generation weißhaarige, ehrwürdige Männer mit ganz jugendlicher Politik giebt. An dem Ruder des Deutschen Reiches arbeitet die junge preußische Generation.

Unsere alte Generation, die Mitlebenden der welthistorischen Epoche von 1866 und 70, die für neue Ideen in den großen Ereignissen die Spannkraft verloren, die Fachmänner aus den vierziger und fünfziger Jahren, die das verunglückte Unternehmen von St. Thomas, Carlstadt, Mosquitia, das Unternehmen der „Fürsten, Grafen und Herren“, das Zusammenbrechen des Oestereichischen Kolonial-Vereins und der La Plata-Bank miterlebt haben, die in den Wehruf des Generalkonsul Sturz über die Beschimpfung der Deutschen in Brasilien mit zorniger Entrüstung einstimmten, die mit diesen trüben Er-

fahrungen des alten verfahrenen Deutschthums, mit dem hypochondrischen, partikularistischen Gezänk vergangener Zeiten nicht abbrechen können, kennzeichnet ein hochgradiges Mißtrauen gegen die jungen Ideen des nationalkräftigen Preußenthums. Merkwürdigerweise nennt sich heute ein guter Theil dieser reaktionären Generation liberal und das wirklich jugendliche Element konservativ, was an dem wirklichen Verhältniß nichts ändert.

Diese alte Generation erinnert daran, daß Deutschland sich vor Allem ausruhen und von der letzten aufregenden Zeit innerlich sammeln müsse. Es hat ja auch „so lange“ ohne Kolonisationspolitik bestanden und jedenfalls nicht schlechter als andere Staaten. „Sein Ackerbau wirkt autoritativ sogar auf England, seine Industrie überflügelt die Frankreichs zusehends, und, wie es scheint, gewinnt auch sein Exporthandel eine Weltstellung, die das englische Handelsmonopol zu erschüttern droht.“ Dagegen weiß man nicht, was eine unbekannte Wirthschaftsaera bringen kann, und das Bessere ist, wie man so sagt, ein Feind des Guten. Ja dieses gesättigte Element, das in allen Kreisen, in der Presse, Literatur, Kunst, im Salon, im auswärtigen Amt, kurz überall hemmend wirkt, ist es, das den politischen Schlendrian verschuldet, den man uns mit Recht zuweilen vorwirft. Es ist bei uns an sich schon stärker als anderswo, in der jetzigen Periode aber fast erdrückend stark vertreten, besonders in der Reichshauptstadt. Aber auch draußen spottet die sachverständige Hansa mit mitleidigem Kopfschütteln über die binnenländische Bewegung, die nur von ihr hätte ausgehen können; Fachleute sind die naturgemäßen Gegner jeder neuen Idee. Sie weiß nicht, was die Preußen wollen. Sie sind mit England immer gut ausgekommen, und das englische Geld wiegt ebenso schwer als das neue deutsche. Diese alte Generation, die den neuen nationalen Gedanken nicht zu fassen vermag, verschuldet, weil sie nicht mehr die jugendliche Kraft in sich fühlt, um neuer

Ideen willen Hinderniſſe zu beſeitigen, den Stillſtand einer Bewegung der Geſammtheit.

Die Koloniſationsfrage hat für uns kein zwingendes Intereſſe, da eine äußerlich zwingende Nothwendigkeit zur Koloniſation nicht vorliegt. Man weiß aber, daß man ſich zu leichten Dingen ſchwerer entſchließt als zu den wichtigſten Entſcheidungen unter dem Druck von Verhältniſſen. Es fehlt an einem beſtimmten Anlaß, wie etwa in der Samoa-Angelegenheit. Ein wenig Maſſacre im Auslande auf Koſten deutſcher Anſiedler, einige Bravourſtücke, einige nerven-erregende Berichte, und die öffentliche Meinung ſteuert mit vollen Segeln der Koloniſationsidee zu. So aber hält ſich die Bewegung mühſam aufrecht. Man leugnet nicht, daß Koloniſation für uns ganz angenehm wäre, aber zur Noth kann ſie auch ganz gut unterbleiben. Bei dieſem Charakter der Angelegenheit gehört nur ein klein wenig politiſcher Schlendrian dazu, und die Sache unterbleibt wirklich.

Die deutſche Preſſe hat mit wenigen Ausnahmen (Köln. Zeitung) ein Verſtändniß und einen principiellen Standpunkt zur Kolonial-Politik nicht gezeigt, es müßte denn die einfache Negation deſſen, was iſt, als Princip gelten.

Die Kolonial-Literatur iſt in der letzten Zeit ſehr gewachſen. Es iſt nur Schade, daß die meiſten Autoren ſich ſo lange bei der theoretiſch-hiſtoriſchen Erörterung aufhalten, daß ſie zu dem, was man ſucht, ſchließlich gar nicht kommen. Sie wollen erſt noch den Begriff der Koloniſation aufklären, führen dann aus, warum England gut und Frankreich ſchlecht koloniſirt und ſtellen zahlenmäßig unſere Auswanderung feſt. Gewiß, auch dieſe Erörterungen ſind nothwendig, es iſt nur zu bedauern, daß eigentliche Ideen ſo nicht zum Ausſchlag kommen, und daß ſich ſchon jetzt etwas wie Ueberſättigung in der Diskuſſion einſtellt.

Dagegen bietet das wachſende Intereſſe, das man den Koloniſationsgeſellſchaften und Vereinen zuwendet, einen erfreulichen Anblick. Auf begrenztem Felde, aber mit außer-

gewöhnlich praktischem Geschick und Selbstständigkeit ist der Centralverein für Handelsgeographie vorgegangen. Seine Verdienste um die deutschen Handelsbeziehungen können vorbildlich genannt werden. In ähnlichem Sinne verdient der Leipziger Kolonisationsverein Anerkennung, der sich zur Zeit mit Energie auf die genossenschaftliche Ackerbaukolonisation zu werfen scheint. Mit einer gewissen Spannung sieht man den Bestrebungen des unter Fürst Hohenlohe gegründeten Kolonisationsvereins entgegen, der, wie verlautet, zunächst Paraguay in's Auge fassen wird.

Von einer New Yorker Zeitung war letzthin eine bemerkenswerthe Aeußerung des genannten Vereins-Präsidenten gebracht, wonach die deutsche Regierung beabsichtige, nicht die Auswanderung nach Canada zu begünstigen, ihn aber beauftragt habe, sich über die dortigen britischen Kolonisationsmethoden zu informiren.

Seitdem unsere auswärtige Politik ganz in den Händen des Fürsten Bismarck liegt, ist die öffentliche Meinung in solchen Fragen keine öffentliche, ebensowenig wie es eine Politik der Regierung giebt, sondern Beide folgen nur der Bismark'schen Politik. So kam es, daß bei der Angra Pequena-Angelegenheit die öffentliche Meinung nicht sich absprechend oder billigend und weitere Schritte berathend verhielt, sondern daß man aus der an sich unbedeutenden privaten Erwerbung und ihren Nebenumständen nur auf die Politik des Reichskanzlers zu schließen bemüht war; die öffentliche Meinung war zufrieden, wenn es ihr gelang, den Schleier der Bismarck'schen auswärtigen Politik ein wenig zu lüften. Auch im Auswärtigen Amte findet sich, wie versichert wird, nur deshalb ein wohlwollendes Schwanken in allen die Kolonialfrage berührenden Punkten, weil man über die Pläne des Kanzlers in dieser Beziehung nicht orientirt ist. Das Hauptgewicht dürfte also in die Persönlichkeit unseres Reichskanzlers zu verlegen sein, wenn man nach einer Erklärung für diese Unsicherheit sucht. Er hat an-

scheinend die ganze Frage noch nicht „studirt". Es liegt so in seiner charakteristischen Art, daß er sich erst, wenn ihn die Ereignisse dazu drängen, auf einen lange Zeit schwächeren Händen überlassenen Gegenstand wirft und dann nicht eher ruht, als bis er ihn in seiner Art ganz durchdrungen hat. Diesen Zustand beweist der ganze schwächliche Charakter aller auf dies Feld bezüglichen Anordnungen, die mangelhafte Organisation unseres Konsularwesens, die Beibehaltung des v. d. Heydt'schen Erlasses, die unzureichende Vertretung der Handels- und nationalen Interessen im Auslande, der Umstand, daß man für die so wichtigen Auswanderungsangelegenheiten nicht einmal ein eigenes Departement bildet, ja daß nicht einmal ein Gesetz über die Beförderung von Auswanderern zu Stande kommen will u. a. m. Oder sollte dies Alles nur Vorsicht bedeuten? — Allerdings, einer Politik, die sich zeitweise zu bescheiden und vor jeder Ueberstürzung zu sichern weiß, ist am Ende kein Ziel unerreichbar. —

Ueber den Werth oder Unwerth der Kolonisation für den Mutterstaat läßt sich in abstracto nicht streiten. Es kommt auf die politische, wirthschaftliche und kulturelle Lage des Staates, auf das Genre der Kolonisation und auf die Art und Weise, wie dies gehandhabt wird, an. Man hat noch keine allgemein gültigen Erfahrungssätze in hinreichender Anzahl aufstellen können, sondern stützt sich auf mehr oder minder gleichartige warnende oder anlockende Vorbilder. Daß die Kolonisation an sich neben materiellen Vortheilen auch politische Unzuträglichkeiten und kulturelle Entartungen für den Staat zur Folge haben kann, sollten gerade die Kolonisationsfreunde nicht mit Stillschweigen übergehen, wenn sie sich nicht den Vorwurf zuziehen wollen, als stürmten sie mit verbundenen Augen auf ein hartnäckig festgehaltenes Ziel los. Bei der Diskussion kommt es weniger darauf an, die Vortheile der Kolonisirung immer wieder breit zu treten — dazu gehört, nachdem es einmal geschehen, wenig Geist — sondern man soll vor Allem Mittel und Wege angeben,

wie die Nachtheile, die sie im Gefolge hat, zu vermeiden sind. Geschieht dies in sachgemäßer Form, so bin ich überzeugt, wird die junge Bewegung von selbst zum Durchbruch kommen. Und dann ist noch die rechte Mäßigung zu empfehlen. Als Bismarck 1866 die Annektirung von Böhmen vorgeschlagen wurde, erwiderte er: „man muß sich bei solchen Sachen fragen, nicht was man kriegen kann, sondern, was man braucht."

Jede Erörterung sollte von den Nachtheilen der Kolonisation ausgehen und diese zu beseitigen versuchen; denn es giebt deren ziemlich viele. Die Kolonisation fordert zur übermäßigen Betonung wirthschaftlicher Interessen auf Kosten der politischen und kulturmäßigen heraus, und man kann mit einiger Berechtigung sagen, daß eine zu kräftige Handelskolonisationspolitik, wenn sie der Hauptfaktor im Leben eines Volkes wird, zerreißt, was die staatsbürgerliche Thätigkeit mühsam zusammengeschweißt hat. Daher neigen Seestaaten so sehr zum Kosmopolitismus, und vermögen die Hansestädte nicht zu einer nationalen Wärme der Empfindung hindurchzudringen. Kolonialpolitik lenkt die Kraft auf Gebiete, die mit dem eigentlichen Staatsprinzip nichts zu thun haben. Sie zersplittert die militärische Kraft des Mutterstaates, der schon um seines Prestige willen für die Integrität der Kolonie haftet, um deren willen er ohne direktes d. h. wesentlich seine Existenz berührendes Interesse doch in Kriege verwickelt wird, die seine Kraft nicht minder in Anspruch nehmen, als gälte es die eigene Existenz. Aus der bisherigen Brodpolitik wird eine Luxuspolitik und zwar auf Kosten der ersteren. Ueberhaupt wird ein abenteuerlicher, undeutscher Zug in der Nation geweckt, und es kann eine ganz verkehrte Richtung in das Staatsleben hineinkommen. Das Kolonialreich, von Natur reaktionär, wird gezwungen, aller Orten ängstlich zu wachen, wo sich selbstständiges Leben äußert. Wer aber in der Politik wie in der Kriegskunst zu viele Punkte zu vertheidigen hat, vertheidigt gar keinen.

Schließlich fordert die Kolonisation höchste Anspannung der Seemacht bis zur Rivalität, ohne daß die dafür aufgewandten Kosten im Verhältnisse zu den Vortheilen weniger Kolonien stehen; man müßte denn wie England, Griechenland, Norwegen, Spanien, Dänemark natürliche Kolonialmacht sein. Was speziell Deutschland betrifft, so hat der politische Abschnitt gezeigt, daß unsere Politik so sehr im europäischen Kontinente ruht, daß eine staatlich kolonisatorische Thätigkeit in dem gewöhnlichen Sinne als eine Entziehung der dem Inlande durchaus nothwendigen Kräfte entschieden zu verwerfen ist. So erwähnt Busch in den „Tischgesprächen" folgende bei Veranlassung der Kriegsentschädigung gemachte Expektoration Bismarcks. (Es handelte sich um das Gerücht, Frankreich solle Pondichery an Deutschland abtreten.) „Ich will auch keine Kolonien. Die sind blos zu Versorgungsposten gut — — — für uns in Deutschland — diese Kolonisationsgeschichte wäre für uns genau so, wie der seidene Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben."

Man braucht darum nicht gleich mit dem polyglotten Herrn A. B., „dem Kolonialweisheit versagt ist", an „Wahnsinnsepidemien mit akuter Steigerung der Kongestionen" zu denken, wenn die Kolonialfrage diskutirt wird, aber man wird ein für allemal daran festhalten, daß Deutschlands Zukunft, soweit wir sehen können, in fremden Erdtheilen nicht ruht, und daß, wo dennoch eine Art Kolonisationspolitik inaugurirt werden soll, diese keine Nachahmung der bisherigen, sondern eine deutschen Verhältnissen angepaßte sein muß. In diesem Sinne wende ich mich zu den Möglichkeiten deutscher Kolonialpolitik.

Ackerbaukolonisation.

Damit dem deutschen Reiche die Anlage von Ackerbaukolonien im Auslande wünschenswerth erscheine, müßten folgende Erfordernisse erfüllt sein.

1. Es müßten derartige Ackerbaukolonien überhaupt für Deutschland zu erwerben und zu behaupten möglich sein.
2. Ackerbaukolonien müßten dem Staate politische, wirthschaftliche und kulturmäßige Vortheile verschaffen.

Eigentliche Ackerbaukolonien hat nur noch England, denn das französische Algérie ist eine durch das Mittelmeer getrennte Provinz Frankreichs, die, nebenbei gesagt, nach dem Budget für 1883 nur ihre ordentlichen Ausgaben in Höhe von 31 189 000 Frk. aus ihren Einkünften und Zöllen deckt. Für die außerordentlichen in Höhe von 3 879 000 Frk. und für die ressources spéciales, die 3 199 000 Frk. betragen, nimmt die Provinz die Unterstützung des Europäischen Frankreich in Anspruch.

Die englischen Ackerbaukolonieen: Dominion of Canada, Capland und Australien (außer Westaustralien) haben eigene Repräsentativverfassungen und verantwortliche Regierungen. Abgesehen von dem Veto in der Legislatur und der Ernennung des Gouverneurs stehen dem Mutterstaate keine Rechte sondern nur Pflichten zu, am allerwenigsten bezieht er eine jährliche Rente. Im Gegentheil er unterhält noch auf eigene Kosten zum Schutze der Werften in Halifax eine engl. Garnison von ungefähr 2000 Mann, und die normale Besatzung in der Capkolonie beläuft sich auf 2466 Mann, ist jedoch meist stärker. Außerdem stellt England seine Marine zum Schutz der Kolonien. Einen direkten Vortheil bieten somit die Ackerbaukolonien nicht. Auch der dem Mutterlande er-

wachsende indirekte Vortheil, nämlich für seine Industrie und seinen Handel, ist kein unbedingter. Abgesehen von Britisch Südafrika, das 1877 79,3% seiner Gesammteinfuhr und 87,8% seiner Gesammtausfuhr von England bezog, weist britisch Nordamerika nur 39,7% engl. Einfuhr und 53,8% engl. Ausfuhr, Australien 48,5% engl. Einfuhr und 49,6% engl. Ausfuhr auf, was bei der Art, wie der britische Handel sonst selbst wenig befreundete Staaten beherrscht, gewiß verwundern muß. Nach Statistical abstract for the several Colonial and other Possessions of the United Kingdom from 1863 to 1877 London 1879 (Bluebook C — 2306). Weisen doch nach dem Gothaischen Hofkalender für 1879

Portugal	. . .	mit 51,1%
Aegypten	. . .	„ 46,6%
Siam	. . . .	„ 61,5%
Japan	. . . .	„ 49,3%
Argentinien	. .	„ 54,1%

höhere Procente der engl. Einfuhr auf als Canada und

Portugal	. . .	mit 58,0%
Schweden	. . .	„ 51,0%
Aegypten	. . .	„ 68,0%
Chile	. . . .	„ 56,6%
Argentinien	. .	„ 57,0%
Vereinigte Staaten		„ 54,1%

höhere Procente engl. Ausfuhr auf als Australien. Man fürchtet sogar ernstlich, daß Großbritannien, statt an seinen Kolonieen ein erweitertes nationales Absatzfeld zu gewinnen, mehr und mehr davon verdrängt wird, ja daß gerade seine Kolonieen die gefährlichsten Konkurrenten und erfolgreiche Bekämpfer seines Handelsmonopols zu werden bestimmt sind. Verwehrt doch Canada schon den Fabrikaten des Mutterlandes durch Einführung eines hohen Schutzzolles den Eingang! Darum giebt es in England eine große Partei, welche dringend räth, die Kolonieen lieber gleich selbstständig werden

zu lassen und das einzige Heil in einem jetzt noch möglichen engen Zollverbande mit denselben zu suchen. Canada besonders sucht man zunächst auf passende Art los zu werden.

„Canada ist kein Land, wo für die zweiten und dritten Söhne englischer Häuser fette Beamtenstellen zu erwerben sind. Canada ist kein Markt für Manchester, Birmingham und Leeds, denn es hat sich einen Schutzzolltarif gegeben und behandelt die mütterlichen Einfuhren nicht besser, als wenn sie aus dem Monde kämen. Canada gewährt England nur noch die einzige Begünstigung, daß es auf seinem Boden Rekruten werben kann. England ist dagegen verpflichtet, Canada in militärischen Bedrängnissen zu schützen. Damals stellte man geschäftsmäßig die Bilanz und fand, daß das Eine das Andere nicht werth sei, und darum erklärten die Blätter aller Parteien, daß England jedenfalls nur angenehm überrascht sein könne, wenn es aller seiner Mutterpflichten losgezählt würde, oder die Tochter endlich einmal an den Mann käme.“ (Peschel-Krümmel. Europ. Staatenkunde S. 385).

Aus allgemeinen wirthschaftlichen Gründen also wird Deutschland die engl. Ackerbaukolonisation nicht nachahmen. Wenn es sich auch schließlich nicht bestreiten läßt, daß die Zeit, bis eine Ackerbaukolonie im Stande ist, sich eine eigene Industrie zu schaffen, von der überproducirenden Industrie des Mutterstaates mit gutem Erfolg ausgenutzt werden kann, so sind dies nur vorübergehende Vortheile für den Mutterstaat, die durch ebenso große Nachtheile für seine natürliche Politik mehr als aufgewogen werden. Möglich, daß es einmal eine Zeit giebt, wo wir Geld und Soldaten nicht mehr so nothwendig in Europa brauchen, wie jetzt, unter den heutigen Umständen sind wir nicht im Stande, unsere Macht zu zersplittern, denn wir haben unsere Kräfte voll und ganz für unsere kontinentale Politik in Bereitschaft zu halten.

Es liegt wohl nahe zu fragen, ob wir nicht gerade für unsere Politik Vortheile erzielen, wenn wir jenseits des

Oceans ein neues, eng mit uns verbundenes Deutschland gründen, aber es ist wider den Geist des Staates, zwei örtlich getrennte nach dazu verschiedenartige Gebiete zu einem Staatsgebiete zusammen zu schmieden. Jeder Versuch dieser Art ist bisher mißglückt, wenn man von Algier absieht, und wenn die Unabhängigkeitserklärung der engl. Ackerbaukolonieen nur eine Frage der Zeit ist. Der verletzte Staatsgedanke rächt sich an der Unnatur des darauf gerichteten Zwanges. Gerade solche frei gewordenen Kolonieen werden später die unerbittlichsten Gegner des ehemaligen Mutterstaates, das zeigt die Geschichte von den Corinthisch-Kerkyräischen Kämpfen an bis zu der feindseligen Politik der Vereinigten Staaten gegen England. Es ist bekannt, daß, wenn Brüder sich einmal entzweien, dies leichter mit der Vernichtung des einen endet als bei Konflicten zwischen Fremden.

Was die Hauptsache ist, es giebt in der gemäßigten Zone, die doch allein in Betracht kommt, keinen Landstrich mehr, wo wir auf friedlichem Wege Kolonialland für eine Ackerbaukolonie erwerben könnten. Würde es uns auch gelingen, z. B. Transvaal, Uruguay, Argentinien mit Gewalt zu unterwerfen, so würden wir doch dem entschiedenen Widerspruche Nord-Amerikas und Englands, vielleicht des Europäischen Konzerts überhaupt begegnen. Wir wären so gezwungen um einer Kolonie willen einen Existenzkampf zu führen, dessen Ausgang für uns mindestens zweifelhaft wäre, da es ein Hinausgreifen über unsere Machtsphäre als kontinentaler Staat bedeuten würde. Man hat als Ackerbaukolonieen vorgeschlagen: Tunis, Tripolis, Marocco, Central-Amerika, Neu Guinea, Samoa Inseln, Transvaal, Westaustralien, Chile, Nordpatagonien. Davon sind Centralamerika, Samoa und Neuguinea für Europäische Einwanderung nicht geeignet, Tunis und vielleicht auch Marocco wird mit Recht von Frankreich, Tripolis von Italien, West-Australien von den Australischen Kolonieen beansprucht. Südbrasilien gehört zu meine anerkannten Kaiserreiche, die Centralamerikanischen

Staaten sowie Uruguay, Argentinien und Chile sind selbständige, anerkannte Republiken, Nordpatagonien bildet den Streitpunkt zwischen Chile und Argentinien, und so bleibt allenfalls nur Transvaal, in Betreff dessen auch wirklich schon Anfragen gestellt, aber von unserm Reichskanzler mit dem Bemerken abschlägig beschieden worden sind, daß uns jeder dorthin geschicke Soldat mindestens auf 1000 Thr. zu stehen käme.

Fabri hebt hervor, daß es sich bei Ackerbaukolonieen nicht um einen Vortheil für unsern Staat, sondern um Erfüllung einer ihm obliegenden Pflicht handle, nämlich um die Beantwortung der Frage, was mit dem jährlichen Ueberschuß der 600 000 Geburten über die Sterbefälle werden solle. Dies führt zu den Klagen über die Uebervölkerung und den Pauperismus in Deutschland. Deutschland ist nicht absolut sondern nur relativ übervölkert, insofern, als wir zwar einen jährlichen Ueberschuß von 1½% Geburten über Sterbefälle haben, das Verhältniß der Bevölkerung aber zum Grund und Boden mit 201 pro engl. □ Ml. (83,7 pro □ Kil—1880) immerhin günstig zu nennen ist im Vergleich zu Italien, (238) England (389) oder gar Belgien (469). In Ost- und Westpreußen, in Pommern und Posen wohnen nur c. 52 Personen pro □ Kil. Zahlen beweisen jedoch hierbei wenig, es kommt vielmehr auf den Begriff des Pauperismus an, ob nämlich in Deutschland ein allgemeiner Nothstand anzunehmen ist, der seinen Grund in der Uebervölkerung hat. Wenn man Pauperismus diejenige Nothlage nennt, in der ein beträchtlicher Theil der Bevölkerung bei angestrengter, nüchterner Arbeit nicht mehr im Stande ist, sich auf dem standard of life zu erhalten, so giebt es bei uns keinen Pauperismus; die verhältnißmäßig kleinen Nothstandsdistrikte in Oberschlesien, im Erz- und Riesengebirge und die an der Eifel fallen hier nicht ins Gewicht. Erst wenn man statistisch nachweisen kann, daß eine jährlich wachsende Zahl arbeitslustiger und arbeitstüchtiger Männer

nur Mangels hinreichend lohnender Beschäftigung zu Grunde geht, wird man an eine — Erweiterung unseres zu enge gewordenen Staatsgebietes gehen müssen, und erst, wenn eine solche ein Ding der Unmöglichkeit ist, wird man für eine überseeische Organisation der Auswanderer auf erworbenem Gebiet sorgen. Mit Recht weist Friedrich List u. A. vorher noch auf die friedliche Eroberung des östlichen Europas hin, wo bereits deutsche Arbeit festen Grund gewonnen und sich bewährt hat, und wo an einen dermaleinstigen Zusammenschluß mit dem ehemaligen Vaterlande zu denken ist. Denn es ist ein wichtiger Grundsatz in der Politik, daß man nur das erwerben soll, was man unter den schwierigsten Verhältnissen vertheidigen, und was dermaleinst in dem Staatskörper aufgehen kann. Wenn man dagegen Pauperismus denjenigen Zustand nennt, in dem einzelne Leute trotz angestrengter Arbeit nicht so viele Mittel erwerben können, als die Befriedigung aller ihrer Bedürfnisse fordert, ja dann haben wir freilich einen Pauperismus, aber einen selbstverständlichen, wenn man sich darüber klar wird, wie viele Bedürfnisse das deutsche Volk Dank seiner hohen Kulturstufe zu befriedigen wünschen muß. Dieser Art Pauperismus, wo das Wollen immer das Können überragt, läßt sich durch keine Maßregel der Regierung, am wenigsten durch Begünstigung der Auswanderung vorbeugen. Wirkliches Elend wie eingebildetes wird durch dieselbe nicht beseitigt, denn die Ganz- und Halbinvaliden, Greise, Kranke, Schwächlinge, Ueberstudirte, Unwissende, Bettler, Vagabunden bleiben doch im Lande, und diejenigen, denen Auswanderung wirklich heilsam wäre, desgleichen. Auch wandern aus den stark bevölkerten Distrikten verhältnißmäßig Wenige aus, wohl aber aus den armen Gegenden, wo die Lohnsätze eben zu gering sind, als daß sie die Lohnarbeiter festzuhalten vermöchten. Statt daß also die Staatsregierung durch Begünstigung der Auswanderung auch noch die kapitalvermittelnde Arbeitskraft den wirthschaftlichen Einöden entzieht, sollte sie vielmehr durch

Beschaffung von Kapital, durch Begünstigung dort anzulegender industrieller Unternehmungen, durch Beschaffung guter Verkehrsmittel und durch Gewährung mancherlei anderer Vortheile gerade dorthin die wirthschaftliche Thätigkeit lenken und die unvollkommen benutzte Arbeitskraft in gesunde Wechselwirkung mit dem dort einströmenden Kapital bringen zur Hebung der ganzen Lage des Distriktes. Solche Art Thätigkeit ist eine der ersten staatlichen Pflichten, denn eine wirthschaftliche Einöde innerhalb eines Staates ist eine offene Wunde, die den wirthschaftlichen Kreislauf hemmt und dem Gegner jederzeit eine schwache Stelle darbietet. Ja der Staat muß der Auswanderung sogar entgegenarbeiten, weil ihm dieselbe jährlich eine große Zahl gerade der arbeitstüchtigsten jungen Männer entzieht, deren Verlust er wie den einer wohlausgerüsteten Armee an seiner Steuer-,Militär-,Landwirthschafts- und Handelskraft so stark empfindet, daß er dagegen reagirt. Er wird aber wirkungsvoller reformatorisch als repressiv dagegen wirken, indem er diejenigen Momente aufhebt, welche Jene in die Ferne zu treiben pflegen, diejenigen schafft, die der Auswanderer bei fremden Nationen aufsucht, so daß für denselben der Grund zu Verlockungen ins Ausland nicht mehr vorliegt. Keinesfalls wird er durch künstliche Manipulationen noch Einiges zu den Gründen beitragen, welche die Auswanderung befördern. Vorläufig wird noch jeder Auswanderer unsern schlecht bewirthschafteten Gütern, unsern Mooren, Sümpfen und Haiden sowie unserer so nothwendigen militärischen Kraft entzogen.

Unter allen Umständen wird ein jährlicher Bestandtheil deutscher Auswanderung verbleiben und zwar von solchen Individuen, die von der unbefriedigten Kraft, von dem in Willkür ausartenden Freiheitsdrange, die von Eitelkeit, Habsucht, Neid, Ehrgeiz oder geistiger Unruhe in die Welt hinaus getrieben werden, die also durch keine staatliche Maßregel dem Staate erhalten bleiben können. Auf diese und

auf den Schwarm derer, welche durch Lohnverschiebungen, Drang nach Selbstständigkeit, durch verständige Spekulation zur Auswanderung bewogen werden, hat sich die Fürsorge der Regierungen zu erstrecken, um selbst diesen scheinbar verloren gehenden Bestandtheil im Sinne der nationalen Kultur fruchtbar zu machen.

Es giebt eine deutsche Mission, einen deutschen Kulturgedanken, über den Fürst Bismarck sich einmal folgendermaßen äußerte:

„Die deutsche, germanische Race ist so zu sagen das männliche Princip, das durch Europa geht — befruchtend. Die Keltischen und Slavischen Völker sind weiblichen Geschlechtes. Jenes Princip geht vor bis an die Nordsee und durch bis nach England hinüber. Die Revolution von 1789 war die Niederwerfung des Germanischen Elementes durch das Keltische, und was sehen wir seitdem? — Und in Spanien — so lange da das Gothische Blut überwog? Und ebenso in Italien, wo in den oberen Gegenden die Germanen ebenfalls die Hauptrolle spielten? Wie das ausgelebt hatte, war's nichts Ordentliches mehr. Nicht viel anders ist's in Rußland, wo die germanischen Waräger, die Ruriks, sie erst zusammenfaßten. Wenn da die Nationalen siegen über die Deutschen, die eingewandert sind und über die aus den Ostseeprovinzen, so werden sie nicht fähig sein zu geordnetem Staatswesen."

Es soll nicht gesagt sein, daß nur die germanische Race Träger einer Kulturidee sei, jede lebensfähige Nation hat, da sie eigenartige Beanlagungen besitzt, auch einen eigenartigen Kulturgedanken zu verwirklichen, aber ich möchte hier an Jul. Fröbel erinnern, der in dem letzten Briefe an den Herausgeber der Allg. Auswand. Zeitung (Leipzig bei Franz Wagner 1858) folgendes bemerkt:

„Die Interessen der Kulturgeschichte im Großen konzentriren sich nach der praktischen Seite hin immer in der Idee des politischen Gleichgewichtes. Die rechte historische

Idee, zur rechten Zeit, am rechten Orte, mit der rechten Kraft, in der rechten Form zur Erscheinung gebracht, das ist das politische Gleichgewicht im höheren Sinne. Die Formen historischer Ideen sind die Staaten, die Träger historischer Ideen sind die Racen und Völker. Daher bedarf die Kulturgeschichte zu bestimmter Zeit bestimmter Racen und Völker an bestimmten Orten, und die Wanderungen der Völker gehorchen diesem Bedürfnisse."

Dieser Germanische Kulturgedanke, der sich in seiner deutschen Form bisher nur dem verschwisterten englischen unterlegen gezeigt hat, tritt in den Ostseeprovinzen, Polen, Böhmen, Ungarn, Rußland und besonders in Südamerika siegreich auf. Durch Jahrhunderte in den Ersteren, durch Jahrzehnte in dem Letzteren hat sich die Lebenskraft des Germanischen Elementes daselbst in fast unglaublicher Widerstandsfähigkeit bewiesen. Wer seine Verbreitung nach Osten hin auf der Karte verfolgt, sieht mit Verwunderung, wie es die slavische, magyarische und andere Nationalitäten gleichsam durchsetzt. Von der innern Berechtigung dazu, von seiner Bestimmung für die Kultivation zeugt die Leichtigkeit, mit der es die polnischen, wendischen und französischen Bestandtheile aufgesogen hat (in Berlin zur Zeit des großen Kurfürsten 5689 französische Refugiés unter 14 000—20 000 Einwohnern, im Ganzen 75 000 Familien mit ca. 375 000 Köpfen). Dafür zeugt ferner die Leichtigkeit, mit der auch jetzt noch die polnischen, litthauischen, wendischen, mährischen, holländischen Bruchtheile in die preußische Monarchie aufgehen, ohne den Charakter der Nation zu alteriren. Vor Allem aber dürfen wir stolz auf die 200 000 in Südbrasilien sein, die unter den ungünstigsten Verhältnissen ihr Deutschthum wacker aufrecht halten und der romanisch-indianischen Bevölkerung so lebendig aufdrücken, daß Unbesonnene im Uebereifer daselbst ein erwachendes Neu-Deutschland begrüßen.

Bisher zogen jährlich 100 000—200 000 Deutsche Landsleute aus unserem Vaterlande, ohne daß das Reich davon

Notiz nahm. Ist das ein gesundes Staatsleben, wenn eine so starke Menschenmasse ohne Sang und Klang wie aus einem Wirthshause in die Welt hinaustaumelt, auf Nimmerwiedersehen, oder wie Tauben aus dem Schlage in alle Winde flattern? — Man wird das keinen organischen Prozeß nennen, dem die staatliche Organisation fehlt, sondern einen unorganischen, krankhaften. Wir rathen nicht zur Organisation in dem Sinne, daß unsere überzählige Bevölkerung truppweise zur Auswanderung animirt und abgeführt werde nach bestimmten Sammelpunkten im Auslande hin, die Maßregel wäre unklug und nicht auszuführen. Wir rathen auch nicht zum Erwerb, zum Ankauf von Ackerland, um gleichsam unwillig die Entlaufenen durch desto strengeres Kolonialregiment festzuhalten. Vor Allem nicht zur staatlichen Gründung von Ackerbaukolonien, die von vorne herein an der Unselbstständigkeit der Kolonisten und an der Beamtenwirthschaft siechen, sondern wir rathen zu einer Organisation derer, die entschlossen sind auszuwandern, zu einer internationalen Geltendmachung des deutschen Prestiges, zu Verträgen und Kontrakten mit solchen Staaten, die vorzugsweise die Vortheile deutscher Einwanderung genießen, zu einer leichten Unterstützung privater nationaler Thätigkeit und zur Reform unseres Konsularwesens.

Ich habe irgendwo einmal den Vorschlag äußern hören, der an die Arbeitsorganisation in den neuen Vagabundenkolonien anschloß: Man solle diese Leute, nachdem sie zur Arbeit erzogen wären und sich selbst das zur Auswanderung erforderliche Geld erworben hätten, nach überseeischen Ländern schicken, wo sie sich zu dauerndem Wohlstande durcharbeiten könnten. — Mir scheint dieser Gedanke, vorausgesetzt daß man den Vagabunden keinen Zwang zur Auswanderung auferlegt, sehr glücklich und alle bisherigen Vorschläge zur

Organisation der Auswanderung an Zweckmäßigkeit zu übertreffen, und ließen sich vielleicht auch Mittel und Wege finden, neben diesen Strolchen auch rechtschaffenen, ehrlichen Leuten durch Gewährung kontrollirter Arbeit, vielleicht in Verbindung mit der Rhederei, die Möglichkeit zu geben, sich vorher das Reisegeld zu verdienen und vielleicht noch etwas zur ersten Einrichtung dazu; sie hätten es dann nicht nöthig, erst Vagabunden zu werden, um der angegebenen Wohlthat theilhaftig zu werden.

Während der Arbeit, am Feierabende, müßte ihnen Gelegenheit geboten werden, sich über das, was sie drüben an Gutem und Bösem zu erwarten haben, gründlich zu informiren. In den meisten Fällen, glaube ich, wird sich der Auswanderungslustige noch sehr besinnen, wenn er nämlich wahrheitsgetreue Berichte eingesehen, mit den Angestellten, die mit Vorliebe aus zurückgekehrten überseeischen Landsleuten gewählt werden sollten, eingehende Gespräche gepflogen und besonders, wenn er das kleine Kapital, das er sich zusammengearbeitet, nun wirklich in den Händen zu freier Verfügung hat. Er ist auf den Geschmack ausdauernder Arbeit gekommen, hat gesehen, daß, wenn man arbeiten will, man auch hier etwas erübrigen kann, und die rosigen Berichte lauten im Munde der in der Anstalt Beschäftigten und neben den Aussagen, die sich in wahrheitsgetreuen Schriften finden, ganz anders.

Natürlich müßte die Arbeit so organisirt sein, daß tägliche und wöchentliche Ersparnisse vorweg in Abzug zu bringen und in einer allgemeinen Auswanderungsbank zu deponiren wären. Auch dürfte durch zu starke Subvention oder zu große Privilegien keine ungesunde Konkurrenz geschaffen werden.

Um dieser in ihrem Entschluß wankend gewordenen Auswanderer willen ließen sich mit den Arbeitsinstituten Arbeitsvermittlungs-Bureaus mit einem Centralbureau in Berlin verbinden, so daß die Arbeitsbedürftigen und die

Arbeiterbedürftigen sich leichter zu finden wüßten. Was die Standhaften betrifft, die mit dem Kapital in den Händen bei ihrem Entschluß auszuwandern verharren, nun die würden gut informirt und im Besitze des Nothwendigsten getrost die Reise antreten können.

So würden mit einem Schnitt alle die Schmarotzerpflanzen der Agenten und Werbeknechte von unserm Staatskörper losgetrennt, die jetzt noch mit Vorspieglungen und durch Verführungen zu scheinbar günstigen Kontrakten die Unerfahrenen ins Elend locken. Dann wäre mein Rath, die Auswanderungsämter sollten strenge darauf sehen, daß man nur denen Paß und Erlaubniß zum Auswandern giebt, die entweder durch eine inländische staatlich privilegirte Gesellschaft angeworben oder im Besitze der nothwendigen Passage- und Auswanderungsgelder sind. Es liegt freilich in diesem ganzen Verfahren etwas wie Vormundschaft, aber handelt es sich hier nicht wirklich um national Unmündige? Wer das Elend in den Kolonien, den herzbrechenden Jammer getäuschter Ankömmlinge mit eigenen Augen gesehen, wird diese Art väterlicher Fürsorge des Staates für kein Recht, sondern für eine Pflicht halten, denn es trifft nur die Unverständigen, die da glauben, anderswo hätten die Leute soviel Geld, daß sie nur deutsche Auswanderer dafür suchen, und die geistig zu schwerfällig sind, um die Nachtheile, die ihrer warten, gegen die Vortheile, die sie zurücklassen, abwägen zu können.

Die Organisation des ganzen Unternehmens könnte auch Korporationen und Privatleuten überlassen bleiben, nur bedarf es dann genauer staatlicher Reglements, einheitlicher Leitung und strengster Kontrollirung durch dafür eingesetzte Beamte.

Als zweites Erforderniß habe ich eine stärkere Pointirung des deutschen Prestige im Auslande genannt. Es ist für uns nicht gleichgültig, was da draußen aus unseren Landsleuten wird, die doch des Einen Bruder, des Anderen Schwester, Freund, Kind, Vater sind. Es ist aber auch für den Staat

nicht gleichgültig um seines nationalen Gedankens, um seiner Kulturaufgabe willen. Wenn man weiß, daß deutsche Auswanderer im tropischen Theile von Brasilien zu Grunde gehen, daß andere unter argen Bedrückungen oder Anmaßungen der einheimischen Bevölkerung seufzen, so wird man vor der Auswanderung dorthin warnen, und wenn es angeht, der schuldigen Landesregierung, die es duldet, daß man Deutsche mit Geringschätzung behandelt, oder die sie ungastlich aufnimmt, Vorstellungen machen, ja die Sache nehmen, wie sie ist, als Beleidigung Deutschlands; eine fremde Regierung hat das Recht, Deutschen die Niederlassung zu verbieten, aber nicht, wenn sie es ihnen gestattet hat, sie verächtlicher zu behandeln als die einheimischen Bürger. Auf dem Wege der Diplomatie und vermittelst Verträge läßt sich manches erreichen, und gewiß wird es doch einem Staate klar zu machen sein, daß er sich selbst ins Gesicht schlägt, wenn er die deutsche Einwanderung mißachtet.

Die deutsche Regierung wird ihrerseits die Auswanderung dorthin besonders empfehlen, wo den Ankömmlingen die meisten bürgerlichen und politischen Rechte zugestanden werden, durch Subventionirung von Dampferlinien, Verleihung von Privilegien an Kolonisations- und Auswanderungs-Gesellschaften, durch wirthschaftliches und politisches Entgegenkommen, durch offene, herzliche Freundschaft mit dem gastfreundlichen Staat, dorthin den Strom der Auswanderer lenken und soviel als möglich mitwirken, daß die neuen Einwohner eine möglichst schnelle und enge Verbindung mit den ansässigen Bewohnern in politischer, kultureller und wirthschaftlicher Beziehung eingehen zu Beider Vortheil. Keineswegs wird sie den Landsleuten gegen die Landesregierung Vorschub leisten, und wo diese unberechtigte Ansprüche derselben zu bekämpfen hat, wird sie sogar mit Wort und That der befreundeten Regierung beitreten und die Unbesonnenen zu ihrer Pflicht gegen dieselbe zurückführen helfen. Es handelt sich für uns nicht um ein neues Deutschland, sondern darum, wie unsere

flüchtigen Theile möglichst schnell den Mutterboden finden, auf dem sie wachsen und gedeihen können. Wir vertrauen dem deutschen Kulturgedanken, daß er stark genug ist, das deutsche Element in dem fremden Staatskörper nicht untergehen zu lassen, sondern veredelnd auf die fremde Nationalität einzuwirken. Hat sich einmal auf wohlarrondirtem Territorium das deutsche Element mit dem einheimischen durchfestigt und zu einer eigenartigeu Nationalität so kräftig herausgebildet, daß man ihr selbständige Lebenskraft zutrauen darf, und vermag diese an sich schon einen Angriff der Nachbarstaaten auszuhalten, so ist es für uns Ehrensache zu interveniren, falls Eroberungsgelüste eine Europäische Großmacht dagegen antreiben sollten; denn Deutschland ist der natürliche Protektor germanisirter Nationen, die ihrerseits nicht verfehlen dürften, ihren Dank in einem engen Zollverbande und Freundschaftsverträgen abzustatten.

Verkehrt und unnütz Mißtrauen erregend gegen die sittliche Politik Deutschlands sind die Konjekturen, wie sie von Roscher, Wappäus, v. Bunsen u. A. gemacht wurden, daß sich nämlich im N.W. der Vereinigten Staaten mit der Zeit und durch gehörige Organisation eine deutsche Selbstständigkeit herausbilden könne, „die wie ein Keil die Union auseinandersprengen würde.“ Das anglo-amerikanische Element ist erwiesenermaßen das stärkere, kulturell berechtigtere. Ein Gegensatz zwischen Beiden könnte nur zur Vernichtung des Deutschthums führen, während durch die friedliche Vermischung desselben mit den realistischen Formen des Amerikanerthums mit der Zeit eine Veredlung des letzteren nicht ausgeschlossen ist. Unser Vortheil liegt gewiß in der germanisirenden Durchsetzung des Amerikanismus, also in der Verbindung beider Nationen, durchaus nicht in der scharfen Trennung und Gegensätzlichkeit derselben. Eine andere Frage ist es, ob wir das deutsche Element nicht lieber dem südamerikanisch-romanischen beigemischt sähen, wo es auch äußerlich als das stärkere sichtbar sein würde. In der That wäre

ein Entgegenkommen der Südamerikanischen subtropischen Staaten sehr erwünscht, da die Verbindung des spanisch-portugiesischen Naturels mit der deutschen Art, romanischer Hastigkeit mit germanischer Langsamkeit, romanischen Handelsfleißes mit deutsch-landwirthschaftlicher Betriebsamkeit und Zähigkeit eine der nordamerikanischen Union gleichwerthige und allseitig veredelte Nationalität schaffen würde, in die wir mit Freuden die Hunderttausende unseres Bevölkerungsüberschusses aufgehen sehen würden.

Also nochmals, kein Neu-Deutschland sondern eine friedliche Verschmelzung unserer überzähligen Elemente mit Nationalitäten, die eines frischen Zustromes bedürfen, zur Erzeugung einer neuen die Merkmale Beider in ihren Vorzügen vereinenden Nationalität.

Nicht in letzter Linie bedarf es einer gründlichen Reform des Konsulatswesens, das bislang seinen alten, aus der Zeit der Hansa bewahrten Charakter durch die Jahrhunderte hindurchgeschleppt hat. Konsuln sind Männer qui consulunt sc. civibus und zwar Allen, die der Sorge bedürfen, nicht nur den heimischen Handelsinteressenten, sondern vorzugsweise im Auslande befindlichen Landsleuten.

Die Konsulatsbezirke im Auslande müssen nach amerikanischem Muster eingetheilt und wenigstens etwas systematischer organisirt werden, Den ansässigen Deutschen muß Anregung zu selbstthätigem kollegialen Zusammenschluß mit gewissen Beziehungen zu dem zugehörigen Konsulate gegeben werden, so daß der Konsul so recht ein Bindeglied der beiderseitig sich zustrebenden Sympathie von Deutschland und den Deutschen im Auslande wird. Man muß zwischen Handelskonsuln, Auswanderungskonsuln und politischen Konsuln unterscheiden.

Die Handelskonsuln würden erst die rechte Bedeutung

für den deutschen Handel bekommen, wenn sich im Auslande nach französischem Muster an den Haupthandelsplätzen Handelskammern mit berathendem Ausschuß bildeten, deren natürlicher Präsident und Vermittler mit der heimatlichen Regierung der Konsul wäre.

Der Auswanderungskonsul würde an den Sammelpunkten der deutschen Auswanderung zu denken sein. In den Kolonien ließen sich mit Leichtigkeit landwirthschaftliche Kollegien herausbilden, die mit dem Mutterstaat durch den Konsul als Präsidenten im Verkehr bleiben würden.

Die politischen Konsuln haben ihren Sitz an politisch wichtigen Punkten, wo ein Gesandter unmöglich oder zu kostspielig sein würde.

Neben diesen eigentlichen (Berufs-) Konsuln geht eine große Reihe Wahlkonsuln als Schifffahrts-, Kontrolle- und Beurkundungskonsuln her. Zwar könnten an minder wichtigen Plätzen auch die Berufskonsuln durch Wahlkonsuln ersetzt werden, doch sollte dies nur ausnahmsweise, etwa interimistisch geschehen, und es sollte ihnen dann von Reichswegen ein Berufssekretär beigegeben werden. Es würde damit zugleich eine praktische Schule für Konsulatsaspiranten geschaffen. (Vergl. die Motive zum Konsulats-Gesetz.) Alle Wahlkonsulate müssen unter der Bezirksaufsicht des zugeordneten Berufskonsulats stehen. Die Stellung der Konsuln zur Reichsregierung ist eine mit Recht scharf begrenzte, doch muß man sie mehr in Kontakt mit dem Reiche bringen, sie vergessen sonst leicht, wozu sie als Konsuln berufen sind, nämlich die höchste Potenz des Deutschthums im Auslande zu sein. Gewiß liegt es zum Theil auch an der deutschen Unselbstständigkeit, die um Gotteswillen nicht dem Vorgesetzten Anstoß geben möchte, gleichviel ob dadurch die deutsche Sache leidet oder nicht, wenn so häufig Klagen über die mangelnde Vertretung der deutschen Interessen durch unsere Konsulate laut werden. Es liegt Manchem eben mehr an der deutschen Pfründe, als an der deutschen Sache, und daher dieses ver-

zagte Auftreten im Verkehre mit ihren Vorgesetzten, das den anderen Nationen geradezu lächerlich erscheint. Sie möchten dem Vorgesetzten gern Alles recht machen, und machen, wie es in solchen Fällen immer geht, ihm dadurch nichts recht. Ein Wortschwall, viele persönliche Bemerkungen in den Berichten, wenig Thatsachen und kein praktisches Eingehen auf Verhältnisse. Es fehlt ihnen nicht die Einsicht, aber der praktische Blick. Als Bismarck einmal auf die Berichte der diplomatischen Agenten zu reden kam und bemerkte, daß viele in gefälliger Form gar nichts enthielten, äußerte er: „es ist Feuilletonarbeit, geschrieben, damit was geschrieben werde. So waren z. B. die Berichte unseres Konsuls X. Man liest sie durch und denkt immer, nun soll's kommen. Es kommt aber nicht. Es klingt ganz hübsch und man liest weiter und weiter. Am Ende aber findet man, daß wirklich nichts darin steht — alles taub und leer." — (cf. Busch.)

Als Vorschläge zur besseren Verwerthung der Konsulate für die deutsche Staatsgesellschaft ließe sich vielleicht Folgendes erwägen:

Mustersammlungen bei Konsulaten zur Vertretung der Exportinteressen.

Verbindung eines Auskunftsbureaus mit den Konsulaten. (Wie von der Württembergischen Regierung angeregt und von Paris aus als espionnage commercial noch vor seiner Realisirung verdächtigt, — gewiß der beste Beweis für die Zweckmäßigkeit des geplanten Unternehmens.)

Veranstaltung von Kolonialausstellungen im Mutterlande durch Beiträge der einzelnen Konsulate (cf. musée commercial in Belgien).

Die Handelskonsuln müßten von der in ihrem Bezirk wohnhaften deutschen Kaufmannschaft, der Handelskammer, Berichte mit praktischen Vorschlägen einfordern und für das auswärtige Amt zurecht machen.

Die Handelsvermittlung müßte nicht nothwendig immer

durch den Umweg des auswärtigen Amtes, sondern auch direkt an die heimischen Handelskammern gehen.

Die Auswanderungskonsuln stehen zwischen dem Reich und den Ausgewanderten einerseits, und wo es wünschenswerth erscheint, zwischen den Kolonisten und der fremden Regierung andrerseits. Sie müssen der Letzteren stets mit gutem Rathe als Dolmetscher dienen und sich besonders hüten, ungerechtfertigte Wünsche ihrer Schutzbefohlenen zu befürworten; ihre eigentliche Aufgabe ist es, den möglichst schnellen Anschluß der Deutschen Kolonie an das gastfreundliche Reich zu bewirken. Sie machen nach Bedarf Berichte an die heimatliche und fremde Regierung, berichten auch von Zeit zu Zeit über den thatsächlichen Zustand in der Kolonie, warnen vor Zuwanderung oder befürworten und spezialisiren dieselbe mit Hinsicht darauf, daß ihre Berichte in Deutschland zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden.

Ich brauche nicht zu bemerken, daß ich hier nur einige Züge der Reform andeuten wollte, verweise auch auf die verdienstvolle und den Handelskammern vorgelegte Ausarbeitung von Steinmann-Bucher. Daß eine Scheidung der verschiedenen Arten der Berufskonsulate immer strikt durchzuführen, ist weder anzunehmen noch auch zu wünschen; es genügt, wenn die Konsulate nach ihrem hervorstechenden Charakter Beachtung finden.

Wenn die Privatthätigkeit das Gefühl hat, daß der Staat mit Wohlwollen ihrer Arbeit zusieht, tritt sie freier aus den engen Schranken hinaus und durchmißt die Welt. Die eigentliche Ackerbaukolonisation bleibt am Besten ganz der Privatthätigkeit überlassen, sonst verkehrt sich die Macht des deutschen Kulturgedankens in Gewaltthätigkeit. Dagegen ist eine genossenschaftliche Organisation derselben aus Zweckmäßigkeitsgründen anzuempfehlen.

Der einzelne Auswanderer, der jenseits des Oceans eine neue Heimat, nicht nur Selbstständigkeit sucht, findet als Einzelner unter einer fremden Nation weder das Eine noch das Andere. Er bleibt so lange isolirt, als er lebt, weil ihm Alles fehlt, was er nie entbehren zu müssen glaubte, vor Allem die heimische Sprache und die vaterländischen Gesellschaftsformen, die klein scheinen und doch ein menschliches Leben bestimmen. Es fehlt ihm aber auch die Hülfe, die jeder Anfänger braucht, Geldvorschüsse, gute Rathschläge, Schulen für seine Kinder, Prediger für seine Frau, deutsche Wirthshäuser für ihn selbst, in denen er sich behaglich fühlen kann und jede Anregung durch die sich kreuzenden Interessen gleichdenkender und gleichfühlender Landsleute. Ich meine, es sollte unsere Auswanderer mit Gewalt zu einer genossenschaftlichen Organisation treiben! — Auf der andern Seite giebt es vermögende Leute, denen es nicht ganz gleichgültig ist, wie sie ihr Kapital günstig anlegen, wenn es nur sonst sicher ist, die mit doppeltem Genuß die Coupons abschneiden, wenn sie dabei das wohlige Gefühl haben, zugleich „ein gutes Werk" zu thun, ja bei denen dieses Gefühl so überwiegen kann, daß sie aus Freude über ihre Mitwirkung an einer Kulturarbeit, von der spätere Geschlechter dankbar erzählen werden, gern 1—2 % missen, die sie durch eine finanziell günstigere aber nicht so „menschenfreundliche" Anlage hätten gewinnen können.

(Bekanntlich ist es dieser Reiz der Kultivation und das Gefühl einer größeren Herrschaft, was auch bei der Landwirthschaft entscheidend wirkt, und um dessen willen sich jeder Zeit in Deutschland Männer finden, die den mühevollen, wenig lohnenden Ackerbaubetrieb dem rentableren und fast mühelosen Zinsgenuß vorziehen. Sie rechnen den Genuß, auf einen bestimmten Grund und Boden Herr zu sein und den Reiz der Kultivation ebenso hoch als Andere ihr Schwelgen an der bei ihnen aufgespeicherten Arbeitskraft,

die sie jederzeit für ihre Dienste nur durch einen kleinen Verlust an Geld verwerthen können.)

Aber selbst das finanzielle Interesse sollte das Kapital beschaffen lassen, das sich in der Landspekulation, in der Anlage von Transportmitteln und industriellen Unternehmungen auf den Kolonien gut verzinsen würde. Hübbe-Schleiden rechnet als Anlagekapital pro Kopf der Kolonisten 150 Mk., befürwortet aber nur guten Boden, gemäßigtes Klima und nahes Absatzgebiet. Für weitere Berechnungen verweise auf den II. Theil seiner „Ueberseeischen Politik" (Hamburg 1883).

Der Kolonisations-Verein von 1849 (Hamburg), von praktischen Kaufleuten gegründet, hatte ein Anlagekapital von nur 300 000 Mk. Auf seinem Boden steht jetzt die blühende Kolonie Dona Franziska (Brasilen) als selbstständiges Munizipium und vielleicht dermaleinst die Hauptstadt der Provinz Sta. Catharina.

In der Provinz Rio Grande do Sul trat 1860 die Gesellschaft Teutonia zusammen mit einem Anlagekapital von 120 000 $ 000 rs. Diese giebt einen Jahresgewinn von 8691 $ 000 rs. und die Dividende pro 1880 betrug $6^2/_3$ %.

Die Central Argentine land comp. ward 1870 gegründet

mit einem Anlagekapital von	130 000	£.
sie hatte einen Jahresgewinn von . . .	11 395	„
eine Reservefonds von . . .	64 621	„
und gab Dividende	10	%.

Ueber eine genossenschaftliche Ackerbaukolonisation finden sich einige beachtenswerthe Vorschläge in dem Berichte der Deutsch-Argentinischen Expedition zur Prüfung der Kolonisationsfähigkeit der Lezama'schen Missionsländereien. (cf. Nr. 39 des „Export".) Eine solche Gesellschaft müßte nicht nur Ländereien erwerben und Einwanderer transportiren, sondern auch den gesammten Import von Verbrauchsartikeln und den Export von Kolonialartikeln, ja sogar die ganze Großindustrie auf dem Kolonialterritorium

in die Hand nehmen. [Aufkauf der Rohprodukte bei den Kolonisten und Verarbeitung in Zuckerfabriken, Rumbrennereien, Tabacks- und Cigarren-Fabriken, Holzschneide-, Maté-, Arrowroot-Mühlen, Großgerbereien, Bergwerksanlagen, Flußdampfer und Eisenbahnen, Besorgung zweckmäßiger Produktionsmittel, guter und billiger Nahrungs- und Kleidungsmittel, Anlage von Schulen, Kirchen, Bibliotheken, Krankenhäusern, einer Kolonialbank u. dergl. mehr, kurz der ideale Staatssozialismus genossenschaftlich von unten herauf aufgebaut.] Mit einem bestimmten Prozentsatz des Reinertrages der Gesellschaft würde nach Gründen der Billigkeit und der Klugheit die Koloniegemeinde participiren, indem sich ein Fonds bilden würde, aus dem die Gesammtheit nach freier Wahl das ins Leben riefe, was nicht gerade nothwendig aber angenehm zum Leben ist. (Theater, Gesellschaftshaus, Kolonialmuseum 2c.)

Wenn der gastfreundliche Staat nicht eine Rekrutirung für die ganze Armee vorziehen sollte, was in seinem Interesse läge, müßte in dem Koloniedistrikte eine Milizorganisation eingeführt werden, etwa im schweizer Stil, oder nach Muster der Norwegischen Heeresverfassung, damit, wenn die Regierung ihres Landes einmal zu den Waffen ruft, der Deutsche der Vorkämpfer in den Reihen sei und mit der angestammten militärischen Zucht und Tüchtigkeit den Dank für das Asyl zurückzahlt. Es giebt nicht leicht ein Volk, das für empfangene Wohlthaten so dankbar ist als das deutsche!

Eine solche Gesellschaft hätte äußerlich an die Organisation der Jesuiten-Niederlassungen, inhaltlich an die Deutschen Produktiv-Associations-Verbände u. dergl. anzuknüpfen. In der genossenschaftlichen Organisation liegt die Gewährleistung gegen Beschränkung der persönlichen Freiheit und übermäßige Beeinflussung des Individuums durch das Kapital. v. Bülows Vorschlag, Vereine sollten die Befähigung der freiwilligen Auswanderer nach Mitteln und Zweck prüfen

und Aufklärung unter staatlicher Kontrolle geben, käme etwa mit dem oben angeführten überein. Der andere Vorschlag, die Gründung einer Auswanderungsbank zur Hinterlegung der Fonds der Auswanderer und der Kolonisations-Gesellschaft betreffend, unter Verpfändung der Ländereien derselben nnd zur Ermöglichung eines Kredits an unbemittelte Familien wird von Hübbe-Schleiden zurückgewiesen. Der letztgenannte Autor befürwortet dagegen die Befreiung der Kolonisten von directen Staats- und Provinzialsteuern für eine Reihe von Jahren, Zuschuß des fremden Staates zu den erforderlichen Anlagen und Bauten, Zinsgarantie für die erste unrentable Zeit u. a. Die Niederlassungen müssen ihrer Lage, Natur, Bodenbeschaffenheit und den ihnen verliehenen Privilegien nach so vortheilhaft für den Einzelnen sein, daß kein benachbarter Distrikt den kostspielig herübertransportirten Auswanderer zum Bruch seines Vertrages verlocken kann.

Dem fremden Staat sollte von Rechtswegen eine Geschichte der Hohenzollernschen inneren Kolonisation zugeschickt werden, damit man den Werth der nationalen Kultivation achten lerne, und dazu als Formular das berühmte Einladungsedikt des großen Kurfürsten aus Potsdam, das auch jetzt noch auf die Zustände in manchen Staaten Anwendung finden kann. Der große Kurfürst verhieß den französischen Protestanten, wenn sie ihre reiche Kultur in seine Lande tragen wollten, folgende Unterstützungen und Erleichterungen:

1. Reiseerleichterungen und Unterstützungen.
2. Genaue Angabe der besten Route.
3. Ueberlassung des Ortes, an dem sie sich ansiedeln.
4. Alle Güter, Meubel, Waaren 2c. gehen zollfrei ein.
5. Anweisung von verfallenen, leeren oder verlassenen Häusern zu ihrem Eigenthum, dazu kostenfreie Uebermittlung von Reparaturmaterial.
6. Freiheit von Abgaben und Dienstleistungen auf sechs Jahre.

7. In den Städten Bauplätze und Gärten nebst Baumaterial und zehnjährige Abgabenfreiheit.
8. Verleihung des Bürgerrechts und der Korporationsrechte unentgeltlich, ohne dem Heimatsrecht unterworfen zu sein.
9. Fabrikanten und Manufakturisten erhalten Geldmittel und Zurüstungen.
10. Landleute erhalten urbar zu machendes Land.
11. Rechtspflege durch eigene Schiedsrichter und gemischten Magistrat.
12. In jeder Stadt für sie ein Prediger und Gottesdienstort.
13. Adlige bekommen hohe Stellen resp. erwerben Rittergüter.
14. Ueberall Kommissäre, an welche sich die Refugiés jetzt und später wenden können.
15. Diese Bestimmungen haben auch auf die schon Eingewanderten rückwirkende Kraft.

Wir Deutschen haben noch eine andere Möglichkeit Ackerbaukolonisation zu treiben, neben der genossenschaftlichen.

Wir sind mit Fürsten, Grafen und Herren gesegnet. Jeder derselben trägt ein kleines Fürstenthum wenn auch nicht immer in der Tasche so doch im Kopfe. Was könnte für unsere nationalen Gedanken gewonnen werden, wenn dieses Kapital flüssig gemacht und gut angelegt würde! Wenn eine wirkliche Kraft mit dem nöthigen Gewicht an Geld, Einfluß und Charakter etwa mit einem selbstgebildeten Berathungskollegium an der Seite ein solches auswärtiges Unternehmen in die Hand nähme, so würde sich unzweifelhaft zeigen, daß unter dem monarchischen als dem natürlicheren Prinzip für die Kolonisation Alles gewonnen wäre. Ein Funke von dem Geiste Friedrich Wilhelms und Deutschland beugt sich in Ehrfurcht vor den wahren Adligen seines Volkes. Nur keine Versuche im Boudoir schöner Frauen oder in der Trinkstube ausgedacht oder mühsam von alter Weisheit vordemonstrirt, wie weiland der „Verein der Fürsten,

Grafen und Herren!“ Nein es gehört weiter nichts dazu als ein wahrhaft adliger, nationaler Sinn; was wir Deutschen darunter verstehen, haben wir nicht nöthig unserem Adel zu erklären, den Herren, die einst zur Zeit der Kreuzzüge und später zur Zeit eines Ulrich von Hutten, Götz von Berlichingen, v. Sickingen wirklich Deutschlands Vorkämpfer waren. Die ungestillte Thatkraft deutscher Löwen, die heut nur nothdürftig durch Militärdienst und Diplomatie ausgefüllt wird, verirrt sich in gesellschaftlichen Sünden und albernen Passionen, während draußen unsere Bauern und Arbeiter mit der winzigen Kraft der Ameisen an dem kolossalen Gebäude der nationalen Idee arbeiten. Ihr edlen Herren, Ihr seid die natürlichen Führer des Deutschthums! —

Was das Feld betrifft, dem sich unsere private Ackerbaukolonisation unter dem Protektorate des deutschen Reiches zuwenden kann, muß man drei wesentlich verschiedene Territorien unterscheiden.

1. Das subtropisch-Südamerikanische.
2. Das Britisch-koloniale nebst den Vereinigten Staaten.
3. Das Osteuropäische.

Das subtropisch-Südamerikanische Gebiet gewährt die national günstigsten Chancen für Deutsche Kolonisation, wenn es gelingt einige Schwierigkeiten hinweg zu räumen, die sich auf Kosten der Würde des deutschen Reiches vorfinden. Neben der Ausdehnung der Sprache und Schöpfung einer neuen Romanisch-Deutschen Nationalität — wie in Nord-Amerika die Englisch-Deutsche Nation — liegt in ferner Zukunft die welthistorische Frage der inneren Festigung und Selbstständigkeit Südamerikas, für dessen Behauptung absolut keine andere Nation mehr aufzutreiben wäre, als die deutsche. Centralamerika müßte das Wagezüngelchen sein, an dessen einer Seite die nördliche demokratische, an der anderen die

südliche monarchische Union sich zur Rettung Europas die Wage halten. Die Herrschaft über Nord- und Süd-Amerika bedeutet nach 150 Jahren gegenüber dem partikularistischen Europa die Herrschaft der Welt, die Sklaverei unter dem amerikanischen Dollar und unter dem Straßenpöbel der Amerikanischen Großstädte, eine Sklaverei entsetzlicher als Alles, was seit der Römischen Weltherrschaft darin geleistet worden ist.

Die in Rio de Janeiro erscheinende deutsche Zeitung, die sich allerdings aus bisher unaufgeklärten Motiven darin gefällt, von Zeit zu Zeit stark outrirte Bilder des Brasilianischen Misère vor den Deutschen Auswanderern zu entrollen, schreibt neuerdings wieder von der Schuldenlast, von der Entwerthung des allein noch kursirenden Papiergeldes um 28%, enormen Zolltarifen, mangelhafter Rechtspflege, ungesunden Handelsverhältnissen, Ueberproduktion des Kaffeeartikels, krasser Ignoranz und Indolenz, Entmuthigung, Erschlaffung, Rathlosigkeit, Phrasenwerk, Nepotismus und Kastengeist als den hervorragendsten Gebrechen außer dem eingerosteten politischen Mechanismus. Wir können der deutschen Zeitung in Rio sagen, daß sie ihre nächste Umgebung richtig charakterisirt haben mag, dort aber, wo sich vernünftigerweise unsere Auswanderer allein niederlassen, im subtropischen Theil, in den drei Südprovinzen, paßt ihr Weheruf ebensowenig, als wollte man die Ansiedlung in der Capkolonie deshalb verwerfen, weil am Congo internationale Streitigkeiten herrschen. Die Provinzen Brasiliens sind eben 20 Länder und was für Amazonas gesagt wird, gilt nicht für Rio Grande do Sul. Wir haben in Südbrasilien im Allgemeinen recht geordnete Verhältnisse gefunden. Das gesellschaftliche rein Deutsche Leben unterscheidet sich nur wenig von unserem kleinstädtischen Treiben und beeinflußt auch die Brasilianische Art das Leben zu nehmen sehr vortheilhaft. Was wir aber vielleicht auf diesem Fleck Erde allein so scharf ausgeprägt sehen, ist die Achtung die von

den Einheimischen der höheren Deutschen Nationalität gezollt wird. Natürlich denken wir nicht daran einige allgemein staatliche und nationale Unzuträglichkeiten ableugnen zu wollen, z. B. die Bestechlichkeit und Langsamkeit des Beamtenthums, das schlaffe oder höchstens künstlich erzeugte nationale Gefühl, das viele Blendwerk und die Unordnung in politischer und sittlicher Beziehung, aber wir kommen zu anderm Schlusse als die Deutsche Allg. Zeitg. die so folgert: „Wer die wunderbaren Naturschönheiten und den Bodenreichthum dieses Landes zwar nach Verdienst würdigt und preist, dabei aber den Nationalcharakter nicht allein durchschaut, sondern begreift und entschuldigt, der muß zur Zeit von massenhafter Deutscher Einwanderung nach Brasilien entschieden abrathen." Wir meinen es bedürfe gerade des deutschen Kulturelements um die verlotterten Zustände wieder ordnen zu helfen und das absterbende Volk zu neuem Leben zu wecken. Das läßt sich aber durch freundliches Entgegenkommen und Opferwilligkeit auf beiden Seiten erreichen. Daß die Deutsche Mission für beide Theile vortheilhaft wirkt, sehen wir an der glücklichen Entwicklung im Süden, nach dem sich aller Wahrscheinlichkeit mit der Zeit das Schwergewicht des Reiches verlegen wird. Was einzig und allein dem Lande fehlt, ist ein straffes Regiment gegenüber den Sklavenbaronen in Minas Geraes, S. Paulo 2c. Man darf überhaupt nicht etwa glauben, daß man es in Südamerika mit geordneten, berechtigten Staatswesen zu thun hat, denen ein Europäischer Staat auch innerlich zum Vorbilde dient, alles ist äußerlicher konstitutioneller Flitterglanz aus den Europäischen Rumpelkasten zusammengeklaubt, um darunter Armuth und Elend zu verhüllen. England, augenblicklich in den anderen Kontinenten zu sehr beschäftigt, obendrein durch die Monroe-Doktrin etwas verschnupft, ist nicht in der Lage, von Südamerika Gebrauch machen zu können, aber da sein Prestige für diesen Kontinent doch endlich einmal nicht ausreicht, mußte es einen anderen Weg finden, sich die aufge-

schobene aber nicht aufgehobene Beute vor den Gelüsten Europas zu bewahren. Es begünstigte die Selbstständigkeitsfarcen der Kolonien und schuf eine Reihe von Scheinexistenzen, die den Südkontinent gleichsam völkerrechtlich unantastbar machen, bis sich vom Londoner Handelscomptoir aus die Gelegenheit bietet die finanziell schon jetzt unterworfenen Staaten transvaalisiren zu können. Nur daß es in seiner kurzen Berechnung vergißt, daß eine sittliche Politik von selbst den Schleier wegnimmt und eine friedliche Politik Deutschlands einen imaginären Zustand in einen natürlichen verwandeln kann. England hat, selbst an eine Interessenpolitik gewöhnt, nur gegen diese Vorkehrungen getroffen, dabei das einzig wirksame Mittel aber, die freie englische Kolonisation, für dies Feld unmöglich gemacht. Es ist vielleicht unsere Bestimmung, daß wir, die wir in der Kolonialpolitik die Letzten waren, die Ersten sein werden, wenn nämlich der Gedanke einer sittlichen Kolonialpolitik das Uebergewicht über eine kraß-eigennützige verdient.

Ueber das zweite Feld der Deutschen Ackerbaukolonisation, Nordamerika, Südafrika, Australien, bedarf es füglich nicht vieler Worte, da dieses Genre uns geläufig ist. Nur sollten sich mehr Deutsche Rentabilitätsgenossenschaften zum Zwecke großwirthschaftlichen Betriebes dieser Gebiete bemächtigen, anstatt sie jetzt nur der wenig rentablen Bauernwirthschaft mit zerstreuten Auswanderungskräften zu überlassen. Staatlicher Unterstützung bedarf es nicht.

Das dritte Gebiet Deutscher Kolonisation oder hier besser Kultivation genannt, liegt im östlichen Europa. Mit Oesterreichs Vordringen auf der Balkanhalbinsel erschließt sich die Möglichkeit einer großartigen Deutschen Kultivation. Klimatisch giebt es für unsere Auswanderer kaum günstigere Verhältnisse, als sie Macedonien, Bulgarien, Serbien, Thracien bei noch recht geringer Bevölkerung bieten. Es könnte sich dort ein ähnliches Verhältniß bilden, wie es hätte zwischen England und Nordamerika bestehen sollen. Das

wäre unser wirthschaftlicher Gewinn in der Orientalischen Frage. Bei dem momentanen Rückgange unserer „Kulturniederlassungen“ in Ungarn darf man nicht vergessen, daß die Deutschen dorthin als Glieder einer politisch todten, daher ungefährlichen Nation vorgedrungen sind. Man mag sich als Vergleich denken, daß Schaaren friedlicher Bauern mitten im feindlichen Lager erscheinen, dort sich festsetzen und plötzlich als Bewaffnete den Soldaten entgegentreten. Mögen auch hier und da Einzelne niedergehauen werden, so bleibt doch der Vortheil, daß sich im fremden Lager auch nur ein kleiner Theil hält, als etwas ganz neu Erreichtes bestehen. Uebrigens würde das Deutschthum dort eine ganz andere Rolle spielen, wenn nicht Oesterreich (unter Prinz Eugen und Joseph II.) aus einer unbestimmten Furcht sie politisch zersplittert, mit Serben, Rumänen, Franzosen gemischt und aus den verschiedensten Deutschen Stämmen zusammengewürfelt hätte. So haben sie sich zwar in Sprache und Sitten deutsch erhalten, wirthschaftlich sogar ausgedehnt, aber es fehlt ihnen der innere Zusammenhang zu einer großen politischen Rolle. Ein völlig Deutsches Banat, Siebenbürgen oder Bukowina hätte schon die schwere Schädigung Oesterreichs durch den Ausgleich, die Herrschaft der Magyaren über die andere Reichshälfte unmöglich gemacht. Die Magyaren sind bei aller politischen Bedeutung (Adel) wirthschaftlich so untüchtig, daß an einen endlichen erfolgreichen Widerstand gegen das friedliche Eindringen des Deutschen Elementes nicht zu glauben ist. Nach dem Bekenntnisse seines eigenen Premierministers sieht sich Ungarn trotz der augenblicklich national erregten Stimmung im Lande zu einer weiteren Kolonisation mit Deutschen Kräften genöthigt, „als den fleißigsten und schmiegsamsten Elementen“, wenn es nicht wirthschaftlich zu Grunde gehen will. Die im kleinen Maßstabe versuchte Ansiedelung der 20 000 magyarischen Diasporisten ist soeben an deren Untüchtigkeit und den verfehlten Anordnungen gescheitert. Das ganze Vordringen des Deutschthums ist hier gleichsam

ein Naturvorgang, nicht nur der staatlichen sondern auch der umfassenden privaten Initiative entzogen. Höchstens sind Einwirkungen durch Erwerbs= und durch Gesellschaften mit idealer Tendenz zulässig. (Verein in Wien gegründet Zwecks Ankaufs verwahrloster Güter in Ungarn und Galizien, also für innere Kolonisation — Oesterreichischer Schulverein — Deutscher Schulverein). Aus politischen Rücksichten und schon deshalb, weil man eine zu starke Begünstigung der Propaganda hier mit Recht als versteckte Annektionsgelüste im Europäischen Konzert zurückweisen müßte, könnten nur Gesellschaften mit idealen Zwecken von der Deutschen Regierung Licenz bekommen zu ungehinderter Thätigkeit, etwa Deutsche Kulturvereine. Ihre Organisation wäre die jeder anderen Missionsgesellschaft mutatis mutandis. Solche nationale Missionsthätigkeit ist für uns Deutsche ebenso politische Pflicht, wie die religiöse im Lande der Heiden für die christlichen Konfessionen heilige Pflicht ist. Warum läßt man aber unsere nationalen Pioniere im Stich? Warum findet sich keine Vereinigung national großdenkender Männer zusammen, die unseren Landsleuten am Asowschen und Schwarzen Meer in der Krim und am Bug, in Jekaterinenstadt, Saratow, Iglau, Gottsche, Temesvar, Marienfeld, Elisabeththal, Alexandershilf, in Chile, Peru, Argentinien und in den Urwäldern Südbrasiliens wieder den Zusammenhang mit dem nationalen Mutterboden verschafft, aus dem Jene doch erst ihre Kraft ziehen, und in dessen Interesse sie unbewußt wirken?

Eine kleine Bibliothek, eine Kiste mit einigen Erzeugnissen der verbesserten Industrie, regelmäßige Zeitungsspedition und Geldhülfe in Nothlagen, Mustersammlungen auf dem Gebiete der Gewerbe, Pädagogisches, Medizinisches, Landwirthschaftliches, hier mit geringen Kosten erstanden, dort mit Jubel und Dank als gemeinsames Eigenthum und liebe Erinnerung an das alte Vaterland entgegengenommen, vielleicht auch durch eine dankbare Rimesse kolonialer Kuriosa und Pracht=Erzeugnisse erwidert; eiu auf Vereinskosten für

den bestimmten Zweck ausgebildeter Lehrer, Arzt, Pfarrer, der auf nationalem Gebiete ganz analog dem Missionar auf religiösem wirksam ist und die zerstreuten Elemente um ein Centrum sammeln würde, das vom Mutterlande her durch Freunde der Kolonie gefestigt würde — sollte diese Thätigkeit vergeblicher sein als die Mission? — Doch ich will nicht ungerecht sein, der Allg. Deutsche Schulverein hat bereits einige dieser Punkte in sein Programm aufgenommen und wirkt im Stillen recht segensreich (ebenso der österreichische Schulverein speziell in Südtirol und Böhmen, durch den eine ganze Reihe von Schulen erhalten werden). Und doch, dieser selbe Verein beweist wieder, wie man nicht vorgehen soll. Er hat zur Unterstützung nicht des programmmäßigen Deutschen Schulwesens sondern der Deutschen nationalen Politik in Ungarn Propaganda gemacht und ist auch sonst mit Wort und Schrift für die Politik der Siebenbürger gegen die Gewaltthaten der Magyaren eingetreten, ohne sich durch die in der Nord. Allg. veröffentlichte Desavouirung der Regierung des Besseren belehren zu lassen. Ganz gewiß, der Eifer war ein auf gerechter Entrüstung gegründeter, aber er wurde zur Unzeit geltend gemacht. Wenn Deutsche im Auslande von der zugehörigen Regierung gewaltsam entnationalisirt werden, so ist das nicht weniger schmerzlich für uns als die Betroffenen. Lassen diese aber in der Mehrzahl die Vergewaltigung ohne Widerspruch über sich ergehen, so haben wir kein Recht, sie gegen die Regierung einer uns befreundeten Macht aufzureizen, legen sie Protest ein, kommt es zu einem Konflikte, so sind wir noch weniger berechtigt für Jene einzutreten, da sie Ungarische nicht Deutsche Unterthanen sind und wir unsererseits jeden Eingriff Frankreichs in die Germanisirung des Elsaß oder von Seiten Galiziens in die Germanisirung Posens mit aller Entschiedenheit zurückweisen müßten. Würde dagegen eine Verletzung der Deutschen Ehre in dem Vorgehen der Ungarischen Regierung liegen, so ist es zunächst Sache Deutsch-Oesterreichs

und erst in allerletzter Linie der Deutschen Reichsvertretung, dagegen zu protestiren. So lange diese einen Einspruch nicht für angezeigt halten, wirken die Bemühungen eines Vereines zwar erhebend aber mit einem komischen Beigeschmack, als ob sie über die Deutsche Würde im Auslande wachen müßten.

Dies meine ich also nicht mit jener Kulturthätigkeit, im Gegentheil, solche Parteinahme oder Beeinflussung des Deutschthums im Auslande gegen die rechtmäßige Regierung wirkt leicht im entgegengesetzten Sinne, denn bei Allem müssen wir an dem Prinzip festhalten: Entwicklung des Deutschthums auf sittlicher Grundlage und ohne Gewaltthätigkeit gegen fremde Nationen!“

Innere Kolonisation.

Unter innerer Kolonisation versteht man die bessere nationale Besiedlung des Staats-Territoriums, die Kultivirung noch nicht genügend kultivirter aber kulturfähiger Landestheile in demselben, etwa in dem Sinne Friedrichs II., der in der Ueberzeugung, von dem Ackerbau müsse man ausgehen, Gleichmäßigkeit der Bevölkerung und des Landes herbei zu führen und alle polnischen Distrikte mit deutschen Kolonisten zu durchsetzen bemüht war. „Oberschlesien besonders, so zwischen Oppeln und Ratibor, wäre noch meistens so dünn bevölkert, daß noch ganze Dörfer angesetzt werden könnten, und es müsse das gemeine Volk aus seiner bisherigen Dummheit und Wildheit gerissen werden: dazu solle man noch mehr fremde und vernünftige und gesittete Kolonisten heranziehen."

Der leitende Gedanke jeder inneren Politik ist: politisch eine Nationalität, aber die beste, kulturell gleiche Intelligenz, aber die höchste, wirthschaftlich gleiches Vermögen, aber das intensivste zu schaffen, also gerade das Entgegengesetzte, was unsere Kommunisten mit ihrer Gleichheit im Schmutz erstreben.

Der Staat ist die organische Verbindung einer Nation mit einem Staatsterritorium, das Letztere ist das Ursprüngliche, Dauernde, denn die Generationen auf ihm kommen und gehen; Frankreich konnte Millionen seiner Bürger verlieren und es blieb Frankreich, die Lostrennung Elsaß-Lothringens hat ein neues Frankreich geschaffen, das unmöglich begrifflich mit dem früheren identifizirt werden kann. Was für die Staatsgesellschaft die Gleichheit, ist für das Staatsland die Gleichförmigkeit.

Friedrich II. sagt in seinem Antim. (Ch. V.): „Die Macht eines Staates beruht nicht in der Ausdehnung des Landes, sondern in dem Reichthum und in der Zahl seiner Bewohner.“ Die nothwendige Ergänzung hierzu findet sich in einem Briefe an Voltaire. „Wahrer Reichthum ist nur das, was die Erde hervorbringt. Wer den Boden verbessert, wüst liegendes Land urbar macht und Sümpfe austrocknet, der macht Eroberungen von der Barbarei und schafft Ansiedlern Unterhalt.“ In der Gleichheit seiner Bürger, in der Gleichförmigkeit seines Gebietes und in dem richtigen Verhältniß Beider besteht die innere Stärke eines Staates. Dies Letztere führt uns zu der Bedeutung der inneren Kolonisation für den Staatszweck, wenn dieser identisch mit selbstständiger ungehemmter Entwicklung aller in dem Staatsorganismus schlummernden Kräfte bis zur höchsten Vollkommenheit ist.

Es wird unserm Reichskanzler in seiner inneren Politik die Tendenz untergestellt, bei seiner Sympathie für den Ackerbau treibenden Theil der Bevölkerung wolle er vor Allem eine gesteigerte Produktion der nothwendigen Nahrungsmittel 2c. erzielen bis zu dem Punkte, daß Deutschland seinen Bedarf an diesen selbst zu decken im Stande ist. Wie weit diese Behauptung begründet ist, weiß ich nicht, aber der Gedanke ist weitsichtig genug, einem Staatsmann zugeschrieben zu werden, der Deutschland politisch selbstständig gemacht hat. Es handelt sich hier nur um eine andere Art der Selbstständigkeit, um die wirthschaftliche; denn jeder Staat soll nach Aristoteles αὐτάρκης sein, sich selbst genügen.

Im menschlichen Leben nennt man Denjenigen selbstständig, der seine Mitmenschen nicht in Anspruch zu nehmen gezwungen ist, ohne dadurch an seiner Entwicklung Schaden zu leiden. Ein Staat ist selbstständig, der Alles besitzt, was er braucht und Alles gebraucht, was er besitzt, und dann muß er die ganze Welt für seinen Zweck gebrauchen, aber

nur sich brauchen; dasselbe was man bei einem sich selbstständig entwickelnden Individuum voraussetzt.

Das Staatsindividuum hat aber Eines vor dem Staate voraus. Es lebt in einer geordneten Staatswirthschaft. Wenn ein Bauer sein und seiner Leute Bedarf an Brod, Butter, Fleisch und Kartoffeln aus der eigenen Wirthschaft nicht mehr zu nehmen vermag, so geht er zum Nachbar, dem Bäcker oder Fleischer und kauft das ihm Fehlende mit einer kleinen stets verhältnißmäßigen Preissteigerung. Das kann der Staat nicht. Er lebt in einer ungeordneten Welt, in der nur Bauern und recht hartköpfige Bauern wohnen, die einander mit Zollplackereien, Kontinental- und Landsperren, Chikanen, Krieg, Gewaltthätigkeiten, kurz mit aller Gehässigkeit auf Tod und Leben bekämpfen, so daß des Einen Verlegenheit noch gesteigert, des Andern Noth mit gehässigem Eifer so ausgenutzt wird, daß er die Linderung derselben schlimmer als die Noth selbst empfindet; darum soll jeder Staat dahin streben, daß er in jeder Beziehung von dem Auslande unabhängig wird, bis eine gemeinsame Ordnung die aneinanderstoßenden Interessen zu einer Weltordnung zusammengefaßt hat und eine nothgedrungene Engherzigkeit höheren Gesichtspunkten weichen darf.

Wie berechnet worden ist, sollen in Deutschland für mehr als 6 Mill. Menschen die Nahrungsmittel nicht mehr im Inlande produzirt werden können. Die landwirthschaftliche Bilanz von 1878 weist folgende Ziffern auf: in Mill. Mark

	Einfuhr.		Ausfuhr.	
Weizen	1 060 000	Tonnen.	785 000	Tonnen.
Roggen	945 000	„	196 000	„
Gerste	435 000	„	260 000	„
Hafer	290 000	„	135 000	„
Pferde	66 414	Stück.	45 423	Stück.
Rinder	266 512	„	291 094	„
Schweine	1 201 238	„	333 747	„
Schafe	804 315	„	1 705 159	„

Wir können diese fast durchgängigen Debets durch ein Guthaben in anderen Rohstoffen nicht ausgleichen, denn unseren positiven Bilanzen in Brennstoffen, Erden, Erzen und Steinen decken nicht einmal unsere Ausfälle in Spinnstoffen, Bauholz, Nutzholz, Häuten, Leder, edlen Metallen, Droguen, Dünger 2c. Das zum Ankauf der Lebensmittel nothwendige Geld muß also durch eine übermäßig gesteigerte Industrie und durch den Handel beschafft werden. Wir richten Fabriken neben Fabriken ein, ohne dabei zu bedenken, daß wir dadurch der Landwirthschaft mehr und mehr die Kräfte entziehen, so daß diese, die natürliche Mutter aller Arbeit, statt Verstärkung zu erhalten eine Schwächung erleidet, bis unser Staatsgebäude so zu sagen auf der Industrie, d. h. in der Luft steht. Es wird hiermit nicht den Physiokraten das Wort geredet, der ist ein Narr, der glaubt, er könne mit dem Pfluge Gold graben, dafür ist zunächst die Industrie, dann in erhöhtem Maße der Handel da, die innere Kraft, die Zähigkeit und Widerstandsfähigkeit des Staatskörpers geht aber den umgekehrten Weg. Es ist freilich wahr, England vermag durch seine Industrie und seinen Handel die vierfache Bevölkerung zu tragen und mit dem vierten Theil unserer Armee ganze Kontinente zu beherrschen, glaubt aber ein Deutscher, daß Englands Zukunft auch nur halb so gesichert ist wie die unsrige? Wenn Reichthum allein das Glück einer Nation ausmacht und ihren Bestand und ihre kulturgeschichtliche Bedeutung, dann mag er Recht haben. Nein, halte man das nicht bei einem Staatswesen, das ebenso sittliche Aufgaben zu erfüllen hat, für nothwendig, was wir bei dem Individuum verwerfen. Nicht Reichthum, sondern allseitige Selbstständigkeit!

Sind wir selbstständig, wenn wir die täglich weniger für die rapide Zunahme der Bevölkerung ausreichenden Nahrungs-, Bekleidungs-, Wohn-Mittel durch eine fieberhafte Ueberproduktion unserer Industrie zu beschaffen bemüht sind, für die wir in der Welt umher nach wohlwollenden

Abnehmern suchen, ohne das in Betracht zu ziehen, daß eine nationale Fabrik in sich dieselben Schäden trägt wie eine Fabrik im gewöhnlichen Sinne, eine unberechenbare Zollpolitik und eine degenerirende Bevölkerung? — Vorläufig ja, denn, wie man so sagt, es klappt. Wir liefern unseren Abnehmern die Fabrikate und tauschen dafür Rohstoffe ein. Aber es ist nur äußerlich eine gleichwerthige Rechnung, die in demselben Maße an innerer Unwahrheit leidet, als der Staatsgedanke, das Staats-Gleichgewicht äußerlich, d. h. in der Abstraktion wieder hergestellt zu sein scheint.

Doch dies ist noch das kleinere Bedenken. Wir wollen uns mit unserem Loose bescheiden, wenn in Zukunft auch nur äußerlich die Rechnung immer beglichen wird. Wie aber, wenn die rohproduzirenden Staaten ihre Rohprodukte die Einen selbst konsumiren, die Andern selbst verarbeiten? Wenn man daher unsere Maschinen oder Pianinos nicht mehr braucht oder nicht mehr brauchen will, sei es nun aus Mißgunst oder aus natürlichen Gründen, und wenn man einen russischen Schutzzoll im Lande einführt? Wenn die Getreide, Vieh, Wolle und Baumwolle exportirenden Länder aus Chicane oder weil sie in Finanzverlegenheiten sind, oder um einen Druck auf unsere auswärtige Politik auszuüben, einen übermäßig hohen Ausgangszoll anf die bisher für Deutschland verabreichten Waaren legen und in ihrer Politik die rechten Helfershelfer finden? Oder wenn wirkliche Mißernten und Hungersnoth gerade unsere Kunden und Auftraggeber trifft? Wenn Krieg mit den rohproduzirenden Staaten, eine wirksame Blokade, eine Napoleonische Landsperre über uns hereinbricht? Oder, was das Schlimmste wäre, wenn unsere Industrie eine unterwerthige Rolle im Welthandel spielt, weil ihr die Bedingungen zu erfolgreicher Konkurrenz mit den Seestaaten fehlen, und wenn dann unser vierprozentiger Kredit noch etwas precärer wird, als man uns jetzt wohlwollend zugesteht?

Wir wissen, man kann gegen alle diese Befürchtungen

Gründe anführen, denn sonst wären wir thatsächlich schon in einer Krisis. Wir halten auch alle die angeführten Möglichkeiten nicht für wahrscheinlich, aber Eines geht daraus mit Sicherheit hervor, daß unsere politische Selbstständigkeit so lange nur eine halbe ist, als sich unsere Nationalwirthschaft nicht von den Fluktuationen auswärtiger Verhältnisse unabhängig gemacht hat. Dazu werden feste Zollvereinigungen mit solchen Staaten beitragen, deren Interesse mit dem unsrigen innerlich und daher unauflöslich verbunden ist (Oesterreich). Dazu wird eine feste Handelskolonisation und Ackerbaukolonisation im bessern Sinne, und dazu wird auch nicht zum kleinsten Theil eine energische innere Kolonisation beitragen. Zeigt es sich nach diesem, daß trotzdem unser Land seine Bevölkerung nicht mehr zu ernähren vermag, nun dann ist es für uns eine Naturnothwendigkeit, entweder eine umfassende Auswanderungsorganisation vorzunehmen oder unsere überschüssigen Volksmassen in kompakter Form auf ein Terrain zu schieben, auf dem sie athmen und leben können, je nachdem uns unser Volk oder unser Land das heiligere ist. Immer aber gilt der Grundsatz des richtigen Verhältnisses einer Nation zu dem zugehörigen Grund und Boden.

Diese ausführliche Erörterung hielt ich für nothwendig, um die Ansicht Derer zu widerlegen, die dem Ackerbau keine höhere Begünstigung zugemessen wissen wollen, als dem Handel und der Industrie. Und doch ist der Grund und Boden Deutschlands jeden Zoll breit etwas Heiliges, weil er der ganzen Staatsgesellschaft erst die Grundlage giebt. Darum müssen auch für ihn als dem nationalen Gute andere gesetzliche Normen gefunden werden, als für den Erwerb, den Gebrauch und die Veräußerung der gesellschaftlichen Erwerbsgüter, die mit dem Wesen des Staates nicht

zusammenhängen und man darf sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß keine Kapitalanlage national günstiger wirken kann, als wenn sie der inneren Kolonisation und Kultivation zugewandt wird.

Provinzen.	Flächen-raum.	Lehm-Thon	Lehm-Sand. Sand-Lehm.	Sand-boden.	Moor-boden.	Wasser-fläche.	Kalk unter den Böden.
Preußen.	1 133,9	190,4 = 16,9%	511,9 = 45,1%	339,1 = 29,9%	50,2 = 4,4%	42,2 = 3,7%	0,9
Pommern.	546,8	36,2 = 8,6	245,3 = 44,8	193,4 = 35,4	55,4 = 10,2	16,3 = 3,0	7,8
Posen.	525,4	49,4 = 9,4	252,3 = 48,0	176,4 = 33,6	36,8 = 7,0	10,4 = 2,0	0,1
Brandenburg.	724,3	74,6 = 10,3	257,0 = 35,5	307,6 = 42,5	63,0 = 8,7	22,0 = 3,0	0,1
Schlesien.	731,1	269,1 = 36,8	208,3 = 28,5	228,8 = 31,3	15,8 = 2,2	8,9 = 1,2	16,5
Sachsen.	458,1	232,8 = 58,8	89,3 = 19,5	114,9 = 25,1	15,1 = 3,3	5,9 = 1,3	19,1
Westphalen.	366,6	221,9 = 60,5	38,4 = 10,5	90,2 = 24,6	15,7 = 4,3	0,2 = 0,1	43,1
Rheinland.	486,6	328,4 = 67,5	105,7 = 19,1	42,8 = 8,8	8,2 = 1,7	1,3 = 0,3	28,9
Alt-Preußen	4 973,3	1 403,1 = 28,2%	1 708,5 = 34,4%	1 493,5 = 30,0%	260,6 = 5,2%	107,4 = 3,2%	116,9

Flächenraum in geogr. □ Ml. zu 21 566,628 pr. Morgen.

Die innere Kolonisation ist nur die Kehrseite der äußeren. Wenn ein Staat seine Bodenfläche bereits in intensiver Wirthschaft und eine starke Zunahme der Bevölkerung hat, erst dann denkt er an eine Gebietserweiterung oder Kolonisation; in diesem Falle drängt er selbst zur Auswanderung. So lange er aber noch zu kolonisirendes oder zu kultivirendes Land in sich selber trägt, geht sein Bemühen dahin, die dazu nothwendigen Arbeitskräfte nicht fortziehen zu lassen. Wenn Alt-Preußens fruchttragende Fläche nur

53,1 % der Gesammtfläche einnimmt, so bleibt für die Kolonisation noch 42,9 % Thon-, Sand- und Moorbodens (an Letzterem allein 260,6 □Ml.) Wenn in Deutschland allein der Torfboden 4½ % der Gesammtfläche beträgt, so würde es geradezu unverständlich sein, wenn die Staatsregierungen nicht Alles aufwendeten, die Auswanderung nicht zu stark werden zu lassen. Umstehende Tabelle (nach Meitzen) giebt die Bodenbeschaffenheit der einzelnen Provinzen Altpreußens an. Alle die in jenen Ziffern enthaltenen Haiden, Moore, Sümpfe, Watten, die als ungünstiges Land angeführt sind, können wir als Kolonialland bezeichnen, das zwar einer mühsamen, jahrelang undankbaren Arbeit bedarf, aber unserem Staate pro □Ruthe Kolonisationsarbeit mehr einbringt, als die Thätigkeit seiner Angehörigen im Auslande pro □Ml.

Jährlich verlassen 100000—200000 Auswanderer unser Vaterland. Gewiß, ein großer Theil aus Gründen, die eine Staatsgewalt nicht aufheben kann. Wir sehen sie ungern von uns fortgehen und bemühen uns, ihnen durch unsere freundschaftlichen Beziehungen mit den Ländern, denen sie zueilen, gute Aufnahme und eine neue Heimat zu sichern. Aber nicht der kleinste Bruchtheil der Auswanderer ist es, der durch unsere eigene Schuld hinausgetrieben wird. Er sucht über See Grundbesitz und Selbstständigkeit, die er hier nicht erringen kann, weil die Staatsgesellschaft den Grund und Boden, auf dem sie steht, wie den profansten oder gar als unterwerthigen Handelsartikel behandelt. Wie unsere Bauern das kräftigste, national-gesundeste Element in unserem Heer und in unserem Staate überhaupt bilden, so bringen umgekehrt gerade unsere kräftigsten, national-gesnndesten Charaktere dem Landleben und der Landwirthschaft volle Sympathie entgegen. Dies liegt in der tieferen Auffassung des Lebens, in der sich genügenden Familie, die keiner äußeren Reizmittel bedarf, in der mehr centripetalen Richtung unseres Geisteslebens und in physischen Gründen.

Der kräftige Germane, auf unfruchtbarem Boden, unter rauhem Klima aufgewachsen, verlangt nach Kampf und harter Arbeit, wie es ihm von seinen Voreltern vererbt ist. Die vierschrötigen Gestalten unserer Pommern und Mecklenburger mit ihren starken Knochen und ihrer groben Muskulatur können nicht in Fabriken arbeiten, und ehe sie das thun, ziehen sie lieber über das Meer.

Sage Keiner, daß wir kein Land mehr haben, wo wir diese Art Auswanderer ansiedeln können. Man hat berechnet, daß durch Bewässerungen, Entwässerungen, Bodenverarbeitungen u. a. für viele Millionen Raum geschafft werden kann. Freilich sind dazu langwierige Vorarbeiten erforderlich, aber wir haben die Arbeitskräfte dazu.

Für die ersten Arbeiten auf schwierigem Terrain, wo Arbeitskräfte nicht zu haben oder zu kostspielig wären, müßten wir unser kulturfeindliches Element, die Sträflinge verwenden. Dadurch wird keine ungesunde Konkurrenz herbeigeführt und der Mensch auch im Sträfling wird nicht mißachtet. Ja er kann selbst für die ehrlichste Arbeit, für die Landwirthschaft, gewonnen werden, wenn man ihm nach seiner Entlassung nicht mit Gold, sondern mit Anweisung eines Kolonieloses ablohnt. (cf. Deportations-Kolonien.) Darauf kämen die Vagabunden, die schon von privater Seite in ähnlicher Weise der Ordnung wieder zugeführt werden. Zu dritt kommen die freien Arbeiter. Den Stamm dieser bilden die zukünftigen Kolonisten, die nicht gut Haideland, Sumpfland oder Moorboden ohne alle Vorarbeiten überwiesen bekommen können, und durch die Arbeit an den gemeinsamen Meliorationen, wie Austrocknen von Gewässern, Befestigung von Dünen, Verarbeitung von Düngemitteln, Anlage von Verkehrswegen, Bewaldungen u. ähnl. praktische Vorbildung und ein kleines Kapital erwerben, das ihnen auf Kolonialland eingeschrieben wird. So bezahlte Friedrich II. bei seinen Meliorationsarbeiten am Oderbruch nicht in Geld,

sondern in Ueberlassung des eben kultivirten Landes. Die Kolonieloose betrugen 90, 60, 45, 20, 10 Morgen.

Für solche, die nicht an den Kultivationsarbeiten Theil nehmen wollen, aber nachher Kolonieland erwerben, müßten auch die Privilegien herabgesetzt werden, weil es nicht gerecht ist, dem Einen größere Mühe, Beiden aber den gleichen Vortheil zu lassen.

Auf Eines möchte ich noch rechtes Gewicht legen, das in die ganze innere Kolonisationsarbeit erst den rechten Zug bringen, gleichsam den Arbeitskern bilden würde. Als Friedrich Wilhelm I. die Bruchflächen des Rhin- und Havelländischen Luchs urbar machen ließ, beorderte er von 4 Regimentern 200 Soldaten und 20 Unteroffiziere zur Unterstützung bei den Arbeiten ab. Das Generalkriegskommissariat hatte für ihren Unterhalt aufzukommen. Eine solche Unterstützung durch entbehrliches Militär ist auch heute noch am Platze. Eine Analogie findet sich in der Beurlaubung zu den Erntearbeiten. Man nähme am Besten die Mannschaften der dritten Jahresklasse, die der Ersparniß halber bisher frühzeitiger entlassen oder ohne rechte Beschäftigung in einem großen Theil ihres letzten Dienstjahres in der Garnison leben. Sie würden dadurch zugleich wieder der landwirthschaftlichen Arbeit und der Arbeit überhaupt zugeführt und für ihre spätere Thätigkeit im Privatleben unschätzbare Erfahrungen sammeln. Dem Geiste des Militärwesens widerspricht diese Thätigkeit durchaus nicht, denn es handelt sich hier gleichfalls um eine innere Befestigung unseres Vaterlandes. Nur Kurzsichtige werden dies verkennen. Wer ein Schwert in die Hand nimmt, das er sorgsam geschliffen, und wer seinen Leib mit einem festen Panzer umhüllt hat, ist an sich noch nicht Sieger, sondern der, dessen Kraft am längsten im Arme aushält, und dem am ganzen Körper keine Muskel den Dienst versagt.

Ja es ließe sich denken, daß man ein eigenes Landeskultivations-Bataillon schüfe, das, was das Eisenbahn-

regiment und die Pionierbataillone im Kriege leisten sollen, dasselbe im Frieden vollzieht und zwar an dem festen Bestandtheile unseres Staatskörpers selbst. Ein solches Bataillon mit militärisch vollendeter Disziplin, um auch für den Krieg nutzbar zu sein, dabei mit einem festen Stamm ausgebildeter und erfahrener Mannschaften, deren Civilversorgung in den Kolonialländereien läge, würde in allen Provinzen fliegende Kolonnen bilden und die private Thätigkeit beschleunigen und ergänzen.

Nachdem eine größere Fläche Land einigermaßen urbar gemacht, erhalten die Kolonisten auf Kredit oder als Arbeitsentschädigung Loose zugetheilt und mit der Erwerbung derselben von selbst bestimmte Privilegien. Friedrich der Große gab den 1200 Kolonistenfamilien im Oderbruch Kantonfreiheit für Kind und Kindeskind und 15 Jahre Freiheit von allen Lasten. Eine Staatsschrift von 1848, welche Vorschläge für die innere Kolonisation Preußens macht, will Lieferung von Holz aus den Staatsforsten, Kapitalvorschüsse, Befreiung der Kolonisten und deren Söhne vom Militärdienste. Es wird kaum zu umgehen sein, daß man den Ansiedlern ähnliche Vortheile giebt, wie den Kolonisten über See geboten werden. Ihre Arbeit ist entschieden hier noch mühsamer und für die erste Zeit unrentabel. Wenn es nicht die sonstigen Vortheile, die Privilegien, das Gefühl, Herr eines Stück Landes und doch im Vaterlande zu sein, wären, so könnte man nur mit wenig Aussicht mit dem Auslande in dem Bestreben konkurriren, die Auswanderer für sich zu verwerthen. Es wird nicht zu umgehen sein, daß man staatlicherseits für die erste Zeit Provianthäuser und Wohnbaracken errichtet, daß man Handwerkszeug und Kleinvieh den Ansiedlern überläßt und so Manches mehr.

Aber die Kosten! Wo soll der Staat das Geld dazu nehmen? — So und nicht anders werden manche Industriellen und der Handel, allen voran deren Abstraktion, die Finanz-

kapazitäten, einwenden. Sie verstehen es nicht, was Staat heißt, er ist ihnen nur eine Schranke individueller Spekulation, sonst würden sie begreifen, daß, wenn je eine Anleihe berechtigt ist, sie hier am Platze sein dürfte. Sie belastet spätere Generationen, giebt ihnen aber auch in dem kultivirteren Staatslande die Möglichkeit, ohne Mühe die übernommenen Verpflichtungen abzutragen. Für den Staat ist solche erste und vielleicht auch die zweite Generation ein Ausfall an Steuer- und Militär-Kraft, er stampft sie gleichsam in den Sumpf, aber es ist besser, daß er auf den Leibern zweier Generationen eine feste dritte aufbaut, als daß er durch alle Generationen hindurch die Einzelnen im Loche ersaufen läßt.

In einiger Verwandtschaft mit der Kolonisation steht die Kultivation. Auch sie steht in enger Beziehung mit unserer Auswanderung, wenn auch indirekt.

Ist es unumstößlich wahr, daß die Arbeit eines Pächters nicht denselben staatswirthschaftlichen Werth hat, wie die des freien Besitzers, so versteht man nicht, warum die Domänen nicht freigegeben werden und die Kirchen-Ländereien.

In Altpreußen fester Besitz: 79 524 337 Morgen = 770,7 %. Dem freien Verkehr entzogene Liegenschaften: 23 629 666 Morgen = 229,3 %.

Und wenn der Staat möglichst die Rohprodukte im Inlande zu beschaffen strebt, wenn er deswegen ein Interesse hat, daß jeder Zoll deutschen Landes in intensivster Wirthschaft bearbeitet werde, warum spricht er nicht ein entscheidendes Wort, wenn unter der Kapitalarmuth, Schlaffheit und Unverständigkeit Privater unser Staatsboden strichweise verödet und verarmt? Man schaffe tausend fleißigen Händen Raum und durch günstige Bedingungen Licht und Luft, dann werden auch die kapitalbesitzenden Auswanderer die innere Kultivation des Vaterlandes der Kolonisation des Auslandes vorziehen.

Die Vorbedingungen jeder Kultivation sind folgende:

Es darf keine sogenannten entlegenen Distrikte geben, die nur deshalb nicht konkurriren können, weil schlechte oder mangelhafte Verkehrswege zum gemeinsamen Absatz-Ort führen. Es ist eine Ungerechtigkeit gegen die Einzelnen, die mit einem Schlage nicht gut zu machen ist, aber durch Differentialtarife auf den verstaatlichten Eisenbahnen etwas gelindert werden kann.

Man verschaffe den Bauern einen bäuerlichen Kredit und regle dabei zugleich das ganze Kreditwesen. Man verschaffe ihnen eine ehrlichere Vertretung als ihnen bisher in manchen unedlen Adligen zu Theil geworden ist.

Man regle das geradezu mittelalterliche Gesindewesen. Man schaffe eine ganz neue Grundordnung auf staatswirthschaftlichen Grundlagen, ordne den Erwerb, Gebrauch und Veräußerung des Areals und die hypothekarische Belastung, so daß sich in Zukunft nicht nur das Kapital, sondern auch die Arbeit bei der Landwirthschaft verzinst und die jetzt einseitige Bewegung der Arbeitskräfte vom Land zur Stadt sich wieder in eine gesunde Circulation verwandle. Dann kann mit Erfolg die durchgreifende Kultivation behufs Gleichförmigkeit des Grundbesitzes vorgenommen werden.

Wenn in dem Vereinigten Königreich 900 Herren nahezu $^1/_3$ von England und Wales, 800 Herren $^1/_2$ von Irland, 600 Herren $^4/_5$ von Schottland besitzen; wenn in Schottland 24 Herren mehr als $7^1/_3$ □ Ml. und ein Magnat sogar $86^1/_2$ □ Ml. = 6,2 % zu Erb und Eigen besitzt, so dürften es diese Herren allein sein, die das daraus resultirende politische, geistige und wirthschaftliche Elend bestreiten, die in dem scharfen Gegensatz von Besitzenden und Nichtbesitzenden etwas Natürliches sehen. In Deutschland besitzt ein in Brüssel wohnhafter Herzog 55 geogr. □ Ml. und ein in Paris wohnhafter 31 □ Ml. deutsches Staatsland. In Pommern fällt auf den Großgrundbesitz mehr als $^3/_4$ des Grund und Bodens. Ebenso nachtheilig wirkt die Zwergwirthschaft, in der die Land-Loose nicht groß genug sind, eine

Familie zu ernähren. Wo solche Häusler- und Gärtnerwirthschaften vorherrschen, finden sich ebenso widerliche soziale Zustände wie auf den Latifundien; denn Freiheit auf Kosten Anderer ist nur nach der andern Seite hin was Knechtschaft ist. Danach wäre dies das richtige Verhältniß, daß Jemand nicht mehr Land besitzt, als er zur Erhaltung seines und seiner Familie Leben gebraucht. Was darüber und darunter ist, sind Schwankungen, die natürlich berechtigt aber doch immer Abweichungen sind und darum nicht die Regel bilden sollen. Ein gesunder Bauernstand ist das Einmaleins jeder Nationalwirthschaft, und darum soll die höchste Staatsgewalt immer bemüht sein, die Entartungen auf das normale Verhältniß zurückzuführen.

Eine hierauf zielende Maßregel wäre es z. B., wenn nur der Staat um den natürlichen Taxwerth alle in Subhastation kommenden Güter erwürbe, sie in Bauernloose dismembrirte und gegen gesetzlich normirte Anzahlung wieder dem freien Verkehr überließe. In derselben Absicht erwirbt er wieder die in Subhastation kommenden Zwergwirthschaften, die er zu Bauerloosen zusammenlegt. Unter gewissen Voraussetzungen, wenn es das Interesse der Staatswirthschaft fordert, können schlecht bewirthschaftete Güter sogar expropriirt werden und die verwahrlosten Landkomplexe zerschellen in viele rührige Bauerwirthschaften.

Auf den neuen Bauerngütern, wenn eine organische Umwandlung Platz greifen soll, finden die neuen Bestimmungen Anwendung. Auch die neuen Bauerngüter werden sich verkleinern und vergrößern, nur wird ihre Bewegung immer wieder regulirt und auf den normalen Fuß zurückgebracht. Die Vortheile der Großwirthschaft, das Maschinenwesen und die gleichmäßigere Bearbeitung müßte durch freie Associationen oder Staatshülfe ersetzt werden; denn wo die Kraft des Einzelnen aufhört, da fängt die genossenschaftliche Unterstützung oder die Staatsgewalt, nicht die Vergewaltigung durch das Kapital an.

Die Germanisirung Posens wird sich mit größerer Leichtigkeit vollziehen, wenn die preußische Regierung die schlecht bewirthschafteten polnischen Edelhöfe aufkauft (sie hat damit bereits angefangen), sie in Kolonieloose theilt und an deutsche Bauern verkauft, da polnische mit genügendem Kapital fehlen. Da liegt keine Vergewaltigung vor und es wird vielleicht mehr erreicht als durch die immerhin schroffe Form der Sprachen-Edikte. Auch dürften im Verein mit industriellen Begünstigungen dadurch Unterschiede wie zwischen der Rheinprovinz mit 151 Menschen pro □ Kil. und Posen oder Pommern mit ca. 53 pro □ Kil. einigermaßen ausgeglichen werden.

Ist ein solcher Gedanke innerer Kolonisation und Kultivation kein Phantom, wie solche die Spekulation des Geistes leicht auftauchen und ebenso leicht verschwinden läßt, so führen die Thatsachen einer tieferen Auffassung und gründlicheren Verarbeitnng desselben von selbst zu.

V.

Deportationskolonien.

Damit Deutschland eine Aenderung in der bisherigen Art der Strafvollstreckung zu Gunsten der Deportation eintreten lasse, müssen zwei Erfordernisse erfüllt sein: die bisherige Art der Strafvollstreckung muß an erheblichen Mängeln leiden, die überhaupt eine Abänderung dringend wünschen lassen, und die Deportation muß alle diese Mängel nicht darbieten und doch die Forderungen, die man an eine gute Strafvollstreckung stellt, erfüllen. Oder aber die in ihrem Wesen begründeten Mängel müssen gegenüber ihren Vorzügen verhältnißmäßig geringer in die Wagschale fallen, als bei dem gebräuchlichen Verfahren.

Die Inhaftirung der Strafgefangenen in Gefängnissen, Zuchthäusern, Festungen bei dauernder Beschränkung ihres Willens, zu jahrelangem Vegetiren ist eine kulturwidrige Handlung, die zwar der großen Menge unbedeutend erscheint, weil sie gewohnt ist bei Qualen Blut und Wunden zu sehen, dem höher Gebildeten aber gleichbedeutend mit systematischer Verthierung bis zum völligen Stumpfsinn ist, die der Staat, wenn er sie von Privaten ausgeübt sehen würde, selber als eine unsittliche, unmenschliche Handlung bestrafen müßte.

Aus der Inhaftirung des Verbrechers erwächst weder dem Geschädigten noch der Staatsgemeinschaft ein materieller Vortheil. Auch der ideelle ist kein unbedingter, denn das nackte Rachegefühl ist eine Entartung des gesunden Rechtsgefühls; ersteres schießt über das Ziel hinaus. Einen Rache-akt, nicht aber einen Rechtsakt (right — aufrichten — in die frühere Richtung bringen = Recht) muß man es doch nennen, wenn der Staat bei der Sühnung einer Rechts-

verletzung nur danach trachtet, nicht, wie er das Recht wiederherstelle, nein, wie er den Verbrecher nur seines Verbrechens nicht froh werden lasse, wie er um einer social schädlich angeborenen oder anerzogenen Seite seines Charakters willen das ganze Geistesleben des Unglücklichen systematisch austrocknet. Das verletzte öffentliche Rechtsgefühl erlangt allerdings durch die Inhaftirung des Schuldigen eine augenblickliche Befriedigung, aber es hat sich oft gezeigt, daß das Unmenschliche der Gefangenhaltung, deren Unnatürlichkeit unser sentimentales Geschlecht gegenüber dem Gethier zu predigen versucht ist, nach Abkühlung der ersten Erregung dem Volke eher eine Unruhe, ein Mißbehagen, ein Mitleiden und daher eine Verwirrung des Rechtsgefühls erzeugt, als eine dauernde Befriedigung.

Selbst für den Verbrecher wird nur in Ausnahmefällen durch jahrelange Entziehung des eigenen Willens etwas erreicht, wenn es nämlich glückt, ihm jeden Grad von Selbstständigkeit zu nehmen, und er moralisch vernichtet nach jahrelanger Haft der Gesellschaft zurückgegeben wird, ohne jedoch als Gottverfluchter bei ihr Aufnahme zu finden, gar nicht von denen zu reden, die zu 10—15jährigem oder gar lebenslänglichem Kerker verurtheilt als sociale Halb- und Ganz-Invaliden vom Staate erhalten werden, meist während der Jahre der größten Expansionskraft, der fruchtbarsten Lebensperiode des Individuums.

Die Deutsche Strafgesetzgebung ist mit Rücksicht auf ihre Vollziehung ohne kulturellen Werth, ja kulturfeindlich. Ihr Grundsatz ist: „Jedem sein Unrecht“, aber nicht: „Jedem sein Recht“. Nicht das Unrecht hat aber, wie Hegel will, ein Recht auf die Strafe, sondern das verletzte Recht hat ein Recht auf Wiederherstellung.

Ihre sociale Bedeutung ist eine unzureichende — sie bietet auf längere oder kürzere Zeit die Wahrscheinlichkeit, daß während der Haftzeit der Verbrecher die gesellschaftsfeindlichen Regungen nicht bethätigen kann.

Ihr strafrechtlicher Charakter der Wiederherstellung der gestörten Rechtsordnung ist so gut wie gar nicht vorhanden. Das St.-G.-B. bestimmt eine Buße nur bei einigen wenigen Fällen: üble Nachrede, Verleumdung, Körperverletzung, Nachdruck. Abgesehen hiervon wird der Geschädigte in keiner Weise entschädigt, man müßte denn die Befriedigung seiner Rache als genügende Entschädigung für den Verlust von Haus und Hof, Gut und Leben ansehen. Wo bleibt da die eigentliche Seele des Strafrechtes, die strafrechtlich erzwungene Wiederherstellung der gestörten Rechtsordnung? — (Vergl. dazu J. U. Wirth's strafr. Theorie, nach welcher Gerechtigkeit die objektive Aufhebung des Verbrechens ist.)

Da bringen einige Strafrechtslehrer mit den Worten „Abschreckung" und „Besserung" unglaubliche Verwirrung in jede natürliche Theorie hinein. Sie glauben, wenn ein Individuum dolos oder culpos ein bestehendes Recht verletzt hat, so sei vor Allem nicht etwa auf die Wiederherstellung des Rechts, sondern darauf zu sehen, daß in Zukunft eine ähnliche Verletzung unterbleibe. Die härteste Qual dünkt ihnen nicht groß genug, um den Verbrecher zum Märtyrer für die Zukunft zu stempeln. Sie schlagen den Verbrecher nicht quia peccavit, sed ne peccetur. Juristisch ausgedrückt, sie strafen die zukünftige Absicht Verbrechen zu verüben an dem zufällig sich darbietenden augenblicklichen Verbrecher. Dies bedeutet aber eine grobe Ungerechtigkeit; denn Niemand züchtigt einen Menschen deshalb grausamer, weil er Andere damit meint.

Ebenso verhält es sich mit der sog. Besserungstheorie derer, die ein Recht zu haben glauben, einen Menschen der gänzlichen Unmündigkeit anheimzugeben, weil er durch eine Handlung das Rechtsbewußtsein der Mehrheit verletzt hat. Nicht bei dem Verbrecher, der seine fehlerhafte Erziehung leider schon bethätigt hat, sondern bei denen, die zu Verbrechern werden können, soll die Erziehung einwirken, dann aber auch bei Allen in gleicher Weise, nicht nur bei denen,

deren fehlerhafte Gesinnung sich dann und wann nach Außen hin äußert, sondern besonders auch bei denen, welche durch Privilegien und Schlauheit bisher die Netze der Gesetze zu umflattern verstanden.

Berner hat folgende Anforderungen an eine gute Strafvollstreckung gestellt:

1. Sie darf nicht verunsittlichen.
2. Sie muß ein empfindliches Uebel sein (darf nicht begehrenswerth erscheinen).
3. Sie muß so weit als möglich auf die verschiedensten Personen gleichmäßig wirken.
4. Sie muß im Verhältniß der größeren Schuld härter wirken.
5. Sie muß abschätzbar und theilbar sein.
6. Sie muß sich soweit als möglich auf die Person des Schuldigen beschränken.
7. Sie muß widerruflich und so weit als möglich wieder gut zu machen sein.

Die Deutsche Strafgesetz-Vollziehung entspricht diesen Forderungen in mehr als einer Beziehung nicht:

1. Sie verunsittlicht, indem sie den Verbrecher geistig ausdörrt, körperlich durch Entziehung von Luft, Bewegung, individuell zuträglicher Nahrung u. a. herunterbringt.
2. Sie ist bekanntlich für manchen Vagabunden kein empfindliches Uebel, wird vielmehr in Zeiten rauher Witterung und Ernährungsträgheit als ein willkommenes Surrogat des Lebens entgegengenommen, um dessen willen das Individuum das Verbrechen sogar erst begeht.
3. Sie wirkt nicht gleichmäßig, indem die Entziehung der Freiheit eigentlich nur die an Freiheit Gewöhnten, die Gebildeten, hart trifft, ebenso wie das damit verbundene ehrenrührige Moment

4. Sie wirkt bei einer großen Zahl quantitativ, aber nicht qualitativ, durch die Zeit, aber nicht durch die Art der Freiheitsentziehung. Sie unterscheidet zwar zwischen Uebertretungen, Vergehen und Verbrechen, bringt aber die große Zahl der so verschiedenartigen Verbrechen, wie man so sagt, unter einen Hut.
5. Sie beschränkt sich nicht auf die Person des Schuldigen, nein, trifft dessen Familie durch Entziehung des Ernährers härter als den Verbrecher selbst, der auf Staatskosten gespeist wird, trifft auch die Staatsgesellschaft, welche für die Kosten aufkommen muß, besonders hart, so daß kleine Gemeinden, wie man oft zu hören bekommt, nur der Ersparnisse halber Vagabunden nicht inhaftiren.

Das deutsche Reich zählte im Jahre 1871: 6403 von Schwurgerichten verurtheilte Personen, 1877 aber schon 12 804, so daß die Steigerung in diesen wenigen Jahren 100 pCt. beträgt.

Die Zahl der in den Straf- und Gefangenanstalten Preußens Detinirten betrug:

1871:	68 006	1874:	86 236
1872:	76 532	1875:	89 716
1873:	79 003	1876:	101 952

An Verpflegungskosten wird nach dem Tarif vom 15. Nov. 1875 täglich 0,70 Mk., im Winter 0,85 Mk. gezahlt, also mindestens ebenso viel bei freier Wohnung, Heizung und Licht, als der Tagelöhner in Schlesien für alle Bedürfnisse seiner ganzen Familie erarbeitet.

Bei Deportation werden die Erhaltungskosten von Roscher unbedingt, von Holzendorf nur bedingt als geringere angegeben; sie verzinsen sich unter allen Umständen für den Staat und die Menschheit, während die bisher im Mutterlande ausgegebenen Geldsummen durch das Individuum

glatt hindurchgingen, höchstens daß noch durch die Zuchthausarbeit eine unnatürliche, ungesunde Konkurrenz für die natürliche Handarbeit geschaffen wurde.

6. Sie läßt in keiner Weise eine Restitution zu, nachdem der Körper und besonders der Geist des jahrelang Inhaftirten zerrüttet ist.

Die Deportation, glaube ich, würde zur Reorganisation unserer Strafvollstreckung beitragen:

1. Sie verunsittlicht nicht, sondern stellt die straffälligen Glieder der Gesellschaft vielmehr in den Dienst zurückgebliebener Kulturländer, sühnt so gewissermaßen den verletzten Kulturgedanken und ermöglicht daneben eine Wiederherstellung der Rechtsordnung sogar nach der wirthschaftlichen Seite hin.
2. Sie trifft Gebildete und Ungebildete gleich schwer, weil ihr Wesen gezwungene Arbeit ohne deren volle Nutznießung und dazu fern von der Heimat ist, ohne jedoch an die eigentliche menschliche Würde und menschliche Entwicklung zu rühren.
4. Sie läßt eine tiefere Unterscheidung der Verbrechen zu, berücksichtigt die Individualität derselben und vermag sogar durch gute Organisation die Verbrecher der Gesellschaft in höherem Sinne wiederzugewinnen, indem sie der hervortretenden Neigung, die an sich berechtigt und nur durch sociale Konfigurationen unzulässig geworden ist, die Voraussetzungen zum Verbrechen entzieht und die ausgeprägten Charakterzüge auf ein sittliches Gebiet hinüberleitet, auf dem der Dieb zum Erwerbslustigen, der Mörder zum Kriegerischen wird u. ähnl.
5. Sie ist für größere Verbrechen leichter abschätzbar und theilbar, schon um des eben Erwähnten willen.
6. Sie beschränkt sich, abgesehen von den der Staatsgesellschaft erwachsenden geringeren Kosten, die sie

gleichsam als Sühne dafür hinterlegt, daß sie ein Glied so verwahrlosen ließ, auf die Person des Schuldigen, der seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit verdient. Da dem Sträflinge es unbenommen bleibt, seine Familie mit hinüberzunehmen, wenn diese sich freiwillig entschließt, zur Erneuerung seines sittlichen Lebens mit beizutragen und Freud und Leid mit ihm zu theilen, ist jedenfalls die Möglichkeit, sogar die Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Deportirte für die weitere Erhaltung seiner Familie selbst eintritt.

7. Sie läßt in letzter Linie eine restitutio in integrum leichter zu, da durch Deportationsarbeit allein kein Verbrecher an Körper oder Geist geschädigt wird, im Gegentheil für Manchen wird die Gewöhnung an Arbeit unter ganz fremdartigen Verhältnissen eine ganz gute Mitgift und nicht ganz unglückliche Erinnerung sein. Erhält nun der unschuldig Verurtheilte noch seine Kulturarbeit in Landbesitz und seine Arbeitsleistungen in vollem Geldwerth zur Entschädigung, so bleibt gewiß noch Manches nicht ersetzt, aber er hat doch wenigstens gelebt und gestrebt und nicht umsonst.

Deportation würde ich verlangen als Strafe für die meisten Vergehen und Verbrechen, besonders im Rückfalle (die rückfälligen Verbrecher finden sich bis zu 80% vor, was weder für den Besserungszweck noch für den Abschreckungszweck unseres Strafrechtes spricht). Nach der Art der Freiheitsbeschränkung, dem verschiedenen Klima und den verschiedenen Bodenarten würde ich die Strafkolonisten in folgende Rubriken eintheilen:

A. Gruppe der so zu sagen Staatsverbrecher, die sich

an der Idee des Staates versündigt haben, ohne an sich unmoralisch zu sein:

1. Beleidigung des Landesherrn und der Bundesfürsten
2. Feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten.
3. Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte.
4. Widerstand gegen die Staatsgewalt.
5. Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung.
6. Verbrechen und Vergehen im Amte.
7. Vergehen, welche sich auf die Religion beziehen.

Diese Gruppe, die der Staat nur um seiner selbst willen strafen muß, wird billigerweise die mildeste Art von Deportation in Anspruch nehmen, wenig mehr als Verbannung, etwa nach Art des Römischen Exils. Gemäßigtes Klima, persönliche volle Freiheit des Lebens und der Beschäftigung, leichte Ueberwachung mehr als Kontrolle, leichte Erwerbsbedingungen u. dergl. Doch bemerke ich hier wie im Folgenden, daß die Anordnung nicht ganz zutreffend ist, da die Systematisirung des Str.-G.-B. vielfach eine unmögliche ist.

B. Diese Gruppe umfaßt alle die kleinen und großen unverbesserlichen Sünder an der wirthschaftlichen Ordnung.

1. Diebstahl und Unterschlagung.
2. Begünstigung und Hehlerei.
3. Betrug und Untreue.
4. Falsche Anschuldigung.
5. Urkundenfälschung.
6. Bankerutt.
7. Strafbarer Eigennutz und Verletzung fremder Geheimnisse.
8. Sachbeschädigung.
9. Münzverbrechen und Münzvergehen.
10. Verbrechen und Vergehen in Bezug auf den Personenstand.

Die angeführten Verbrecher bedürfen zumeist nur der Entziehung der Gelegenheit und lohnender Arbeit, um der

Gesellschaft wiedergewonnen zu werden. Wo Lebensmittel reichlich vorhanden, fehlt der Trieb zu Verbrechen, die ihre Wurzel in der Gewinnsucht haben. Daher beschränkte Freiheit — gemäßigtes Klima — bei leichter Arbeit ausreichender Lebensunterhalt.

C. Die ganze Klasse der gesellschaftlich Infamen:

1. Meineid.
2. Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit,
3. „ „ „ „ das Leben,
4. „ „ „ „ d. persönl. Freiheit.
5. Körperverletzung.
6. Raub und Erpressung.
7. Hochverrath und Landesverrath.

Diese Klasse, die eine gewisse kulturfeindliche Verhärtung des Gemüthes bewiesen hat, bedarf strenger Beaufsichtigung und schwerer Arbeit, die allein den Trotz zu brechen vermag. Sie können ihr Verbrechen nicht wie die Kategorie B durch fleißige Arbeit sühnen, sie müssen an der ganzen Kulturidee den Ausgleich suchen. Es ist gleichsam der letzte Versuch der menschlichen Gesellschaft, eine Krisis in ihrem Innern herbeizuführen, ein Versuch, der das Individuum zwar gefährdet, aber wenn es ihn übersteht, so kräftig durchgerüttelt hat, daß sogar der Verbrecher an Leib und Leben wieder die Achtung der Gesellschaft erzwingt. Daher Gegenden, die sonst ungern von der Kultur berührt werden, sogar in den Tropen, wenn es sein muß. Mühsamer Boden. Persönlich sind sie ganz unfrei.

Es lassen sich auch die drei Gruppen erfolgreich mischen, doch muß dabei immer das rechte Verhältniß gewahrt werden, in dem Jeder Gelegenheit hat, sich geltend zu machen, und Keiner erstickt wird. An Stelle der lokalen Unterscheidung träte dann bei den Besserungsfähigen eine Berufs- und Standesunterscheidung.

Die Deportation an sich und ihre Unannehmlichkeiten für das verbrecherische Individuum sind als Sühne für den verletzten Rechtsgedanken und für das gestörte Gleichgewicht der Staatsgesellschaft zu betrachten, die mit Nothwendigkeit das Verbrechen bestraft sehen muß. Nebenher geht die Sühne für den speciell Geschädigten, indem Gruppe A durch Hinaustragen der nationalen Kultur in das Ausland ihre Schuld an dem Staatsgedanken quitt macht, Gruppe C durch Pionierarbeit als Vorkämpfer der Kultur unter rauhem Klima und auf ungünstigem Boden die menschliche Entwicklung fördern hilft, die sie vorher aufgehalten hat, und Gruppe B, indem sie nach bestimmten Voraussetzungen so lange gezwungen ist, auf der Strafkolonie zu arbeiten, bis sie aus dem Ertrag ihrer Arbeit dem Geschädigten seinen Schaden voll und ganz ersetzt hat; denn Geld ist aufgespeicherte Arbeit, Diebstahl folglich gestohlene Arbeit, die am natürlichsten durch Zwangsarbeit wieder ersetzt wird. Der gewissenhafte Staat wird den Geschädigten nicht so lange warten lassen. Er ist zum augenblicklichen Ersatz verpflichtet, denn er soll über die Rechtsordnung wachen und ist daher für jeden Rechtsbruch zunächst verantwortlich. Es ist seine Sache, polizeilich und kultivatorisch derartigen Störungen vorzubeugen, und bleibt es ihm unbenommen, sich wegen der Entschädigung an die Person des Schuldigen zu halten. Bei Aufruhr haftet bereits der Staat, resp. die Stadtgemeinde in diesem Sinne für dadurch verursachten Schaden.

Eine Strafkolonie bedarf natürlich der gehörigen Aufsicht, Verwaltung und eines ausreichenden Militär-Detachements, sowie eines freien aber kontrollirten und begrenzten Zuflusses von Handwerkern 2c. Zweckmäßig wird es sein, Konventionen mit den angrenzenden Ländern zu schließen über Auslieferung der deportati und Grenzkontrollen. Was den Verwaltungskörper angeht, so kann dieser (Steuererheber u. dergl.) zum Theil von den Deportirten selbst leistungsmäßig ergänzt werden. Für Seelsorge, Schulwesen, gemein-

nützige Institute sorgt der vom Staate ernannte Gouverneur oder aber, und das ist vorzuziehen, Gesellschaften für innere Mission. Als Militärschutz dürfte sich eine Art Militär-kolonisation mit Linien- und Landwehrcharakter und nach dem Vorbilde der Militärgrenzen zweckmäßig erweisen. Den Freiwilligen müßten neben kostenfreier Ansiedlung und Privilegien, falls sie auch nach ihrer Dienstzeit ihr Grund-stück weiter bewirthschaften wollen, noch sonstwie Vortheile in Aussicht gestellt werden, um deren willen sie den etwas schwierigen Posten als eine Art Auszeichnung sogar wünschen.

In welcher Weise an die detaillirte Ausführung des Deportationsgedankens gegangen werden kann, werde ich an anderer Stelle darlegen. Mir kam es jetzt nur darauf an, auf die Dringlichkeit der ganzen Frage und auf ihre Möglich-keit hinzuweisen. Die Regierung würde wohl thun, das Interesse für diese wichtige Frage auch in weiteren Kreisen etwa durch eine Preisfrage für darauf hinzielende Vorschläge zu wecken. Der an sich selbst Laien sehr interessante Stoff dürfte einer eifrigen Polemik und daraus resultirenden ge-mäßigten Fassung nicht entbehren.

Die kulturelle Bedeutung, der sociale Werth und der strafrechtliche Charakter der Deportation hat sich in der englischen und russischen Strafkolonisation bewährt. Portugal, Spanien, Chile, Peru, Brasilien und China bieten, wie Holzendorf sagt, mehr Curiosa als wissenschaftliches Material da ihre Deportationsorte weiter nichts als Naturkerker sind, die aus Bequemlichkeitsgründen den inländischen Gefängnissen vorgezogen werden. Frankreich rangirt zwischen beiden Kategorien.

Der Gedanke der Deportation ist in Preußen schon Anfangs dieses Jahrhunderts aufgetaucht. Man hat mit den Seemächten darüber verhandelt und schließlich mit Rußland einen Vertrag wegen Ueberführung schwerer Verbrecher nach Sibirien geschlossen, darauf bezieht sich die Kabinetsordre vom 28. Februar 1801. „Die Deportation soll ein Mittel

sein gegen inkorrigible Böſewichter und eine Polizeimaßregel gegen ſolche Verbrecher, welche um deswillen aus dem Lande geſchafft werden müſſen, weil ſie der allgemeinen Sicherheit gefährlich geworden" 2c. In ähnlichem Sinne entſtand das Vagabunden-Sibirien im Kreiſe Oletzko.

Als Deportations-Gegenden ſind vorgeſchlagen: Nord-patagonien, Centralamerika, die Inſelgruppen öſtlich von Neu-Guinea, die Falklands Islands, Chiloe, Weſtafrika, Centralafrika u. a. die Erwerbung der Einen oder der Andern durch Kauf (St. Thomas) iſt nicht ausgeſchloſſen, da durch ſolche Koloniſation keinem fremden Staate Grund zum Mißtrauen gegeben wird.

Zum Schluſſe möchte ich noch an die ſchönen Worte Holzendorfs erinnern, die ſich in ſeiner Vorrede zu „Deportation als Strafmittel" finden:

„Die engliſchen Transporte beweiſen, wie die für unbrauchbar gehaltenen Granitmaſſen verbrecheriſcher Bevölkerungsbeſtandtheile ſo weit verwittern können, daß eine reiche Kultur auf ihnen Wurzel ſchlägt. Sie beweiſen für den unberechenbaren Einfluß, den die Staatswirthſchafts-Verhältniſſe auf den Zuſtand öffentlicher Geſittung ausüben, ſie deuten an, wie wenig der unmittelbare Strafzwang als Forderung der Gerechtigkeit für die Verwirklichung der relativen Strafzwecke zu leiſten vermag."

VI.

Handelskolonisation.

Es hat etwas Verführerisches, wenn man aus der Handelsstatistik ersieht, daß der englische Handel mit Indien größere Ziffern aufweist als unser gesammter Seehandel, verführerisch insofern, als es uns treiben könnte, Englands Handelspolitik nachzuahmen, ohne auf unsere wesentlich verschiedene Machtstellung Rücksicht zu nehmen. Ob die englische Handelskolonisationspolitik überhaupt in gerader Linie auf den letzten Staatszweck hinsteuert, wage ich nicht zu entscheiden; ohne Zweifel weisen solche Handelsstaaten äußerlich eine scheinbar unerschütterliche Festigkeit, Solidität auf, da sie gleichsam mit ebensovielen Füßen auf ihren Handelskolonien wurzeln, es ist aber etwas Anderes, ob man das auf einem einzigen Felsengrund errichtete Haus nicht besser fundirt hält als ein von tausend Stützen getragenes Prachtgebäude.

Deutschland ist, ich möchte sagen glücklicherweise, eine Kontinentalmacht. Seine Handelskolonisationspolitik wird darum eine andere sein als die der Handels- und See-Staaten ersten Ranges.

Wir sind nicht im Stande unsern Bedarf an Rohstoffen im Inlande zu beschaffen oder durch Rohstoff-Ueberschüsse mit dem Auslande auszutauschen. Eine stark überproducirende Industrie soll den Ausfall an Rohprodukten decken. Dauernde unanfechtbare Absatzgebiete für unsere Industrie sind dadurch für uns gerade so nothwendig geworden, als der Grund und Boden unseres Staates, ja sie treten ergänzend und fast gleichberechtigt neben diesen.

Man wird gerechter Weise die Ansprüche an unsern Handel nicht höher stellen, als daß er unter gleichem Licht

und bei gleicher Luft wie seine Konkurrenten sich dieser erwehre. Die Abwesenheit dieser Voraussetzungen gab unserm Handel besonders in der verschärften allgemeinen Mitbewerbung des letzten Jahrzehnts einen Zug nervöser Unruhe, in der er aber doch seine Elasticität und damit die Fähigkeit, unter günstigeren Verhältnissen wirklich Großes zu leisten, glänzend erwies. Fast auf allen Punkten der Erde war er bemüht, sich neben den älteren und stärkeren Genossen ein eigenes Wirthschaftsgebiet zu sichern, nur fehlte ihm die dauerhafte Kraft und die kecke Zuversicht anf die eigene Leistungsfähigkeit und auf das hinter ihm stehende Mutterland. Sobald sich eine andere Nation mit gesammelter Energie zur Wieder- und Neugewinnung einer solchen Position anschickte, schien seine Herrschaft plötzlich in sich zusammenzuschmelzen. Er hielt gleichsam nur im Vorpostengefecht und bis zum Auffahren des schweren Geschützes Stand. So ward dem Aufsteigen unseres Ostasiatischen Handels ein plötzliches Halt geboten, so scheint jetzt die Entwicklung des Deutschen Südseehandels zu stocken, und man kann nicht mit Bestimmtyeit behaupten, daß der jetzt so ergiebige Boden Centralamerikas und Südamerikas uns auch in Zukunft offen bleiben wird. Der Grund zu dieser auffallenden Erscheinung lag theilweise wohl in dem größeren Kapitalbesitz und der geschäftsmäßigen Routine besonders der englischen Konkurrenz. Einen Theil der Schuld schiebt man mit Recht auf den mangelnden nationalen Sinn unserer (hanseatischen) Kaufmannschaft, die mit traditonell gewordenen Rücksichten auch in einer grundverschiedenen Epoche des Welthandels auszukommen glaubt, und weil sie noch kein rechtes Vertrauen zu dem neuen Reich gefaßt, sich weder zur Koncentrirung ihrer Kräfte auf einen Punkt, noch durch Okkupation noch nicht umworbener Wirthschaftsgebiete zu nationaler Handelspolitik entschließen und sich den unvergleichlichen Vortheil des ersten Besitzes zu sichern verstand. Vielmehr nehmen die Kolonien fremder Staaten, wo nicht diese selbst, die größere

Bedeutung für unseren Außenhandel in Anspruch, dessen Gedeihen dadurch in besorgnißerregender Weise von Zoll- und Tarif-Maßregeln abhängig wird, die außer unserer Machtsphäre liegen; mehr als einmal wurden die auf Stärkung unserer nationalen Wirthschaft gerichteten Bestrebungen der Reichsregierung durch solche Rücksichten gehemmt, die ihr obendrein schon an unserem am prinzipiellen Freihandel interessirten Kaufmannstand die bitterste und am schwersten zu verwindende Gegnerschaft erweckten. Die öffentliche Meinung wurde durch diese Beobachtungen an dem richtigen Verständniß der Wichtigkeit des Handels als Faktor der Nationalwirthschaft irre, und das Ausland gewöhnte sich an den Gedanken, in dem Deutschen Handel eine auf ihre Kosten hier und da wuchernde Schmarotzerpflanze zu sehen.

Als den entscheidendsten Grund muß man aber die lange Zeit in den maßgebenden Kreisen bethätigte Abneigung gegen eine feste nationale Handelspolitik anführen, die erst in den letzten Jahren einer tieferen Auffassung unserer Exportinteressen Platz gemacht hat.

Was dem englischen Handel jene dreiste Unternehmungslust giebt, ist neben seiner Geldkraft vor Allem die Ueberzeugung, daß ihm die Flagge seines Staates schnell folgen wird, und daß zum wenigsten die neuen „britischen Interessen“ jeden politischen Uebergriff fremder Staaten ausschließen werden.

In unserer heutigen politischen Situation sind wir unvermögend, ohne unverhältnißmäßige Nachtheile für die Freiheit unserer Politik und unsere Steuer- sowie Militär-Kraft dem Beispiele Englands, Hollands und Frankreichs in der Annektion überseeischer Handelsgebiete zu folgen. Unsere Bemühung muß also dahin gehen, wie wir unserem Handel die Vortheile, die durch Annektion erworben werden, schaffen, ohne unserem Staate die Nachtheile zuzuziehen, die durch jene verursacht werden.

Wir unterscheiden drei Klassen von überseeischen Wirth-

schaftsgebieten, von denen jede in anderer Weise die Aufmerksamkeit der Reichsregierung in Anspruch nimmt.

1. Selbstständig-lebensfähige Staaten (Nordamerikanische Union, Canada, Australien, das „Großbritannien der Südsee", wie es J. Sturz nennt, Kapland).
2. Selbstständige aber bedrohte Staaten (Brasilien und die Republiken Central- und Südamerikas, Aegypten, Marokko, China, Japan, und alle übrigen Nationalitäten mit fremdartiger Racenkultur).
3. Unselbstständige Wirthschaftsgebiete (Südsee und Afrika).

Unser Verhältniß zu den selbstständigen und lebensfähigen überseeischen Staaten unterscheidet sich nicht von dem zu den Europäischen Staaten, und unser Handel bedarf bei den geordneten Verhältnissen daselbst keiner weiteren Förderung als zweckmäßiger konsularischer Vertretung, theilweiser Subventionirung von Dampferlinien und geeigneter Zoll- und Tarif-Verträge.

Wesentlich anders stehen wir der zweiten Gruppe gegenüber. Aeußerlich selbstständig, im günstigsten Fall auch innerlich leidlich geordnet, dabei von geringer Expansionskraft, ziehen diese Staaten die Aufmerksamkeit der Kulturvölker nach mehr als einer Richtung auf sich. Sie sind die Eldorados jeder Wirthschaftspolitik und besonders der Seemächte zweiten Ranges, die dort eine hinreichende Ordnung und keinen erdrückenden Einfluß Seitens der Seemächte ersten Ranges antreffen. Auf der anderen Seite bietet die verhältnißmäßige wirthschaftliche Inferiorität für die heimische Industrie überproducirenden Staaten großen und gut lohnenden Absatz, und die Kapitalien finden den höchsten Zinsfuß. Man wird es verstehen, wenn ich unsere Handelspolitik schon hier gegenüber den monopolartigen Herrschaftsgelüsten der Handelsnationen als eine Politik des Lebens charakterisire. Unser Vortheil ist es, alle selbstständigen Staaten auch selbstständig zu erhalten, vorausgesetzt, daß sie sich nicht gegen

unseren Handel abschließen. Wir werden so die natürlichen Verbündeten aller schwachen Völker. China nimmt augenblicklich am meisten unser Interesse in Anspruch. In China und Japan stoßen die Interessen aller handeltreibenden Völker zusammen, und das Gefühl, daß dort, wo der vierte Theil der Erdbevölkerung zusammengedrängt wohnt, die mongolische Race, die mit ihrer Genügsamkeit, Ausdauer, jüdisch zugespitztem Erwerbssinn und jüdisch mangelnder idealer Lebensanschauung, mit ihrem nationalen Konservativismus und kosmopolitischer Fruchtbarkeit vielleicht einmal bestimmt ist als ein freies Element die Mission der unfreien Neger für die ganze Welt zu übernehmen, daß dort mit dem kräftigeren Eindringen der Europäischen Kultur einmal die Lösung der wichtigsten Probleme ruhen wird, die jetzt die Welt in Unruhe versetzen, treibt England, Frankreich, Rußland, Amerika und Deutschland schon jetzt mit zwingender Gewalt dem Ostasiatischen Völkerbecken zu. Nach der Eröffnung des Panama-Kanals wird dem natürlichen Uebergewicht des Nord-Amerikanischen Westens und Rußlands durch England erfolgreich das Gleichgewicht gehalten, während Frankreich von Hinterindien aus als vierter Mitbewerber hinzutritt. Dies schafft uns, denen allein China Mißtrauen und Besorgniß für seine politische Selbstständigkeit nicht entgegenbringen kann, die überaus wichtige Stellung jeder vermittelnden Macht. Dasselbe Interesse, was uns bewegen wird, die übermächtige Beeinflussung oder gar Bedrohung eines für uns so werthvollen Wirthschaftsgebietes durch eine der Großmächte zurückzuweisen, wird dann China und Japan zwingen, den Deutschen Handel, den Deutschen Einfluß im Lande soweit erstarken zu lassen, daß es mit seiner Hülfe den nicht ebenso maßvollen Bestrebungen interessirter Staaten fest entgegenzutreten vermag (cf. unsere Stellung zu der Türkei).

Wenn China und Japan schon jetzt unsere Werften, unsere Eisenwerke beschäftigen, wenn sie jährlich eine Anzahl

tüchtiger junger Leute in das preußische Deutschland schicken, so sind es gewiß zum großen Theil sachliche, daneben aber auch politische Rücksichten wie bei der Türkei, das gerade uns zur Reorganisation von Heer und Verwaltung heranzieht.

Die Reichsregierung kann unser natürliches Verhältniß zu den selbstständigen aber bedrohten Staaten, soweit allgemeine politische Rücksichten nicht dagegen sprechen (Marokko, Madagaskar, Aegypten), innerlich und äußerlich noch mehr festigen, äußerlich durch Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Verträge mit den betreffenden Staaten (Liberia 1867, China 1870, Japan 1869, Mexiko 1883, Salvador 1870, Persien 1873), innerlich durch Begünstigung unseres Handels und unserer Rhederei nach diesen Ländern bis zu dem Grade, daß die Handelsstaaten unsere berechtigten Interessen daselbst nicht ohne Weiteres übersehen können (cf. die dem Reichstage im Mai 1881 von den verbündeten Regierungen vorgelegte Kundgebung ihrer Handelspolitik.)

Wir kommen nunmehr zu den eigentlichen Kolonialgebieten, d. h. zu denjenigen Ländern, welche einer ausreichenden staatlichen Ordnung zum Schutze unseres Handels entbehren und bestimmt sind, entweder durch die Europäischen Kulturstaaten nach und nach zu politischer Selbstständigkeit heraufgezogen, oder aber, wenn sie die Kraft zu selbstständiger Entwickelung nicht mehr in sich tragen, von diesen annektirt zu werden. Für unsere Politik kommen dafür die Südseeinseln und fast der ganze Afrikanische Kontinent in Betracht.

Es ist bisher in der Politik der alten Handelsstaaten üblich gewesen solche Gebiete als „Handelskolonien" kurzweg zu annektiren, sobald es sich nur irgendwie durch List oder Gewalt ermöglichen ließ. Der Zweck solcher Annektion war in den meisten Fällen ein rein prohibitiver; hatte man ein anscheinend ergiebiges Wirthschaftsgebiet aufgefunden, so sicherte man sich dessen monopolhafte Ausbeutung, indem man die Hoheitsrechte auf dem Territorium ausübte und dadurch fremden Nationen den Zugang verwehrte. Bisweilen war

es auch nur die Sucht nach Gebietserweiterung, die zu Annektionen trieb. Noch heute finden sich Analoga. In der Neuzeit erst macht sich das Bestreben mehr geltend, ungeordnete Länder als Kolonien zu ordnen und für das Mutterland fruchtbar zu machen. Wenn wir Handelskolonien erwerben wollten und zwar durch Annektion geeigneter Inseln und Länder, so dürften uns etwa folgende Erwägungen leiten:

1. Da wir aus Erfahrung wissen, daß uns durch die Okkupation Seitens eines fremden Staates bisher behauptete Wirthschaftsgebiete oder noch zu erschließende verloren gehen, annektiren wir lieber selber und lassen andere Staaten den Nachtheil davon haben. (cf. Fidschi-Inseln).
2. Unsere Handelsunternehmungen haben nicht immer den nöthigen Schutz finden können, da durch unsere Flotte das Leben und Eigenthum unserer Landsleute nicht ausreichend, besonders weiter im Lande, geschützt werden konnten. Eine Annektion würde aber nicht nur ein Handelsgebiet sichern, sondern dasselbe auch fördern und zwar deshalb, weil erst dann Anlagen, die größere Arbeit und Kapitalaufwand erfordern, möglich sind. Aus dem bisherigen Handelsbezirk würde eine Plantagenkolonie, die unserem Handel erst Festigkeit verleihen und die bisherige Bedürfnißlosigkeit der Eingeborenen zur Arbeit (cf. van der Bosch) umgestalten würde, so daß unserer Industrie nicht nur ein dauerndes sondern ein stetig wachsendes Absatzfeld erschlossen wird. Ebenso ist das ausgedehnte Kreditgeben, ohne welches kein Handelsverkehr mit Eingeborenen auskommen kann, erst unter den gesicherten Zuständen einer europäischen Regierung ohne Gefahr für seine Solidität möglich. Neben den materiellen Vortheilen erwächst aber für unseren Handel eine ganze Reihe von ideellen: innere Festigkeit, Dreistigkeit, Selbstachtung, nationaler Sinn, kurz

Alles dasjenige, dessen bisheriger Mangel von mir oben hervorgehoben und schon so vielfach beklagt ist.

3. Die Annektion eines ungeordneten Wirthschaftsgebietes bringt dem Staate direkte Vortheile. Die jüngeren Söhne und die Streber finden in der Kolonial-Verwaltung ein Unterkommen, und es bietet sich für den Staat eine Gelegenheit, überschüssige geistige Kraft abzuleiten. Seine Weltstellung gewinnt durch den Besitz von Kolonien an Umfang, und der Gesichtskreis der Nation erweitert sich über die Staatsgrenzen hinaus. Ja er hat die glückliche Gelegenheit, eine sittliche Pflicht zu erfüllen. Wer nicht auf dem Gebiete der überseeischen Kultivation wie auf jedem anderen einen eigenthümlichen Beitrag giebt, verliert auch moralisch das Recht, an den materiellen Vortheilen derselben Theil zu nehmen; wir würden es England oder Holland nicht zum Vorwurf machen können, wenn sie eines Tages in Indien oder auf Java die Frucht ihrer Kämpfe und Kosten allein einzuernten beschlössen. Es ist auch geradezu eine Pflicht für den Staat, weder seine Angehörigen durch Eingeborne (wie in Damaraland) mißhandeln, noch die Letzteren durch diese bis zur Vernichtung ausbeuten zu lassen; sei es auch nur, um nicht einem andern Staat den erwünschten Vorwand zur Intervention zu geben oder gar seine eigenen Angehörigen zur Anrufung derselben aller nationalen Gesinnung zum Trotz um ihrer persönlichen Sicherheit willen zu zwingen (Unterstützung der englischen Okkupation in Egypten durch sämmtliche Europäer).

4. Endlich könnten selbst Rücksichten der inneren socialen Politik hier in Betracht kommen. Wenn die Anhäufung großer Reichthümer in einzelnen Händen nicht ohne Weiteres als ein gleichwerthiger nationaler Gewinn zu rechnen ist, so wird grade die politische

Besitznahme überseeischer Gebiete, die auch dem mittleren Kapital eine gewisse Sicherheit der Anlage gewährt, dazu beitragen, diese Vortheile gleichmäßiger über weitere Kreise der Nation zu vertheilen, während andrerseits das allein dem Risiko selbstständiger kolonialer Unternehmungen gewachsene Großkapital dort seinen Abstand von diesem leicht ins Maßlose vergrößert; für Deutschland handelt es sich überdies darum, durch Heranziehung des binnenländischen Kapitals (wie einst in den Zeiten der Hansa) das Uebergewicht der natürlichen Seestaaten einigermaßen auszugleichen.

Diese und andere Gründe könnten uns bestimmen Gebiet zu Handelskolonien zu annektiren. „Und in der That würde Deutschland nach dem Recht, welches mit der ersten Erforschung eines Landes verknüpft zu werden pflegt, die ganze Westhälfte von Nordafrika als sein Eigenthum beanspruchen dürfen. Südlich vom Aequator haben deutsche Reisende seit Jahren jene reichen und wohlbewässerten Landstriche erforscht, welche zwischen den portugiesischen Besitzungen und den oberen Zuflüssen des Congo liegen. Erst jüngst hörten wir ja, daß Dr. Wißmann quer durch den Kontinent nach Zanzibar marschirt sei. Während drei oder vier Jahren hat sich eine Deutsche Reisegesellschaft etwa halbwegs zwischen Zanzibar und dem Tanganyka-See aufgehalten, um genaue Aufnahmen des Landes ringsherum zu veranstalten und eine Erschließung seiner Hülfsquellen zu versuchen. — Seit Jahren hat Herr Robert Flegel den oberen und mittleren Niger sowie dessen Zufluß, den Binuë, auf das Eingehendste erforscht, ja sogar die Quellen des Letzteren entdeckt. Wäre er ein Franzose im Stile Brazza's, so würde die Welt schon längst vernommen haben, daß die Republik ihre Herrschaft wieder einmal über einige Tausend Quadratmeilen mehr ausgedehnt hat.“ So schreibt die Times, und es fällt uns gewiß doppelt schwer, trotzdem anderen Sinnes zu sein, auf

die Gefahr hin, wegen Mißachtung des „sehr uneigennützigen“ Winkes der Hartnäckigkeit geziehen zu werden. Es liegen für uns schon mehrfach erwähnte Gründe gegen jede Gebietserwerbung vor, die uns politisch über See kompromittiren oder militärisch engagiren können, ganz besonders in tropischen Gegenden, wo doch allein Handelskolonien gegründet werden könnten. Will Jemand durch einen äußeren Grund beruhigt werden, so wird vielleicht Leroy-Beaulieu's Prinzip genügen, wonach ein kapitalarmes, an Bevölkerung stark zunehmendes Land Ackerbaukolonisation, ein kapitalreiches, schwächer bevölkertes Land Handelskolonisation treiben soll. Denn Handelskolonien erfordern Handelsroutine und Kapitalreichthum aber wenig Menschen. Ihre Bevölkerung besteht aus Agenten, Kapitalisten, Bevollmächtigten der Versicherungsgesellschaften und einer schwachen Zahl Gewerbtreibender. Alle suchen möglichst schnell Reichthümer zu sammeln um dem meist ungesunden Klima den Rücken zu kehren.

Wie können wir zu den oben aufgezählten Vortheilen gelangen, ohne annektiren zu müssen? — Wie stellt sich das neue Reich thatsächlich zur Handels-Kolonisation?

Bis jetzt liegt nur eine und noch dazu nicht zu Ende geführte große Aktion derselben vor, aus der wir uns wenigstens über die ursprünglichen Absichten der Bundesregierung unterrichten können: Die Samoa-Vorlage und die diese vorbereitende Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen in der Südsee. Dieses Vorgehen zeigt dagegen auch so charakteristische Züge, daß sich ein näheres Eingehen durchaus verlohnt.

Die Vorlage erhielt durch den Paragraphen, der als die Aufgabe der zu bildenden Südseegesellschaft den Handel und die Anlage von Faktoreien und Plantagen in der Südsee und in andern Meeren bezeichnet, eine weit über den Rahmen des einzelnen Gegenstandes hinausgehende vorbildliche Bedeutung. Dieser stellte nur den zufällig gegebenen Punkt dar, der nun einmal zur Ansetzung des Hebels un-

entbehrlich ist. Die Angriffe der parlamentarischen Gegner, die sich ausschließlich gegen dessen Auswahl und Details richteten, trafen also gar nicht den eigentlichen Kern der Sache. Nicht ob das Haus Godeffroy Vortheil oder Schaden bei der Auseinandersetzung habe, nicht ob die Regierung auf die Erhaltung eines privaten Unternehmens oder auf die einseitige Unterstützung des Großhandels das Geld der Steuerzahler verwenden dürfe, auch nicht, ob die Samoa-Inseln bei 50 □ Ml. Umfang und ungünstigem (?) Klima für die Europäische Einwanderung ungeeignet seien, sondern ob trotz Allem hier nicht die Grundlage für eine nationale Handels-Politik zu legen war, darum handelte es sich. Schon lange vorher war diesem Moment vorgearbeitet. Es galt, das Gebiet, auf dem wir endlich einmal festeren Fuß gefaßt hatten, auch fernerhin gegen die Annektionsgelüste anderer Staaten zu sichern. Da wir selbst die Ordnung auf den Inseln nicht von Staatswegen herstellen wollten oder konnten, sie auch nicht gerne von anderen Staaten hergestellt sehen mochten, war es ein glücklicher Gedanke, durch eine leichte Beihülfe unsererseits die Eingeborenen selber sich organisiren zu lassen und damit den andern Nationen jeden Vorwand zu gewaltsamem Eingriff zu nehmen. Durch Begünstigung der mächtigeren Partei gelang es vorläufig eine staatliche Ordnung herzustellen und um diese auch äußerlich noch mehr zu festigen, wurden unsere Schiffe angewiesen, die Flagge des neuen Staates zu salutiren. Aehnliches geschah auf den noch freien Inselgruppen Polynesiens (Tonga, Ralick, Neubritannien 2c.). Nunmehr wurden mit den einheimischen, gefestigten Regierungen Verträge und zwar politische Meist-begünstigungsverträge abgeschlossen, wonach einer anderen Nation niemals größere politische Rechte eingeräumt werden durften als uns. Zur Vertretung der deutschen Interessen ward ein Marineoffizier als Generalkonsul nach Samoa abgeschickt und von Reichswegen wurden als Stützpunkte des Handels Kohlen- und Marine-Stationen erworben. Es

war vorauszusehen, daß die andern betheiligten Staaten, nachdem sie die Unmöglichkeit erkannten, uns zu überflügeln, wenigstens nicht hinter Deutschland zurückstehen wollten. Interessirt waren England und Nordamerika, die gleich uns dort eine konsularische Vertretung hatten. Sie schlossen auf Samoa gleichlautende Verträge ab. Die gemeinsamen Interessen führten zur Annäherung der drei Mächte, und man einigte sich zu gegenseitiger Zuerkennung gleicher Rechte und Pflichten. Neben den nationalen Häfen ward der Haupthandelshafen Apia, dessen Besitz gleichbedeutend mit der thatsächlichen Herrschaft, gleichsam international erklärt, indem die Vertreter der drei Mächte die gemeinsame Verwaltung desselben übernahmen, so zwar, daß sie mit den nach Nationalitäten-Kopfzahl erwählten Delegirten zusammen den Selbstverwaltungskörper bildeten. Deutschland hatte so für seinen Handel Alles erreicht, was es verlangen durfte: gleiche Luft und gleiches Licht mit den andern Nationen. Die praktische Wirkung dieser Rechtsstellung zeigte sich erst noch vor Kurzem, als die australischen Kolonien bei dem Britischen Auswärtigen Amte um die Annektirung von Samoa einkamen und sie von Derby mit dem Bedeuten abgewiesen wurden, daß die englische Regierung bindende Verpflichtungen gegen fremde Mächte eingegangen sei. Die Rechte sind aber immer so fest oder so schwankend, als der Boden, der sie trägt, als der tiefere Rechtsgrund. Nur die Fortdauer starker wirthschaftlicher Interessen gab uns die Berechtigung neben jene Mächte zu treten. Das war das Sittliche in unserem Verfahren. Wir spannten unsere Energie bis zu dem Punkte an, wo wir unter gleichen Bedingungen auch die gleichen Rechte gewonnen hatten. Es kam nun, wo durch unsere Initiative ein internationales Kondominium geschaffen war, darauf an unsere Handelsinteressen daselbst so erstarken zu lassen, daß wir nicht nur unsere Mitgliedschaft rechtfertigten, sondern von dort aus weiter operiren konnten. Das war der entscheidende Punkt. Die verbündeten Re-

gierungen, auf die Kräftigung und Sicherstellung unseres Handels in der Südsee, Australien und Ostasien bedacht, traten mit darauf zielenden Vorschlägen (4½% Zinsgarantie für das Anlagekapital) vor die deutsche Volksvertretung und hofften mit Bestimmtheit, bei dieser dasjenige nationale Verständniß zu finden, das der Moment erheischte. Der Reichskanzler soll selbst die Absicht gehabt haben, im Reichstage zu erscheinen und auf die Wichtigkeit der Vorlage hinzuweisen. Es schien als sollte eine ganz neue Aera in unserer überseeischen Politik beginnen. Der Reichskanzler wurde leider durch Unpäßlichkeit am Erscheinen verhindert. Die Samoa-Vorlage wurde nach einigen oberflächlichen Entgegnungen von einer geringen Majorität abgelehnt, wie man nachträglich versichert, nur weil das Gewicht des höchsten Reichsbeamten fehlte. Um so beklagenswerther für das selbstständige Urtheil der damaligen Majorität! — Die Folgen der Ablehnung sind bekannt. Zwar ist unser kommercieller Besitzstand, abgesehen von den Fidschi-Inseln, derselbe geblieben. Hamburger Häuser haben den durch den Godeffroy'schen Bankerott frei gewordenen Raum eingenommen — aber wir sind nicht weiter vorgeschritten, und Stillstand bedeutet Rückgang, wenn ringsherum lebendige Kraft schafft (auf den Fidschi-Inseln mit Hülfe Melanesischer und Chinesischer Arbeiter großartiger Aufschwung des Plantagenbaus, ebenso auf den Sandwichs-Inseln). Man spricht auch allgemein schon von einem Rückgang unseres Ansehens in der Südsee. Die Regierung scheint nach ihrer bisherigen energischen und doch so maßvollen Haltung durch die unerwartete Ablehnung der Vorlage völlig muthlos geworden zu sein. Sie hat auch den Konsul Zembsch zurückgerufen, oder wie man sagt, derselbe hat einen längeren Urlaub genommen, nicht ohne noch vor seiner Rückkehr unsere Interessen auf recht drastische Weise gewahrt zu haben. Wie man hört, wird derselbe nicht wieder nach Samoa zurückgehen, „da ihm das dortige Klima nicht zuträglich gewesen ist."

In der schon oben erwähnten Denkschrift giebt die Reichsregierung ihrem Mißbehagen über den Ausgang der Samoa-Angelegenheit, folgendermaßen Ausdruck: „Positionen, welche schon gewonnen waren, haben wieder aufgegeben werden müssen, und der einst dominirende Einfluß Deutschlands bei den einzelnen Häuptlingen, welche durch Geld-Interessen mit dem Hamburger Hause verbunden waren, ist von mehr als einer Seite verloren gegangen. Als Deutschland es unternahm, auf der genannten, gewonnenen Grundlage durch regelmäßige Stationirung von Kriegsschiffen, Anlage von Kohlenstationen, Abschluß von Handelsverträgen und sonstigen Uebereinkünften, sowie durch Ausbreitung des Konsularwesens die Beziehungen in der Südsee zu sichern und weiter nutzbar zu machen, mußten sich diejenigen Europäischen Mächte, welche dort bereits festen Fuß gefaßt hatten, zu einer Vertagung weiterer Annektionspläne entschließen. Diese Pläne sind wieder aufgenommen worden, seitdem der Reichstag durch Verweigerung der erforderlichen Unterstützung zur Fortführung des von der Godeffroy'schen Firma begonnenen kaufmännischen und nationalen Unternehmens die Südsee-Politik der Regierung desavouirt hat."

Augenblicklich zeigen alle Großstaaten eine starke Expansionskraft. Es gilt, alles noch freie Land ihrer Kultur zu erobern. Man rechnet, dieses Jahrhundert werde die Form freier Okkupation abschließen, das neue Jahrhundert aber von der extensiven Wirthschaft zur intensiven und damit zu gesellschaftlichen Formationen übergehen. Noch giebt es für uns hinreichendes Kultivationsland, dem sich unser Tausch- und Plantagen-Handel zuwenden kann: in der Südsee und in dem größten Theile von Afrika. Man behauptet, daß wenn jetzt der deutschen Nation noch einmal die Entscheidung über die Samoa-Vorlage zugewiesen würde,

eine entschiedene Majorität sich für dieselbe aussprechen würde. Voraussichtlich wird diese Eventualität nicht wieder eintreten, aber es könnte sein, daß auf andern Gebieten die Bundesregierung einmal den Beistand der nationalen Vertretung erbittet. Wie würde dann das Reich am zweckmäßigsten verfahren? —

Nehmen wir z. B. an, man schenkte dem deutschen Reisenden Flegel und all seinen bestimmten Erwartungen, die er nach seinen letzten Briefen von einer positiven Handelspolitik am Benuë hegt, Gehör, und man wäre geneigt, unserer nervösen Industrie einen Ruhepunkt zu schaffen. Da käme es wieder zuerst darauf an, einen festen Damm gegen jede fremde Annektion zu errichten; sonst würde bei der ersten Gelegenheit Frankreich oder England unsere Wege durchkreuzen. Wenn es uns gelänge, in den Fellahstaaten, Adamana, Sokoto, in denen schon leidlich geordnete Zustände angetroffen werden, (die Handelsstraßen in Sokoto sind Eigenthum des dortigen Scheichs, also heilig, und jede Verletzung des Verkehrs wird daher als Frevel bestraft) die Ordnung noch weiter zu festigen, sei es durch geschickte Begünstigung der stärksten und angesehensten Fürsten, durch geschenkweise Ueberlassung einiger ausrangirter Kanonen, Uniformen, Gewehre, durch eine feierliche Anerkennung von unserer Seite oder durch ähnliche Mittel, so wäre der erste Schritt gethan und die weiteren Bemühungen hätten dahin zu gehen, die Interessen der Fürsten und Häuptlinge besonders finanziell enge mit den unsrigen und denen unseres Handels zu verflechten. Wie die Holländer auf Java, müssen wir unkultivirte Völker durch ihre klügsten und angesehensten Männer regieren. Nebenher würde die Erziehung zur höheren Kultur gehen, nur nicht zu hastig, weil für rohe Völker schroffe Uebergänge gefährlich sind; sie gehen leicht an der hohen Kultur zu Grunde.

Ausgeschlossen wäre die Branntweineinfuhr, und es wäre zu wünschen, daß die Missionsthätigkeit sich dieser Gebiete

bemächtigte und wenn möglich, recht wenig transscendental und dafür praktisch erziehend. In der Pädagogik fällt es Keinem ein, unverständigen Kindern Unterweisung in Begriffen zu geben, zu denen ihnen die Vorstellungen nicht geläufig sind. Warum soll das Verkehrte gerade in der höchsten Potenz gelten? Als die Holländer auf Java erkannten, daß die Missionare mit ihrem abstrakten, doktrinären Glaubenseifer die Eingeborenen nur stutzig, eingebildet und störrisch, aber nicht wirthschaftlich machten, ja, durch ihre verkehrte Art Kriege und Unruhen unter denselben hervorriefen, verbot der General-Gouverneur dem Bischof von Singapore noch fernerhin Missionare auf die Insel zu schicken. Durch weise Maßregeln, die eine schrittweise Kultivation durch Arbeit zum Zwecke hatten, ist es den Gouverneuren gelungen, durch fünfzigjährige Arbeit Java zu einem glücklichen, friedfertigen Lande zu machen, dessen Bevölkerung sich vervierfacht hat, und in dem überall Wohlstand eingekehrt ist. Die Bevölkerung ist unter dem Regime maßvoller Beamten sittlich jetzt so gehoben, daß sie wohl auch der Mission ein dankbares Feld bietet.

Gewisser Stützpunkte bedarf unser Reich in solchen Landen, weil sonst der Nachdruck unseren Maßregeln fehlen würde. Darum würden Marine- und Kohlenstationen an der Küste, Handelsstationen im Binnenlande zu erwerben sein (cf. die Hansa in Bergen u. a.), das rechte Gewicht dürfte aber erst diesen Plätzen durch eine energische Konsularvertretung geschaffen werden, die im Binnenlande, wohin der Schutz unserer Kriegsflotte nicht reicht, eine kleine militärische Bedeckung nicht entbehren könnte. Der beste Schutz bleibt aber immer das friedliche und freundschaftliche Verhältniß zu den Eingeborenen.

Nachdem so ein inländisches Regiment und eine Vertretung der deutschen Interessen daselbst geschaffen ist, würden ähnlich wie in der Südsee politische Meistbegünstigungsverträge abzuschließen sein.

Nach solchen Schritten ist eine Annektion durch fremde Staaten ausgeschlossen. Wir hätten auf friedliche Weise, zum Vortheile der Eingeborenen selber und ohne uns stark zu engagiren, dasselbe erreicht, wie durch eine immerhin prekäre Annektion.

Waren diese Maßregeln gegen die fremden Staaten und die Roheit der eingeborenen Bevölkerung gerichtet, so käme noch das direkte Interesse des Handels und das indirekte unseres ganzen Staatswesens in Betracht. Da wir unserem Handel nicht die volle Sicherheit wie nach einer Annektion bieten können, da es sich besonders darum handelt, schnell größere Etablissements und Plantagen im Lande einzurichten, die große Kosten und Risiko erfordern, so kann das Reich nicht umhin, die ersten Unternehmungen dadurch zu ermuthigen und sicher zu stellen, daß es die Zinsgarantie für das Kapital übernimmt, wobei es Sorge tragen wird, daß der Aktienbetrag der Gesellschaften ein nicht zu hoher ist, um auch das kleine Kapital in Deutschland an den Vortheilen Theil nehmen zu lassen und so vielleicht etwas zum socialen Ausgleich beizutragen. Unser Handel muß aber auch gegen die routinirte Rivalität Englands geschützt werden, und sollte es auch zuerst Opfer kosten. Wir haben die Elasticität unserer kaufmännischen Unternehmungen bewundern gelernt und glauben an seine Zukunft, soweit ein kontinentaler Staat mit dem Handel rechnen muß. Als Einrichtungen zum Schutze des nationalen Handels sind Dampferlinien-Subventionen, Begründung von Kommissionshäusern für den Export, Banken zur Vermittlung des Geldverkehrs vorgeschlagen, überhaupt aber „ein frischer nationaler Hauch in die jungfräulichem Boden zusteuernden deutschen Segel.“ Der Segen, der unserem Prestige, unserer Kultur und unserer nationalen Wirthschaft daraus erwächst, daß wir ein kräftiges politisches Leben über weite Meere hin äußern, daß unsere gesellschaftlichen Kreise sich mit überseeischen Ländern fast ebenso vertraut machen, als bisher mit Frankreich, der Schweiz und Italien oder im besten Falle mit England, daß unsere

Dampfer und Segelschiffe nicht gezwungen sind um der Rimesse willen England anzulaufen und unserer Wirthschaft den direkten Bezug der Kolonialartikel sichern, dies weitläufig auseinanderzusetzen, halte ich für um so weniger nothwendig, als gerade die Handelskolonisation in ihrer Technik von den meisten Kolonialschriftstellern mit größerer Sachkenntniß und bis zur Erschöpfung behandelt worden ist. Ich habe mehr das Politische als das Technische zum Ausdruck bringen wollen.

Zum Schluß möchte ich noch einer Frage vorbeugen. Was geschieht, wenn auch der fremdländische Handel sich an specifisch deutschen Wirthschaftsgebieten festsetzen sollte. Werden wir es ihm verwehren? Ich denke, nein, weil wir es nicht können (cf. Samoa). Wir haben lange genug auf dem Terrain anderer Nationen hospitirt, um nun uns nicht gegen das Prinzip aufzulehnen. So lange eine fremde Nation nur gleiche Luft und gleiches Licht mit uns erstrebt, dürfen wir ihr nicht feindlich entgegentreten, weil sie Berechtigtes begehrt. Der Handel ist etwas so internationales, daß schließlich keine nationalen Schranken ihn hemmen können, und es ist möglich, daß so durch den berechtigten Gedanken internationaler Wirthschaftsgebiete einer geordneten Weltwirthschaft weiter vorgearbeitet werde.

Es ist in den letzten Tagen eine kaufmännische Unternehmung vielfach besprochen worden, die an sich unbedeutend, beinahe abenteuerlich, in einen Zusammenhang mit unserer Handels-Kolonisationspolitik gebracht wird. Als Symptom nicht für die thatsächliche, sondern für die mögliche Politik kann sie ein näheres Eingehen rechtfertigen.

VII.

Die Erwerbung der Angra Pequena Bai.

Während die britische Kapregierung durch Aufgabe von Griqua- und Basuto-Land sich von den Konsequenzen weitgreifender Pläne frei zu machen sucht, während die Vorgänge im Sulu-Land ihre verantwortliche Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, und während sie sich den Boers gegenüber vor die Wahl zwischen weiterer Nachgiebigkeit oder Erneuerung des Krieges gestellt sieht, unternimmt es eine Bremer Firma, durch ihren Agenten eine Strecke Landes von c. 10 deutschen □ Ml. in dem benachbarten Namaqua-Land von den Eingeborenen zu erwerben. Das auswärtige Amt giebt auf ein diesbezügliches Gesuch die Erlaubniß, auf der Station die deutsche Flagge aufzuhissen, beordert auch einen Dampfer zum Schutze der Niederlassung ab. Die Kapblätter erheben einen einmaligen schwachen Einspruch, die englische Presse ermuntert uns zur Kolonialpolitik, und die der andern Nationen nimmt nur kurze Notiz von dem Ereigniß. Die öffentliche Meinung in Deutschland, mit Ausnahme der Kolonisationspresse, bemüht sich das Gewicht der Erwerbung als ohne politische Absichten, als bloßes Privatgeschäft hinzustellen, und schon nach wenigen Wochen gehen die Wellen der Tagesereignisse über den plötzlich aufgetauchten Zwischenfall hinweg.

Dies ist zunächst das Thatsächliche. Inwiefern die private Erwerbung eine glückliche war — es überwiegt die Ansicht derer, die sich im entgegengesetzten Sinne äußern — und welches Interesse der deutsche Handel hier haben kann, darf hier nicht erörtert werden. Genug, daß der Hafen durch einige Verbesserungen zu einem guten Hafen werden kann, daß sich daselbst eine Fischereistation anlegen läßt, und daß sich im Innern reiche Kupferlager finden, die mit Erfolg auszubeuten sind. Das Land ist sonst für Auswanderung nicht zu empfehlen und auch für den Handel ungünstig, wenn

man nicht von hier aus in das centrale Afrika Handelswege bilden will. Uns interessirt hier nur die Bedeutung, welche der Betheiligung der Regierung beizumessen ist, dadurch, daß sie die Erlaubniß, die Flagge auf der Station aufzuhissen, ertheilte und ein Kriegsschiff zum Schutze der jungen Niederlassung abkommandirte.

Schon hiergegen wendet man ein, daß officiell vom Auswärtigen Amte keine diesbezügliche Anordnung bekannt gemacht worden sei. — Aber die Nothwendigkeit dazu liegt ja nicht vor, da diese Angelegenheit nicht das Interesse des ganzen Reiches angeht. Im Gegentheil, der Akt würde dadurch ein unnatürliches Gewicht erhalten haben. Es genügt, daß die offiziösen Blätter kein Dementi gebracht haben, was geradezu geboten war, wenn die Zeitungen falsch unterrichtet waren. Qui tacet assentitur.

Die Thatsache zugegeben, so behaupten Einige, das Flaggen-Aufhissen und das Absenden eines Kriegschiffes wäre eine nichtssagende Form, ohne jede Konsequenzen. Die Kölnische Zeitung schreibt darüber: „Deutsche Kriegsschiffe können überall in der Welt besuchsweise vor Anker gehen, und die deutsche Flagge kann jeder deutsche Staatsbürger auf seinem Eigenthum im Auslande, wenn er es für gut findet, in den Lüften flattern lassen.“ Meinem Gefühl erscheint diese Auffassung, die allerdings selbst in Kreisen getheilt wird, die sonst solchen Fragen näher stehen, trivial, und sie wird es noch mehr, wenn man zur Beweisführung ein Beispiel anführt, nach dem ein Agent der Rheinischen Mission an der Walfischbai einem Dieb, den zu bestrafen der engl. Magistrat sich weigerte, durch seinen Diener eigenmächtig fünfundzwanzig aufzählen ließ, nachdem er um des Scheins des Rechtes willen auf seinem Hause die deutsche Flagge aufgehißt hatte. Hier und in allen Fällen, wo Deutsche im Auslande eigenmächtig die Flagge hissen, hat der feierliche Akt keine andere Bedeutung, als wenn Jemand sich einen Hochzeitsring kauft und selbst auf den Finger steckt. Nicht

das schwarz=weiß=rothe Zeug, sondern die Weihe, die diesem an dafür bestimmten Orten und Gelegenheiten durch die höchste Staatsgewalt verliehen wird, machen die Flagge zu dem, was der Ring in der Hand des Priesters vor dem Altar ist. Das Aufhissen der Flagge ist eine symbolische Handlung, die nur im Auslande und als ausdrückliche Willenserklärung einer völkerrechtlichen Person tieferen Sinn hat. Die Flagge stellt gewissermaßen einen Zipfel vom Hermelin der souveränen Staatspersönlichkeit dar, unter dessen Schutz alle Staatsangehörigen Ruhe und Sicherheit genießen. Wo der Staat ein Interesse hat, seine Angehörigen zu schützen, aber nicht die augenblickliche Macht dazu, da giebt er ihnen seine Flagge und bedeutet durch diese Handlung die übrigen Staaten, daß hier ein Theil von ihm selber ist, für den er verantwortlich zu sein verspricht, gegen den er aber auch die ihm selbst geschuldete Achtung von Seiten des Auslandes bethätigt zu sehen wünscht. So schützt die Flagge das Schiff als einen schwimmenden Gebietstheil des Staates, so erwirbt der Gesandte für seinen und seiner Dienerschaft Wohnsitz vollständige Exterritorialität, sobald darüber die Reichsfahne weht; mitten im Herzen des fremden Staates ruht so ein Stück Muttererde, das unantastbar ist, so lange die Flagge im Winde spielt. So deckt die Flagge das Konsulararchiv in den fernsten Ländern.

Wir schließen umgekehrt, wenn ein Auswärtiges Amt, wenn eine Staatsgewalt auf einem Gebietstheile die Flagge aufhissen läßt, sei es im Kriege oder im Frieden, so beansprucht sie hier einzig und allein die Hoheitsrechte auszuüben. Wo der symbolische Akt durch Gewalt erzwungen ist, liegt Eroberung vor, wo durch gütliche Vereinbarung, Cession, wo ohne jede Einrede, sei es, daß diese nicht erhoben werden kann oder nicht erhoben wird: Okkupation.

Auch das Einlaufen=Lassen eines Kriegsdampfers in einen Hafen muß nach den Umständen beurtheilt werden. Unter gewissen Verhältnissen ist dieser Akt immer als eine

mehr thatsächliche als symbolische Kundgebung des zugehörigen Staates beabsichtigt und aufgefaßt worden, nicht anders als eine Mobilmachung und Verlegung der militärischen Cadres an die Grenze eines benachbarten Staates. Es ist ungeschickt, das thatsächliche Moment und die stumme Sprache einer Staatsgewalt, die darin liegt, verwischen zu wollen.

Ist es danach unzweifelhaft, daß von unserm auswärtigen Amt bestimmte, die private Erwerbung betreffende Verpflichtungen eingegangen sind, so läßt sich über deren Tragweite verschieden urtheilen. Zuvor möchte ich jedoch noch den Einwand beseitigen, als stehe der deutschen Regierung aus privatrechtlichen und völkerrechtlichen Gründen eine Begünstigung des Unternehmens und eine Ausübung ihrer Hoheitsrechte in diesen Gegenden nicht zu.

Der „Globe", der „Standard" und einige Kap-Zeitungen theilen mit, daß die Erwerbung der Bremer Firma keine rechtmäßige sei, da die Bucht und die Kupferberge im Innern schon vor 20 Jahren an die Herrn de Paß-Spencer u. Co. in Kapstadt käuflich übergegangen und später an die Pomona Silver Mining Company von diesem verkauft sei. Fabri bestätigt in der Köln. Zeitung aus den ihm vorliegenden Akten diese Angabe, soweit sie eine 1864 diesbezügliche Verhandlung zwischen David Christian, dem damaligen Häuptling von Bethanien, und zwei Engländern betrifft, führt aber zugleich die Gründe an, warum dieser Kaufvertrag irgendwelche Gültigkeit nicht haben kann.

Von einer privatrechtlichen Gültigkeit kann hier wohl keine Rede sein, da es in Namaqua keine Rechtsordnung giebt, und ein internationales Privatrecht noch nicht existirt. Es kann nur darum sich handeln, wie weit jener Rechtsakt völkerrechtliche Gültigkeit verdient. Nach der bestehenden Rechtsanschauung kommt nur denjenigen zwischen Privaten auf herrenlosem Gebiet abgeschlossenen Verträgen internationale Gültigkeit zu, die durch Beamte eines Staates, resp. durch den Staat selbst oder durch internationale Vertrauenspersonen

ratificirt sind. Dies hätten die englischen Kaufleute wissen müssen, und falls ihnen an dem Besitze etwas lag — völkerrechtlich war dieser schon darum ipso jure frei geworden, weil auf dem fraglichen Terrain seit seiner Erwerbung nichts geschehen war, was auf die Absicht der Besitzhaltung schließen ließ — hätten sie Anerkennung ihres Besitzstandes durch die Kapregierung und damit Schutz gegen fremde Ansprüche durch einen offiziellen Akt der Erwerbung verlangen sollen, genau dasselbe, was die Firma Lüderitz gethan hat in dem Gefühl, daß auch ihr Vertrag keine internationale Gültigkeit hatte und nur geschlossen war, um den fehlenden modus acquirendi symbolisch zu ersetzen. Uebrigens sind die Voransprüche des Kapstadter Hauses weder von der Kapländischen Regierung noch sonstwie ernstlich befürwortet worden, wenigstens ist davon Nichts bekannt geworden.

Es sind von privater Seite Bedenken erhoben worden, da schon der Englische Staat auf Groß-Namaqua Souveränetäts-Ansprüche erhebe. Ein hierauf zielender Schritt des britischen Auswärtigen Amtes ist nicht bekannt geworden, vielmehr schreibt die „Times“: „Es ist seltsam, daß gerade Stielers Atlas, also ein deutsches Werk, die Küste von Angra Pequena als englisches Gebiet bezeichnet, und wir glauben uns auch zu erinnern, daß vor einigen Jahren ein Kommissar Namaqualand besuchte, um es innerhalb gewisser Grenzen unter britischen Schutz zu stellen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Deutschen, bevor sie den entscheidenden Schritt thaten, vorher Alles klargestellt und genau abgemacht haben.“ Der Kommissar, von dem die Times spricht, ist wahrscheinlich der von der Kapregierung als Chiefcommissioner nach der Walfischbai gesandte Mr. Coates Palgrave, der nach der Erwerbung dieser Bai allerdings einen Versuch machte, ein Aehnliches im Namaqualand durchzusetzen. Die Verhandlungen führten aber zu keinem Resultat, nicht daß die Hottentotten verstockt genug gewesen wären, den ehrenwerthen Kommissar abschlägig zu bescheiden, sondern weil die

plötzliche Verschiebung der englischen Kolonialpolitik und die Ereignisse im Sululande zur Rückkehr nach Kapland nöthigten. Seitdem deutet kein Schritt der britischen Regierung darauf hin, daß sie Namaqua als ihrer Rechtsordnung unterworfen betrachtet, auch in den offiziellen Tabellen findet sich dies Territorium nicht verzeichnet, so daß es völkerrechtlich als herrenlos anzusehen ist. Es ließen sich noch andere Beweise auch aus officiellen britischen Kundgebungen dafür beibringen, wenn es nicht lächerlich wäre, etwas umständlich beweisen zu wollen, was der Gegner gar nicht bestreitet.

Wie sich die Gegensätze suchen, so war es natürlich, daß die Kolonialpresse gegenüber den Versuchen, der Angelegenheit einen nur privaten Charakter aufzudrücken, zunächst über das Ziel hinausschoß und mit lautem Jubel die „erste deutsche Handelsstation“ begrüßte. Die Versuchung dazu lag nahe, da auch im Auslande in diesem Sinne interpretirt wurde. So schreibt die Times: „Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Deutschland den ersten entscheidenden, wenn auch bescheidenen Schritt behufs Erwerb von Ansiedelungen, wenn nicht von Kolonien in entlegenen Ländern gethan hat. —— Auf 300 engl. □Ml. beschränkt sich der bescheidene Anfang ihrer Handelskolonie in Groß-Namaqualand. Die deutsche Regierung ist bisher für die Bitten der Kaufleute und Forschungsreisenden taub gewesen, sie hat namentlich im Stillen Ocean das Beispiel Englands und Frankreichs in keiner Weise nachahmen wollen. Und doch hat der auswärtige Handel Deutschlands in den letzten Jahren ganz außerordentliche Fortschritte gemacht, namentlich auch im fernen Osten und in Afrika. In einigen Zweigen hat Deutschland den Einfuhrhandel Zanzibars und Ostafrikas vollkommen monopolisirt, in der Südsee und in Ostasien tritt es als ebenbürtiger Wettbewerber neben England auf, und in Südamerika macht sich deutscher Unternehmungsgeist immer mehr bemerkbar. Sobald einmal das Reich hinreichend erstarkt sein wird, um an Kolonial-Unternehmungen mit dem Gefühl

der Sicherheit herantreten zu können, wird es an Anknüpfungspunkten, an Feldern, die der Bearbeitung harren, nicht fehlen — Feldern, die schon jetzt thatsächlich deutsch sind und blos das Aufhissen der deutschen Flagge benöthigen, um eine blühende Kolonie darzustellen. Und wenn jener Zeitpunkt kommt, dann wird unseres Erachtens der Kolonisationseifer der Franzosen bereits verraucht sein."

Sympathisch ist dieser Artikel uns gewiß nicht, denn er steht in der Times, und die Times ist ein englisches Blatt. Man ist geneigt, Mißtrauen gegen die menschenfreundlichen Regungen des immerhin noch einflußreichen Blattes zu hegen, sei es, daß man uns gegen die französische Kolonialpolitik, indirekt also gegen uns selbst auszuspielen sucht, oder daß man uns in einer Anwandlung von quäkerhafter Scheinheiligkeit, für die nur die englische Sprache das richtige Wort hat, in eine Position hineindrängen will, die zwar augenblickliche Vortheile verspricht, aber über Kurz oder Lang unsere Politik in Abhängigkeit bringen muß. Fast komisch nimmt sich dagegen die besonnene Mäßigung der Nordd. Allg., der Post und anderer Blätter aus, so daß man die Rollen vertauscht glaubt, und es erst scharfer Prüfung bedarf, um nicht an uns selbst irre zu werden.

Es bedurfte gar nicht der Bekräftigung der officiösen Blätter, um die Unmöglichkeit einer Deutung hinzustellen, die nur in der ersten Erregung gemacht wurde. Hätte das auswärtige Amt die Erwerbung einer Handelsstation im Sinn gehabt, so wäre dazu die Zustimmung des Reichstages einzuholen gewesen. Ja noch mehr, der § 1 unserer Reichsverfassung setzt die Grenzen des Bundesgebietes fest, und es käme darauf an, ob nicht die Erwerbung eines Landstriches, selbst in Südafrika, als Erweiteruug derselben hätte aufgefaßt werden müssen. Aber es liegt kein Grund für die Annahme einer Handelsstation vor. Die deutsche Regierung hat weder einen Kommissar dorthin abgeschickt, noch sonstwie Schritte gethan, die darauf hinweisen, daß sie dort eine Rechtsordnung, eine deutsche

Verwaltung herzustellen gedenkt. Auch ist unseres Wissens den fremden Mächten keine Erweiterung unseres Machtgebietes notifizirt worden. Gewiß hinreichende Gründe, weshalb man von einer deutschen Handels=Station nicht sprechen darf.

In eine gewisse Verlegenheit kommt man, wenn man weiter schließen will. Es giebt eine gemäßigte Auffassung, welche die von dem Auswärtigen Amte eingegangenen Verpflichtungen als Schutzverhältniß deutscher Unterthanen im gewöhnlichen Sinne erläutert. Dazu wäre aber weder die symbolische noch die thatsächliche Handlung nothwendig gewesen. Jeder Deutsche genießt den Schutz des Reiches an sich schon, und gerade in Groß=Namaqua und Damaraland haben bereits mehrere Jahrzehnte hindurch unsere Missionsstationen den deutschen Schutz entbehrt und entbehren können. Wenn nur das in der Staatsidee überhaupt liegende Schutzverhältniß ausgedrückt werden sollte, warum so plötzlich bei einem an sich unbedeutenden privaten Unternehmen die Wucht symbolischer Handlungen? Nein, dies kann die Erklärung nicht sein. Es bleiben nur zwei Möglichkeiten. Entweder hat man im Auswärtigen Amte sich zu weit engagirt und sucht einen annehmbaren Rückzug — und dies möchte doch wohl nicht absolut zu behaupten sein, da es das Aufgeben einer politisch bereits genommenen Position wäre — oder man läßt die Dinge an sich herankommen, man prüft passiv den Umfang unseres Prestige, ehe man seine Hand bindet. Angenommen, die Eingeborenen in Bethanien versuchten, Herrn Lüderitz in seinem Privatbesitz zu stören? — So würde dieser sie, soweit seine Ansiedlung, wie angegeben wird, militärisch organisirt ist, zurückweisen. Dasselbe würde eintreten, wenn es einem kultivirteren Europäischen Privatmanne in den Sinn kommen sollte, im Hinblick auf die reiche Kupferausbeute mit einigen Kumpanen zu landen und das etwas sandige Nest des Deutschen zu beziehen. Man würde ihn allerdings erst höflich auf die Deutsche Flagge aufmerksam machen und erst, wenn er diese Sprache nicht versteht, auf gut deutsch antworten.

Namaqua entbehrt zur Zeit jeder staatlichen Ordnung. Angenommen, es würfe sich wieder ein Abenteurer wie jener Räuberhauptmann Jonker Afrikander, zum Oberhäuptling auf und verlangte Anerkennung und Tribut von dem Handelshause. Dieses wäre aber nicht damit einverstanden. Darf er die Anerkennung erzwingen? — Gewiß nicht, denn es giebt keinen Staat Namaqua, und würde sich ein solcher bilden, so würde er neben der Handelsniederlassung existiren, auf der die Firma Lüderitz ebenso souverän ist, wie Jener auf dem ihm unterworfenen Lande. — Wenn nun der Oberhäuptling die Anerkennung erzwingen wollte? — So würde die Handelsniederlassung mit gutem Rechte Widerstand leisten, und es würde die Machtfrage darüber entscheiden, wer der thatsächliche Souverän dann nicht mehr von der Niederlassung allein, sondern von ganz Namaqua ist. In diesem Falle würde das deutsche Reich wohl nicht anstehen, die bedrängte Deutsche Flagge zu schützen, und die fünfzehn Deutschen Missionsstationen in Namaqua und Damara würden in ihrem eigenen Interesse gezwungen sein, mit ihren Getreuen ebenso viele Forts im Lande zu bilden.

Nehmen wir den ungünstigsten Fall, eine Europäische Macht erwürbe das noch übrige Namaqua, — was ohne den Besitz des einzigen Hafens kaum denkbar ist und von uns mit Recht als eine feindliche Handlung aufgefaßt werden müßte, wer hätte nun die Souveränetät über Namaqua? —

Jeder auf dem ihm zugehörigen Territorium. — Und wenn die Europäische Expedition sich auch auf dem fremden Territorium Souveränetätsrechte anzumaßen suchte, z. B. Steuerbeamte auch an den Hafen abschicken würde? — Dann würde der Agent des Herrn Lüderitz nicht etwa protestiren, nein er würde es gar nicht zur Ausübung derselben kommen lassen, sondern würde die Steuerbeamten als eine Art Erpresser mit der nöthigen Instruktion über die Grenze zurück schicken. Wollte man darauf Miene machen, seinen Beamten Anerkennung zu erzwingen, nun dann würde eben der Fall

eintreten, für den man den Deutschen Kriegsdampfer dorthin kommandirt hat, und falls die betheiligte Regierung ihre Beamten nicht desavouirte, sähe sich Deutschland vielleicht genöthigt, die Dinge dort ihren Lauf um so eher gehen zu lassen, als es nicht direkt, sondern nur in seinem Unterthanen dabei betheiligt ist, es könnte ohne seinem Prestige etwas zu vergeben, das Schutzverhältniß lösen, aber es würde mit Bedauern den Europäischen Mächten zeigen, an welcher Stelle das Hemmniß einer freien sittlichen Politik ruht,und für die große Politik sein ganzes Gewicht einsetzen, daß man, wenn sich die rechte Gelegenheit bietet, einem solchen Staate das gebührende Verhältniß zuweist.

All diese Erörterungen beweisen, daß durch den Akt des Auswärtigen Amtes, wenn er beabsichtigt war und aufrecht erhalten werden soll, die Gewährleistung der völlig freien Entwicklung eines Deutschen Handelsunternehmens geschaffen, ja gleichsam jeder nationalen Beeinflussung entzogen, mit einem Wort, daß Namaqua zu einem internationalen Wirthschafsgebiete unter dem Schutze der deutschen Politik erhoben worden ist. Denn daß Deutschland nicht etwa selbst dort für sich eine Erwerbung (abgesehen etwa von einer zukünftigen Marinestation), beabsichtigt, dafür sind schon oben Gründe angeführt worden. Da es für die Folge darauf ankommen muß, ob der deutsche Handel, d. h. hier die Firma Lüderitz die Konkurrenz Kaplands auszuhalten vermag, wünschen wir derselben guten Fortgang ihres prekären Unternehmens. Sie muß sich aber dessen bewußt bleiben, da sie kein Vorrecht vor andern, sondern nur gleiches Recht mit ihnen erworben hat. Besonders wird sie sich erinnern müssen, daß sie Eigenthumsrechte an einem Meereshafen, ohne völkerrechtliche Person zu sein oder eine solche zu vertreten, nicht auszuüben berechtigt ist, ebensowenig die Hoheitsrechte auf dem ihr zugehörigen Küstenland gegenüber Angehörigen eines anerkannten Staates. Wie sich auf solchem internationalen Territorium eine den Verhältnissen entsprechende Rechtsordnung, der es

bei einer etwas größeren Entwicklung bedarf, herstellen und schützen ließe, dies ist eine Frage, die in eine ferne Zukunft weist.

Wir freuen uns, wenn die „Daily News“ sich etwas dabei dachte, als sie bei der Enthüllung des Niederwald-Denkmals schrieb: „Die Einigung Deutschlands war ein Gewinn für die ganze Welt. Die Existenz einer einigen, überlegenen Macht im Mittelpunkte des Europäischen Staatensystem ist günstig für den Frieden, den Fortschritt, die Civilisation. Europas Zukunft hängt in hohem Grade von Deutschlands Haltung ab.“

Nachdem dieser Abschnitt fertig gestellt war, wurde von den Zeitungen die Nachricht gebracht, die englische Korvette „Boadicea“ sei nach der Angra Pequena Bucht dirigirt, um gegen die Willkür des Herrn Lüderitz zu protestiren, der von englischen Kaufleuten Hafenzoll zu erheben beabsichtige. In Bremen weiß man von solchem Konflikt nichts. Es wäre auch unklug, wenn die Firma ein Prinzip zu vertreten beabsichtigt, das sie nicht durchführen kann. Hierauf bezüglich wird unter Reserve folgende nach London und Kapstadt gerichtete Depesche vom 3. d. M. mitgetheilt. „J. M. Korvette „Boadicea“ ist von Angra Pequena nach Kapstadt hierher zurückgekehrt, und der Kapitän berichtet, daß die Firma Lüderitz, welcher kürzlich vom deutschen Auswärtigen Amte das Recht zugestanden war, dort die deutsche Flagge zu hissen, nunmehr ein Anrecht auf bedeutende Landstriche geltend mache und Zölle erheben wolle. Der Vertreter der Firma habe gedroht, auf einen Schooner, dessen Kapitän sich weigerte Zoll zu zahlen, feuern zu lassen. Der Kapitän habe aber die englische Flagge gehißt, und man habe ihn ohne Belästigung abfahren lassen.“ — Mit Genugthuung finden wir die Nachricht bestätigt, daß ein Kanonenboot (Nautilus) Ordre erhalten, auf seiner Fahrt nach der Südsee die Angra Pequena Bucht anzulaufen.

Berliner Buchdruckerei-Actien-Gesellschaft (Setzerinnen-Schule des Lette-Vereins.)

Berliner Buchdruckerei-Actien-Gesellschaft
Setzerinnenschule des Lette-Vereins.

W

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Stegemann, Richard,

Deutschlands Koloniale Politik

Berlin 1884
H.e.e. 120 k
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11613207-0